ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Niederschrift
über den
Parteitag der Christlich-Sozialen Union in Bayern
am 17. Juni 1978, 10 Uhr, in München, Bayernhalle
Messegelände

~~I. Teil~~

Den Vorsitz führt: Landtagspräsident Rudolf Hanauer

Tagesordnung	Seite
Eröffnung	1
Wahl des Parteitagspräsidiums	1
Begrüßung	2 - 6
Grußworte	
OB Erich Kiesl	6 - 8
Dr. Josef Taus, Parteiobmann der ÖVP und Vorsitzender der EDU	9 - 13
Minister Munos	14 - 15
Rede des Bayer.Ministerpräsidenten Dr.h.c. Alfons Goppel, MdL	20 - 39
Rede des Parteivorsitzenden Dr.h.c.Franz Josef Strauß, MdB	42 - 91

~~Stück~~

Anträge (Satzungsänderungen S. 95 - 109)	110 - 114
Grußwort	114 - 119
Dr. Klepsch	119 - 125
Prof. Carstens	126 - 145
Leerseite	
Dr. Geißler	150 - 160
v. Hassel	160 - 167
Schlußwort: Strauß	167 - 174

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Eröffnung: 10.20 Uhr

Landesvorsitzender Bundesminister a.D. Dr.h.c.Franz Josef Strauß, MdB: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich eröffne hiermit den Parteitag der Christlich-Sozialen Union 1978, der in der Mitte des Jahres liegt, der einen gewissen Ausblick nach vorn wegen der in der Zwischenheit eingetretenen politischen Ereignisse rechtzeitig vor den Landtagswahlen gibt und der Geschlossenheit und Schlagkraft der Christlich-Sozialen Union für unsere Frauen und Männer in Bayern sichtbar unter Beweis stellen soll.

Meine Aufgabe ist es hier und jetzt lediglich, Sie herzlich zu begrüßen und Ihnen einen Vorschlag für die

Besetzung des Parteitagspräsidiums

zu machen. Nach bewährtem Muster und nach längst erfolgreicher Tradition schlage ich dafür vor

den Herrn Landtagspräsidenten Rudolf Hanauer, (Beifall)
den Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags, Kollegen Richard Stücklen, (Beifall)
den Vizepräsidenten des Bayerischen Landtages, Dr.Heinz Rosenbauer, (Beifall)
den Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Gustl Lang, (Beifall)
und den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Dr.Fritz Zimmermann. (Beifall)

Ich darf davon ausgehen, daß Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, weder Änderungen noch Ergänzungen wünschen, und darf dann das Tagungspräsidium bitten, die Funktion zu übernehmen, die für den reibungslosen und erfolgreichen Ablauf des heuten Tages Voraussetzung ist. Lieber Freund Hanauer, Du und Deine Mitarbeiter mögen hiermit ihres Amtes walten!

ACSP, PT19780616-8

Tagungspräsident Rudolf Hanauer: Meine sehr verehrten Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Ich nehme an, Sie haben nicht bemerkt eine Einmaligkeit in der Geschichte der Tagungen, ein allerdings zeitbedingtes, im Hinblick auf die Tagungsfolge äußerst kurzes Einleitungswort unseres Herrn Landesvorsitzenden.

Ich darf mich im Namen des von Ihnen durch Applaus und Zustimmung bestellten Tagungspräsidiums, vor allem auch der beiden Vizepräsidentenim Tagungspräsidium, für das Vertrauen bedanken, das Sie in uns gesetzt haben, den Parteitag nach parlamentarischen Regeln und Gepflogenheiten zu leiten, ein Vertrauen, das nicht nur Tagungspräsidenten brauchen, sondern das auch unsere Parlamente dringend notwendig haben, so der zum 15.Oktober zur Wiederwahl anstehende 9. bayerische Nachkriegslandtag. Es kann nicht übersehen werden, daß z.Zt. Kräfte am Werke sind, dies auf Wechselseitigkeit zwischen Wählernund Gewählten gegründete Vertrauen zu untergraben, ohne dafür eine sachlich begründete Rechtfertigung zu haben. Allerdings gibt es einige Splitterparteien, die glauben, aber ohne Aussicht auf Erfolg, einen Aufwind daraus für sich buchen zu können. Ich muß aber einen Satz dazu anfügen: Für dieses zum Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie nun einmal notwendige Vertrauen ist auch bestimmend die Stimme im und die Stimme aus dem Parlament, und es gibt nun in Bayern einen kalendermäßig genau feststellbaren Termin, an dem sich das Klima, bayerischer Wesensart völlig zuwider, wesentlich verschlechtert hat. Die Erkenntnis der Bumerangwirkung dieser Änderung ist - das muß ich offen zugeben - im Wachsen. Nur, wir wissen alle: Einmal eingefahren, kommt man schlecht wieder aus der Spur, weil man Profil- oder sonstige Verluste befürchtet. Ich glaube, es wird vor allem auch in Zukunft Aufgabe der parlamentarischen Mehrheit sein müssen, sich dem zu widersetzen, ohne dem zu folgen, und damit die Nachlichkeit in diesem obersten Gesprächsforum unseres Freistaates Bayern für die Zukunft zu garantieren, so wie es für den heutigen Tag

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

für dieses oberste Forum einer Partei eine Selbstverständlichkeit ist, für diesen Parteitag, zu dem ich Sie alle nun von ganzem Herzen willkommen heißen darf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es freut uns ganz besonders, daß heute, wie auch in all den vergangenen Jahren, die Gattin unseres unvergessenen und unvergeßlichen Ministerpräsidenten Seidel, Frau Ilse Seidel, unter uns weilt. Herzlichen dankerfüllten Gruß dafür! (Beifall)

Einige Ehrengäste aus Bund und Bundestag vermag ich erst nachmittags zu begrüßen. Ich hoffe, Sie sind nicht zwischenzeitlich unter uns erschienen.

Ich darf aber in Vertretung des Bundesvorsitzenden der Christ-Demokratischen Union den Willkommensgruß entbieten dem Generalsekretär Dr.Heiner Geissler. (Beifall)

Die Europawahlen des nächsten Jahres bewegen uns, sie stehen als entscheidendes Faktum vor der Tür. Es freut uns daher, daß wir heute hier begrüßen können den Präsidenten der Europäischen Demokratischen Union Dr. Josef Taus. (Beifall)

Als Gast ist auch zu begrüßen der Vizepräsident der Europäischen Volkspartei, Dr.Egon Klepsch, der uns heute Nachmittag ein Grußwort schenken wird. (Beifall)

Aus Spanien entbiete ich einen herzlichen Willkommensgruß Herrn Dr.Federico Muños. (Beifall)

Von den zahlreich erschienenen Freunden aus der Schwesterpartei der CSU darf ich für alle anderen noch den Gruß entbieten dem Bundesgeschäftsführer Karl-Heinz Kilke. (Beifall)

ACSP, PT19780616-8

Die respektvollen und ehrerbietigen Grüße des Parteitags entbiete ich den Vertretern der Kirchen, vor allem Prälat Anton Maier, in Vertretung Seiner Eminenz Kardinal Joseph Ratzinger, (Beifall)
Herrn Oberkirchenrat Dr.Wagner in Vertretung des Landesbischofs der Evangelischen Kirche,(Beifall)
außerdem, sofern anwesend - er hat sich leider noch nicht gemeldet - , dem Vertreter des Landesverbands er Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, ich hoffe auf seine Anwesenheit, muß aber auch auf die Gefahr der Nichtanwesenheit hin einen Gruß entbieten dem Präsidenten des Bayerischen Senats, Herrn Baron Poschingen, wobei ich ihn noch als rüstigen Endsechziger begrüßen darf, ohne auf seinen erst am Montag stattfindenden Geburtstag allzu stark hinzuweisen. (Beifall)

Von der Bundesanstalt für Arbeit begrüße ich Herrn Präsident Josef Stingl. (Beifall)

Meine Damen und Herren, und vor allem Sie, die noch zu begrüßen und dadurch zu ehren sind! Ich bitte um Ihre Zustimmung und um Ihr Verständnis, daß ich aus zeitbedingten Gründen jetzt die Tagungsteilnehmer bitte, ohne irgendwelche Wertung und Bewertung, ohne Zwischenbeifall eine Reihe von Gästen nennen zu dürfen, damit Sie sie am Ende um so stärker und intensiver alle insgesamt mit Ihrem Beifall begrüßen.

So darf ich hier begrüßen:

Vom Deutschen Gemeindetag Herrn Oberbürgermeister Dr. Weiß,
vom Bayerischen Städteverband Herrn Oberbürgermeister Deimer,
vom Landesverband der Bayer.Industrie, Herrn Prof.Rodenstock,
vom Bayerischen Bauernverband Herrn Präsidenten Sühler und
Herrn Generalsekretär Quinger,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Herrn Ministerialdirektor Dr. Rainer Kessler.

Wir freuen uns über die Anwesenheit von Vertretern des Konsularischen Korps und begrüßen so wie üblich last not least mit besonderer Herzlichkeit und Vorwegdankbarkeit für Aufmerksamkeit und entsprechende Information die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren begrüßen Sie diese Gäste, aber auch die, die ich namentlich zu nennen vergessen habe, mit Ihrem Beifall.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es ist eine allüberall geübte Gepflogenheit, daß bei einer Tagung der Repräsentant des Tagungsortes, der Tagungsgemeinde, den Gruß spricht. So war es auch hier bei dem schon aus Größenordnungsgründen bedingter Notwendigkeit immer in München stattfindenden Parteitag. Aber seit Jahrzehnten sind wir zum erstenmal in der Lage, den Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München um ein Grußwort zu bitten, verbunden mit dem herzlichen Glückwunsch dieses Parteitags für die von ihm erfolgreich geschlagene Wahl um den Sessel des OB in München. Das Wort hat Erich Kiesl. (Beifall)

<u>Oberbürgermeister Erich Kiesl:</u> Herr Präsident, sehr verehrter Herr Landesvorsitzender, meine lieben Parteifreunde! Der Oberbürgermeister von München, der der CSU angehört, heißt die Delegierten des Parteitags der Christlich-Sozialen Union der bayer. Landeshauptstadt herzlich willkommen. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine lieben Parteifreunde! Unsere Partei hat in München einen großen Erfolg errungen. Ich glaube sagen zu dürfen, mit einem wohlausgewogenen Sachprogramm und unserem entschiedenen Eintreten für die Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaft haben wir die Münchner Wähler von unserer Politik überzeugt, und ich empfinde Genugtuung für München. Wir werden auf einer gesicherten Basis im Münchner Rathaus eine gute, eine wirksame Arbeit für diese Stadt leisten können. Liebe Parteifreunde, der Wahlerfolg vom 5.März ist nicht nur ein Erfolg der Münchner CSU gewesen; unsere ganze CSU hat durch ihr Auftreten und durch ihre Leistungen überall in Bayern dazu beigetragen - ich möchte das ausdrücklich betonen - , die bayerische CSU hat das Vertrauenskapital erwirtschaftet, das uns nun auch in München gegeben ist, und sie hat mitgeholfen, daß in München nach 30 Jahren wieder ein CSU-Oberbürgermeister einen CSU-Parteitag begrüßen kann.

Für die Münchner Wähler, meine Damen und Herren, für die Münchner CSU und für mich selbst bedanke ich mich herzlich bei allen Parteifreunden. Ich bedanke mich bei Euch für die Hilfe und für die Unterstützung, die uns in unserem Wahlkampf in außergewöhnlicher Weise von der gesamten Partei zuteil geworden ist. Ich bedanke mich für die Zustimmung, mit der uns unsere Parteifreunde aus ganz Bayern in unserer Zuversicht gestärkt haben, und ich bedanke mich für die Freundschaft, mit der die bayerische CSU unseren Weg in München begleitet. Meine lieben Parteifreunde, dieser Dank gilt vor allem unseren Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß. (Beifall) Franz Josef Strauß hat als der Steuermann das Vertrauen in den Kurs unserer Partei gefestigt und zugleich auch gerechtfertigt.

In München sind wir in den vergangenen Wochen mit einer Politik angetreten, meine Damen und Herren, die den wirklichen Wünschen, den Bedürfnissen und Hoffnungen unserer Bürger gerecht wird.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Ich meine, keine missionarische Besserwisserei und keine ideologische Verkrampfung, sondern demokratische Verantwortung bestimmt die Arbeit unserer Partei und ihrer Vertreter im Münchner Rathaus. Die Sorgen der Bürger um einen besseren Schutz ihrer städtischen Umwelt, um sichere Arbeitsplätze, um familiengerechte Wohnungen und um eine heimatliche Stadt, das sind auch unsere Sorgen, und wir werden ihnen nicht mit pseudointellektuellen Sprüchen begegnen, sondern mit Verstand und mit Herz.

Und, liebe Parteifreunde, mit Verstand und Herz wird die CSU auch in ganz Bayern im Herbst dieses Jahres den Wähler überzeugen mit dem Eintreten für eine freie und demokratische Gesellschaft, mit der Fortführung einer vernünftigen und sachkundigen Politik. Das Augenmaß mit der Zuneigung zu unserem lieben Bayern verbindet die Münchner CSU, und die Münchner Partei, liebe Parteifreunde, wird dabei ihren Dank an die Landespartei durch ein kommunalpolitisches Auftreten abstatten können, das ein gutes Argument im Landtagswahlkampf sein wird.

Ich wünsche Ihnen einen guten Verlauf des Parteitags und wünsche Ihnen, daß Sie sich in unserer, in Ihrer Landeshauptstadt wohlfühlen. (Beifall)

<u>Tagungspräsident:</u> Herr Oberbürgermeister, der Parteitag dankt Ihnen für das Grußwort und verbindet den Dank mit dem aufrichtigen Wunsch, daß 6 erfolgreiche Jahre für Sie und die Landeshauptstadt mit der dabei zu leistenden Arbeit vor Ihnen liegen, 6 und weitere Jahre.

Darf ich nunmehr Herrn Dr.Josef Taus um sein Grußwort bitten!

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Dr.Josef Taus: Herr Vorsitzender, Herr Landesvorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich Ihnen meine Grüße als derzeitiger Vorsitzender der Europäischen Demokratischen Union überbringe, gestatten Sie mir, daß ich Ihnen auch als Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei für diesen Parteitag alles Gute wünsche. Ich hoffe, daß Sie diesen Parteitag als einen Auftrag für einen weiteren Erfolg bei den Landtagswahlen benützen. Wenn ich das ganz kurz und bündig sagen darf: Aus nachbarlicher Verbundenheit wünschen wir Ihnen, daß Sie schön weiter gewinnen in Bayern. (Beifall) Ich bin ja ganz sicher, daß das der Fall sein wird, obwohl Ihre Latte sehr hoch liegt. Aber ich muß Ihnen ehrlich sagen, es ist viel schöner, man hat eine hohe Latte, über die man darüberspringen muß, als man hat eine sehr niedrige Latte. Ich wünsche Ihnen daher alles Gute, alles Gute für den 15.Oktober im Namen der Österreichischen Volkspartei. (Beifall)

Darf ich noch etwas Zweites hier anschließen! Da ist wirklich jetzt kein Neid dabei. Ich beglückwünsche Sie alle zu der Wahl in München, und ich freue mich, daß hier ein Oberbürgermeister von München, der der CSU angehört, diesen Parteitag begrüßt hat. Aber Ich will keinerlei Kombinationen für Österreich anschließen; aber Sie können's mir glauben, ich freue mich wirklich darüber. (Beifall)

So darf ich auch als derzeitiger Vorsitzender der Europäischen Demokratischen Union Ihnen alles Gute wünschen. Lassen Sie mich nun ein paar Worte zu dieser Europäischen Demokratischen Union sagen, einmal weil über diesen Zusammenschluß, über diese Arbeitsgemeinschaft europäischer Parteien der Mitte ja so viele Jahre diskutiert wurde. Ich betrachte es als Ehre, als erster Vorsitzender gewählt worden zu sein, nicht zuletzt aus dem Grund, weil zwei, drei meiner Vorgänger schon dieses Problem und diese Frage eines Zusammenschlusses der europäischen Parteien der Mitte immer wieder diskutiert und wir jetzt gewissermaßen den Schlußpunkt

ACSP, PT19780616-8

gesetzt haben. Ich möchte Ihnen auch hier sagen - ich möchte es vor allem Ihren Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß sagen - , daß Sie, und von der CSU war es nicht zuletzt, vor allem er, der durch Tatkraft mitgeholfen, entscheidend mitgeholfen hat, daß es zur Gründung der EDU gekommen ist. (Beifall)

Was macht denn die Gründung dieser EDU in der europäischen politischen Szenerie in unseren Augen so wichtig? Es ist der erste Versuch, daß christlich-demokratische Parteien und andere Parteien der Mitte in Europa sich zusammengetan haben. Auf Anhieb waren es immerhin gleich 18 Stück. Worum geht es denn hier? Hier geht es einfach darum, in Europa den politischen Willen zu demonstrieren, daß das politische Kernstück und Herzstück dieses Kontinents noch immer die politische Mitte ist, vertreten durch unsere Parteien. (Beifall) Wir wollen daher gar nicht mit einer großen Organisation und mit großen Büros beginnen. Das trägt ja gleich wieder den Keim der Bürokratie in sich. Aber was wir wollen, ist, in Europa unsere Stimme zu wichtigen politischen Problemen zu erheben. Immerhin haben wir die Legitimation, daß 56 Millionen Europäische Wähler hinter dieser EDU stehen. Wir müssen auch etwas anderes sehen - und das ist eine ganz entscheidende Frage - ,nämlich daß in dieser EDU auch Parteien vertreten sind, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, wie die Österreichische Volkspartei, wie unsere Schweizerischen Freunde, unsere Skandinavischen Freunde, unsere Finnischen Freunde, um das auch zu sagen. Es ist daher eine Arbeitsgemeinschaft, die über die EWG hinausreicht, und wir hoffen, daß alle europäischen christlich-demokratischen und Zentrumsparteien in einer angemessenen Frist dieser EDU angehören werden.

Meine Damen und Herren, ich habe hier ein Grußwort zu sprechen. Ich möchte es nicht all zu lang machen, wobei Sie wissen, daß diese Zwischenfloskel "Ich möchte es nicht allzu lang machen" bei den Zuhörern die Hoffnung auf ein Ende wecken soll. Der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Mensch lebt von der Hoffnung, aber ein paar Worte müssen Sie mir doch noch gestatten.

Ich glaube, daß es einmal notwendig und zweckmäßig ist, daß in Europa deutlich demonstriert wird, daß die Sozialisten auf diesem Kontinent nicht die erste Geige zu spielen haben und daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. (Beifall) Ich glaube deshalb, daß es so wichtig ist, daß wir uns hier zusammengetan haben, weil in diesem Europa etwas sehr deutlich wird: Es wird deutlich, daß die sozialistischen Parteien in nahezu allen europäischen Staaten einen Rutsch nach links machen. Da gibt es manche Kommentatoren, die sich darüber wundern, warum die westlichen sozialistischen Parteien nach links rutschen. Ich kann mich nicht darüber wundern; denn meine Auffassung ist, sie waren immer links, sie haben halt immer versucht, in die Mitte hineinzugehen, um ein paar Stimmen zu kriegen, um einige - wie es in Österreich formuliert wurde - zu veranlassen, ein Stück Weges mit ihnen zu gehen. Nun unterdessen dürften Sie ja gemerkt haben, mit wem sie hier ein Stück Weges gehen, und die Sozialisten sind jetzt dort, wohin sie gehören, auf die linke Seite des Spektrums der politischen Parteien. In der Mitte - ich sage das auch dezidiert - sind wir, die christlich-demokratischen und andere Parteien der Mitte, hier ist unser Platz in Europa und diesen Platz werden wir behaupten, weil wir dorthin schon auf Grund unserer Weltanschauung gehören. (Beifall)

Lassen Sie mich ein paar Sätze zu Themen sagen, die hier diskutiert werden! Mit dem Rutsch nach links verbindet sich ja eine Kritik an wichtigen Institutionen unserer Ordnung. Es wird z.B. unser System der sozialen Marktwirtschaft in den sozialistischen Parteien kritisiert; so als kapitalistische Profitwirtschaft wird es mit der linken Hand abgetan, als ein System, das überwunden gehört, ein Planungssystem soll an die Stelle rücken. Von Verstaatlichung hört man da und dort. Beschlüsse werden darüber gefaßt; in der Bundesrepublik, habe ich neulich einmal gelesen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Lassen Sie mich hier eines dezidiert feststellen: Das gesamte westliche Europa verdankt seinen Aufstieg nach dem Krieg der Tatsache, daß es überall politisch den weisen Beschluß gefaßt hat, sich nicht vom Irrlicht der Planung in die Irre führen zu lassen. (Beifall) Wir glauben einfach daran, meine Damen und Herren, daß menschliche, politische Freiheit nur mit einem ökonomischen System verbunden sein kann, in dem auch die Menschen die Freiheit und die Selbstverwirklichung realisieren können. Das muß man doch sehen. Dann wird immer wieder behauptet: Ja, gut, das ist ein System, das hält vielleicht einigen etwas bringt. Ich würde keine Sekunde ein ökonomisches System vertreten, von dem ich nicht überzeugt bin, daß es das beste und günstigste System ist, das wir kennen, für die überwältigende Mehrheit eines Landes. Ob Arbeiter, Angestellte, Selbständige, Bauern, ist doch völlig gleichgültig. Gerade wir christlich-demokratischen Parteien mit ihrer starken sozialen Komponente können ja nur ein System vertreten, das der überwältigenden Mehrzahl der Menschen mehr bringt als alle anderen bekannten Systeme, und daher treten wir für die soziale Marktwirtschaft ein. (Beifall) Sozial ist es, wenn sehr viele Menschen sehr viel mehr haben, als sie vorher hatten.

Lassen Sie mich noch einen Satz zu der vielzitierten sozialen Sicherheit sagen! Soziale Sicherheit gibt es, aber nur dann, wenn eine Wirtschaft funktioniert. Wo nichts produziert wird, gibt's nichts zu verteilen; aus nichts wird nichts. Daher ist das System der sozialen Sicherheit nur zu halten, zu sichern, auszubauen, zu entwickeln, wenn wir auf der anderen Seite ein produktives Wirtschaftssystem haben, und wer das übersieht, ist ein Feind der sozialen Sicherheit. (Beifall)

Wir haben auch noch einige andere grundsätzliche Probleme. Was wird denn über die Familie diskutiert! Nur einen Satz! Lassen Sie mich eines festhalten: Wir halten die Familie nach wie vor für die Basis einer gesunden Gesellschaft und eines gesunden Staates. Wir wollen sie nicht allein zum Sozialisationsexperiment

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergehend nicht gestattet Reprodktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

degradieren. Für uns ist die Familie mehr; für uns ist die Familie der Kern der menschlichen Gemeinschaft, und darum kämpfen wir für sie und treten für sie ein und sind gegen alle, die gegen die Familie eintreten und ihr nur eine bestimmte gesellschaftliche Rolle zuweisen wollen. Auch das sei hier dezidiert gesagt. (Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß kommen! Ich habe mich gefreut, Ihnen im Namen der EDU und im Namen der österreichischen Volkspartei die besten Wünsche überbringen zu können. Ich hoffe und bin überzeugt, daß Sie einen guten Wahlkampf schlagen und ein glänzendes Wahlergebnis haben werden. In diesem Sinne Glück auf für die CSU in den kommenden Monaten! (Beifall)

Tagungspräsident: Herr Präsident Dr.Taus, recht herzlichen Dank! Sie hörten eben den Dank des Parteitages. Wir danken Ihnen für die Grüße als Vorsitzender der ÖVP mit Ihrem Hinweis auf die nachbarschaftliche Verbundenheit, die nicht nur historisch bedingt ist. Es gibt ja auch sehr aktuelle Anzeichen dafür. Wenn man z.B. im Bayerischen Rundfunk Töne mit starkem nördlichen Akzent hört, dann reagiert manchmal das bayerische Ohr etwas allergisch. Aber wenn Sie echt original in der Tonart Ihres Landes im Rundfunk sprechen, dann wird es keineswegs als unangenehm empfunden. Was kann mehr verbinden als die Gemeinschaftlichkeit der Sprache, auch in der gewissen Akzentuierung!

Im Übrigen, wenn Sie für uns den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, wir sollen schön gewinnen, dann geben wir den Wunsch gern zurück: Gewinnt auch mal wieder schön! Wir freuen uns darüber von ganzem Herzen. (Beifall)

Im übrigen aber ist unsere Hoffnung nun auf Europa gerichtet, und wir sehen in Ihnen und in vielen anderen einen Garanten dafür,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

daß die Blütenträume der Sozialisten auf dem europäischen Kontinent einem sehr schnellen Frost weichen müssen, einem Frost, der dann die Sonne der Mitte, die Sie angesprochen haben, über Europas Wärme scheinen läßt.

Und damit in Europa, darf ich um ein Grußwort bitten Herrn Minister Muños.

Minister Muños: (in deutscher Übersetzung) Herr Minister Silvio de Muños freut sich, hier anwesend zu sein, und möchte die Grüße der Alianza Popular, der spanischen Volksallianz, Ihnen zu diesem Kongreß übermitteln. (Beifall)

Ich freue mich ganz besonders, heute zu Ihnen sprechen zu können, heute am Tag der nationalen Einheit. Denn wir Spanier wissen sehr genau, was Kommunismus bedeutet, und wir können uns an die Ereignisse in Berlin erinnern und wir protestieren mit Ihnen dagegen. (Beifall)

Meine Partei ist eine Partei christlicher Prägung, und unser Ziel ist es, für die Person zu kämpfen, für die Person gegenüber der Gruppe, damit die Person gegenüber der Gruppe gewinnt. (Beifall)

Wir treten ganz besonders ein für die neue Verfassung jetzt in Spanien und eine neue Wirtschaftsordnung, weil wir davon überzeugt sind, daß sie am besten den Frieden und die Freiheit der Menschen sichern kann. (Beifall)

Wir treten auch ein für die Familie, für den Schutz der Familie und gegen die Versuche der Kommunisten in Bezug auf Abtreibung und illegale Scheidung. (Beifall)

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wir glauben an Europa, und Spanien benötigt Europa, und wir glauben auch, vielleicht braucht Europa Spanien. (Beifall) Deshalb stimmen wir voll mit Überzeugungen überein, die Herr Dr. Maus soeben gesagt hat.

In unserer neuen Verfassung verteidigen wir die freiheitlichen Rechte und die Demokratie. In Spanien befinden wir uns momentan in einen Konflikt gegenüber den Kommunisten, den wir aber zu gewinnen hoffen. (Beifall)

Spanien befindet sich im südlichen Konfliktbereich und sieht sich von Rußland bedroht. Wir hoffen, alle unsere Kräfte zu vereinigen, um dieser Gefahr durch irgendwelche Pakte zu entgehen. (Beifall)

Die Alianza Popular fühlt sich den Prinzipien der CSU sehr eng verbunden, und wir hoffen, daß auch wir in Zukunft von Sieg in unserem Lande sprechen können. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Tagungspräsident: Herr Minister Muños, wir, das ist der Parteitag der CSU, danken Ihnen sehr herzlich nicht nur, daß Sie die weite Reise von Ihrem Heimatland hierher nach München unternommen haben, sondern auch für die Grußworte, die Sie an uns gerichtet haben. Wir wissen sehr wohl, gerade wir in Bayern, um die Bedeutung Ihres Landes und um die Bedeutung der Iberischen Halbinsel für Europa, für seine Sicherheit, für seine Freiheit und für die Fortentwicklung einer echten und wahren Demokratie. Wir wünschen daher in echter europäischer Verbundenheit den politischen Bemühungen in Ihrem Land vollen Erfolg. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In aller Kürze darf ich Sie unterrichten, daß ein herzliches Wort des Grußes an uns richtete Ministerpräsident Leo Tindemans mit der wohl verständlichen Entschuldigung, daß die Verhältnisse in seinem Land ihn hindern, heute hier zu sein, weshalb er Herrn Klepsch gebeten hat, ihn zu vertreten. Dessen Grußwort werden wir heute Nachmittag hören können.

Es ist folgendes Telegramm an den Landesvorsitzenden eingegangen:

Lieber Franz Josef! In Datum und Motto des Parteitags hat die CSU ein Zeichen gesetzt, sich in Selbstbewußtsein und Selbstverständlichkeit zur nationalen Verantwortung zu bekennen. Die Öffentlichkeit wird aber auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen gespannt nach München blicken. Wir stehen vor der Aufgabe, mit einer Strategie der absoluten Mehrheiten in Hessen, Bayern und anderswo auf der Basis unserer in Jahrzehnten gewachsenen Parteienstruktur für klare Verhältnisse zu sorgen. In Bayern steht der Erfolg der CSU dank ihres klaren Kurses und ihrer soliden Verankerung im Volk außer jedem Zweifel. Der Landesverband der CDU-Baden-Württemberg wünscht sich von diesem Parteitag der CSU jene Impulse, die es den CDU-Landesverbänden ermöglichen, ihrerseits die Wende in Bonn herbeizuführen.
In diesem Sinne einen guten Verlauf!

Dr.Hans Filbinger. (Lebhafter Beifall)

ACSP, PT19780616-8

Der Herr Landesvorsitzende und mein Kollege Peter Lorenz schickt aus der alten Reichshauptstadt, in der der Volksaufstand des 17.Juni 1953 seinen Anfang nahm, herzliche Grüße.

Ebenso sind eingegangen ein Telegramm von Heinrich Köppler; ein Schreiben von Dr.Dregger, der nun durch die eigenen Wahlkampfbemühungen gehindert ist, der Einladung Folge zu leisten. (Beifall)

Prälat Paul Boeklet, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe in Bonn, ist heute terminlich verhindert, aber extra gestern Abend zur Teilnahme am Gottesdienst für die Opfer des 17.Juni 1953 nach München gekommen und weilte unter uns. (Beifall)

Letztlich ging noch ein sehr ausführliches Fernschreiben von Kurt Biedenkopf mit den Grüßen der Westfälisch-Lippischen CDU ein. (Beifall)

Darf ich den Delegierten nur kurz noch einen Hinweis geben! Auf Ihren Plätzen finden Sie ein umfangreiches Werk des Bayerischen Statistischen Landesamts mit dem Titel" Die Landtagswahl von A-Z". Wir bitten Sie, dieses Buch mit nach Hause zu nehmen - es ist der billigere Weg gegenüber dem Postversand gewesen - , und falls Sie noch weitere derartige Exemplare wünschen, bitte ich, sich an den Informationsständen, soweit der Vorrat reicht, zu bedienen.

Die weiteren Grußworte, meine Damen und Herren, werden heute Nachmittag eingeschaltet.

Nunmehr darf ich in die Tagesordnung eintreten. Am 15.Oktober endet die 8.Legislaturperiode des Bayerischen Landtags. Das sind 32 Jahre. Die Hälfte dieser Zeit stand und steht noch unter der Ministerpräsidentenschaft Dr.Alfons Goppel. Wir sind begierig, von ihm nicht nur einen Rückblick, sondern auch einen Ausblick

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

in die Zukunft zu hören. Herr Ministerpräsident, ich darf Sie um Ihr Wort bitten. (Beifall)

Ministerpräsident Dr.h.c.Alfons Goppel, MdL: Hohes Präsidium, meine hochverehrten Damen und Herren Ehrengäste, liebe Freunde, meine sehr verehrten Damen und Herren! Parteitag vor der Wahl! Die CSU, die seit drei Jahrzehnten die tragende Regierungspartei in Bayern ist, geht zuversichtlich in diese Wahl. Denn in diesen drei Jahrzehnten hat Bayern, ohne sein Wesen zu ändern, sein Gesicht geändert. In den Not- und Aufbaujahren nach dem Krieg beginnend, haben unsere Regierungen in den Zeiten des Aufschwungs und des Wachstums hart für das Land gearbeitet und mit den Bürgern und mit den Mandatsträgern die Grundlagen für seine Weiterentwicklung gelegt. Wir brauchen diese Grundlagen.

Jenseits unserer Ostgrenze - und wir in Bayern haben die Längste - wächst die Rüstung bedrohlich. An der Südostflanke der NATO wird die Lage zunehmend instabil. An die Verhältnisse in Afrika brauche ich nur zu erinnern. Der Umsturz in Afghanistan ist in Asien nur ein Schlaglicht auf den ungebremsten Expansionswillen des Kommunismus.

Und die wirtschaftliche Entwicklung, meine Damen und Herren ! Da ist die Dollar-Krise und unser so exportorientiertes Land. Da sind die schrumpfenden Wachstumsraten. Die Arbeitslosenzahl will und will sich nicht ändern.

Wir schauen auf unsere junge Generation: Not an Ausbildungsplätzen, Studienplätzen, Arbeitsplätzen, und alles das angesichts einer bedrohlichen Bevölkerungsentwicklung mit ihren Auswirkungen für die Renten, mit der Gefahr der biologischen wie geistig-kulturellen Auszehrung unseres Volkskörpers.

Da ist aber auch die Bedrohung aus der Infragestellung unserer

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

freiheitlichen Ordnung durch Richtungslosigkeit und Wertunsicherheit, durch die Flucht in kollektivistische Ideologien, und der Terrorismus steht vor uns.

Daraus, meine lieben Freunde, haben sich auch für unsere bayerische Politik besondere Aufgaben ergeben, die wir 1974 noch gar nicht so scharf erkennen konnten, sei es die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage, sei es der Terrorismus, sei es der kurzfristige Andrang zu allen Bildungseinrichtungen bei gleichzeitig in einigen Jahren zu errechnendem Schwund.

So zeigt sich, meine Damen und Herren, eine Entwicklung zu einem blühenden, leistungsfähigen und stabilen Land, für das noch manches zu tun blieb und zu tun uns immer wieder neu ~~uns~~ aufgegeben wird.

Ziel unserer Politik war und ist Gleichgewichtigkeit und Ausgewogenheit für alle Landesteile und einigermaßen sichere Lebensgrundlage für alle. Ziel war und ist, in allen Regionen und Landesteilen ihre naturgegebenen, geschichtlich-kulturellen und wirtschaftlich-sozialen Unterschiedlichkeiten im Wertgleichgewicht zu halten, auch als Fundament bayerischer Staatlichkeit. Das große Ziel hieß und heißt danach "Das Land halten". Das, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wird auch künftig unverzichtbare Aufgabe für jede Bayerische Staatsregierung bleiben.

Ich meine angesichts dieser Aufgabe, die Grundlagen hierzu seien gelegt mit einer unserer Zeit angepaßten, leistungsfähigen und bürgernahen Verwaltung; mit einer Gebietsreform und dadurch geschaffenen leistungsfähigen Kommunen und mit einer lebendigen Selbstverwaltung. All das ist sicherlich nicht ohne schmerzliche Eingriffe und ist auch nicht immer mit letzter Gültigkeit und zu aller Zufriedenheit vor sich gegangen. Aber - und das scheint mir das Wichtigste zu sein - wir haben dabei bayerisches, unserem Charakter zukommendes Maß gehalten und Überschaubare

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

und menschlich annehmbare Bereiche geschaffen, wenngleich wir uns fragen müssen und fragen dürfen, ob die gewonnene größere Leistungsfähigkeit zugleich auch Verbilligung der Verwaltung gebracht hat. (Beifall) Wir sollten auch nicht meinen, meine lieben Freunde, daß nicht da und dort noch etwas zu ändern wäre. Wir meinen aber, wäre es nach der SPD gegangen, hätte die Gebietsreform zu einem gemeindlichen "Kahlschlag" geführt. Im sogenannten "Immenstädter Programm" der SPD vom Jahre 1971 heißt es: "Die SPD ist der Auffassung, daß die Größe einer Gemeinde, die bei einer Zusammenlegung anzustreben ist, 5000 bis 10 000 Einwohner betragen muß." Im besonderen Teil des 1975 in Mannheim behandelten SPD-Orientierungsrahmens '85 heißt es sogar: "Die Gemeinden sollen so zusammengefaßt werden, daß sie mindestens 10 000 Einwohner haben ..." . Die SPD, meine Damen und Herren, hat diese Vorstellungen auch verwirklicht, sie etwa in Hessen, wo es noch 422 Gemeinden bei mehr als 5 1/2 Millionen Einwohnern, und in Nordrhein-Westfalen, wo es noch 326 Gemeinden bei über 10 Millionen Einwohnern gibt.

Nach der Gebietsreform blieb und bleibt die Aufgabe der Funktionalreform. Ob aber die Verlagerung staatlicher Aufgaben nach unten in jedem Falle sachgerechtere Lösungen, mehr Bürgernähe bringt, ob die übergeordneten Interessen des Gemeinwohls gegenüber Sonderinteressen hinreichend berücksichtigt werden? Solche Funktionalreform fordert jedenfalls mehr Verantwortungsbereitschaft der örtlich Gewählten - nicht der Übergeordneten - und vielfach größere Risikobereitschaft im Blick auf die Wahlen.

Und noch eins: Ich stimme den vielen Klagen über eine allzu perfekte Reglementierung unserer Verhältnisse zu. Aber einmal liegt das an der Gewaltenteilung und an der generellen Anfechtbarkeit aller Staatsakte. Allein der Gleichheitsgrundsatz und die daraus entspringende Gerechtigkeitsauffassung veranlaßt den Gesetzgeber wie den Vollzug zu möglichst engen Vorschriften und zu möglichst einheitlichem Vorgehen. Daß die Kompliziertheit der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Lebensverhältnisse das ihre dazu tut, brauche ich nicht zu betonen. Und daß die Anforderungen immer mehr und kostspieliger werden, liegt auf der Hand. Ich muß aber auch hinzufügen, meine lieben Freunde, daß in den letzten 16 Jahren das Finanzausgleichsvolumen zugunsten der Kommunen doppelt so stark wie der allgemeine Staatshaushalt stieg und daß 1978 noch etwa 1,7 Milliarden DM außerhalb geleistet werden, so daß in diesem Jahre etwa jede vierte Mark aus dem Staatshaushalt an die Kommunen geht. Damit liegt Bayern 1978 unter allen Ländern mit an der Spitze; es wird nur übertroffen von dem finanzstärksten Land Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren! Schon unter Hans Ehard und Hanns Seidel wurden vor 30 Jahren die Weichen für eine Entwicklung gestellt, die aus Bayern einen modernen, einen dynamischen und einen leistungsfähigen Industriestaat werden ließ. Der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt uneinholbar scheinende Rückstand in der Industrialisierung wurde schrittweise, bis heute fast vollständig abgebaut. Heute unterhält Bayerns Wirtschaft zu fast 200 Ländern der Welt Handelsbeziehungen, wodurch der Wert unserer Ausfuhren in den letzten 15 Jahren von 5,7 Milliarden DM auf 35,4 Milliarden DM, also um über 500 Prozent, gesteigert wurde. In der selben Zeit ist das bayerische Bruttoinlandsprodukt von 55,7 Milliarden DM um mehr als das Dreieinhalbfache auf über 200 Milliarden DM gestiegen. Mit einer nominellen Wachstumsrate von jährlich 8,9 Prozent liegt Bayern deutlich über den Vergleichswerten des Bundes. Unser Land hat so das Produktivitätsgefälle so gut wie abgebaut, und das trotz ungünstiger Rahmenbedingungen wie etwa Revierferne, Randlage in der Bundesrepublik und auch in der EG, Trennung von den traditionellen Märkten im Osten und Südosten.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, ist keineswegs auf die Verdichtungsräume beschränkt oder geht gar auf Kosten der strukturschwachen Räume. Gerade sie konnten am gesamtbayerischen - Wir liegen am weitesten im Osten; wir haben die weitesten Wege zu den Zentralen; Wir haben die größten Entfernungen zu unseren Absatzgebieten - und die

Hergestellt im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wirtschaftswachstum überproportional teilnehmen. So hat sich etwa - und auch das ist eine interessante Zahl - in Niederbayern der Industriebesatz in den letzten 25 Jahren mehr als verdoppelt.

Und wir konnten in den strukturschwachen Räumen trotz Rezession den großen wirtschaftlichen und beschäftigungsmäßigen Einbruch, den uns die Opposition immer wieder prophezeit hat, verhindern. Unsere Strukturpolitik hat sich auf dem Prüfstand der Konjunktur und auch auf dem Prüfstand der veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bewährt. Meine Damen und Herren, dies allerdings auch dank einer Tatsache, daß die Förderung des Zonenrandgebietes und der strukturschwachen Räume in Bayern seit über 25 Jahren höchste Priorität hatte und hat: Rund 45 Prozent aller geförderten neu geschaffenen Arbeitsplätze entfallen auf diese Gebiete. Rund 45 Prozent aller geförderten Investitionen wurden hier durchgeführt. Auf das Zonenrandgebiet entfielen 52 Prozent aller Zuschüsse und 42 Prozent aller Darlehen. 62 Prozent der zur Förderung gewerblicher Vorhaben vergebenen Gemeinschaftsaufgabenmittel wurden für Projekte im Zonenrandgebiet bereitgestellt.

Meine lieben Freunde! Dagegen hat sich gerade in den letzten Jahren das Gewicht der regionalen Strukturpolitik in der Bundesrepublik und auch mit Willen und mit Unterstützung der Bundesregierung eindeutig zu Lasen diese Gebiete verschoben. SPD und FDP tragen die Verantwortung dafür, daß im Bund durch die ständige Ausweitung der Fördergebiete die Standortkonkurrenz des Zonenrands und unserer schwachen Gebiete wesentlich erschwert worden ist und der auf das Zonenrandgebiet entfallende Mittelanteil innerhalb der Gemeinschaftsaufgaben zurückgegangen wie die Nivellierung des Präferenzsystems in der Gemeinschaftsaufgabe zu Lasten unserer Zonenrandgebiete gegangen ist.

Zur günstigen Entwicklung in Bayern hat aber wesentlich unsere Mittelstandspolitik beigetragen, die von unserem Staatsministe-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

rium für Wirtschaft und Verkehr als ein Kernstück betrachtet würde. Dieses Kernstück muß bleiben, weil es nicht die Erhaltung überholter Strukturen, sondern der Sicherung der Zukunft dient.

Weit mehr - und das ist eine Zahl, die wir uns wirklich zum Bewußtsein führen müssen - als die Hälfte des bayerischen Bruttosozialprodukts wird schließlich vom Mittelstand erwirtschaftet.

Unser Mittelstandsförderungsgesetz ist beispielgebend gewesen und ist es auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus.

Unsere Aktivitäten müssen deshalb fortgesetzt und verstärkt werden zur steuerlichen Entlastung des Mittelstandes, zur Förderung mittelständischer Existenzgründung und in der mittelständischen Technologie - und Wettbewerbspolitik.

Zu all dem aber - und das ist ein Kapitel, das uns doch sehr leidvoll in den letzten Monaten immer wieder neu beschäftigt hat - brauchen wir eine preiswerte Energieversorgung. Auch in Zukunft! Wenig Hilfe haben wir hier bisher vom Bund erfahren. Wir müssen beachten,

- daß die 60 Prozent ausmachende Abhängigkeit von Ölimporten verringert werden muß,
- daß neue Technologien auf absehbare Zeit höchstens 5 % des Bedarfs zu decken in der Lage sind,
- daß Energieeinsparungen überhaupt nur bedingt wirksam werden,
- und daß Kernfusion allenfalls erst für die fernere Zukunft als Energiequelle in Betracht kommt.

Dabei darf ich an das so leichthin weggegangene - ich will keine Beschuldigungen erheben - Projekt Jet, das statt nach Garching nach England gekommen ist, nur am Rande erinnern. Das war eine deutsche Niederlage. Das war für uns vor allem ein schwerer Schlag innerhalb unserer eigenen Energiepolitik. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wir müssen auch bedenken, daß unsere Kohlereserven zur Deckung unseres Energiebedarfs nicht ausreichen. Wir müssen bedenken, daß Kohlekraftwerke wegen ihrer Umweltbelastung nicht beliebig gebaut werden und daß die Kohlekraft immerhin um 3 bis 5 Pfennig pro Kilowattstunde teurer ist als die Kernenergie.

Die Energieversorgung kann nach heutigen Erkenntnissen im nächsten Jahrzehnt nur - und daran müssen wir wohl festhalten - durch Kohle und Kernkraft sichergestellt werden. Das energie- wie wirtschaftspolitisch verhängnisvolle sog. "Restenergiekonzept" der SPD und FDP ist unrealistisch und nicht durchzuführen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde! Seit vielen Jahren gilt unsere Sorge dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in Bayern. Da viele unserer traditionellen Handeslbeziehungen durch den Eisernen Vorhang zerschnitten worden sind, mußten wir den Verkehr auf neue Handelspartner hin ausrichten. Auch dabei galt es besonderen Bedacht auf das Grenzland zu nehmen. 35 Prozent des gesamten Staatsstraßenhaushalts fließen daher in das Zonenrandgebiet.

Der Fernstraßenbau in Bayern ist vielen Belastungsproben ausgesetzt und beinahe so etwas wie ein trauriges Kapitel. Selbst vom Bund wird heute nicht mehr bestritten, daß Bayern in den Jahren 1971 bis 1975 benachteiligt wurde und daß ihm dadurch 750 Millionen DM, - das ist gleich einer Baustrecke von 100 km Autobahn - entzogen worden ist.

Da die Eisenbahnpolitik im Moment auf Eis liegt oder auf Eisen, brauchen wir uns um Streckenstillegungen im Moment wohl nicht zu kümmern.

Bayern ist trotz der Umwandlung in den letzten 30 Jahren - aber bei all dem, was wir eben bei Energie, Straßen und Handel gesehen haben - immer noch das größte Landwirtschaftsland der Bundes-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

republik. Aber auch hier bedurfte es zäher und dauerhafter Verteidigung unserer Politik mit unseren besseren Argumenten.

Dies begann mit dem in der Bundesrepublik und in der EG ersten Landwirtschaftsförderungsgesetz schon im Jahre 1970. Unser "Bayerischer Weg", die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der bäuerlichen Struktur in Form von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben, die Stärkung der Selbsthilfe, besonders die überbetriebliche Zusammenarbeit sowie die Verbesserung der sozialen Lage, ist inzwischen auch in Brüssel anerkannt und wird zunehmend auch von der Bundesregierung als richtig bestätigt. (Beifall)

Meine lieben Freunde, auch dies soll man deutlich sagen und wissen: Noch immer haben 11 Prozent der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz in der Landwirtschaft und immer noch hängen weitere 12 Prozent von Wirtschaftszweigen ab, die unmittelbar von der Landwirtschaft abhängen oder auf ihr aufbauen. Unabhängig aber von all diesen Zahlen bleibt die Bedeutung der Bauern als Berufsstand, der seit alters das Bild dieses unseres Landes geprägt hat und noch immer prägt. Bis heute - und darauf sind wir stolz und sollen wir stolz sein, - ist Bayern ein bäuerlich geprägtes Land geblieben, bis in die großen Städte hinein. Und das Oktoberfest ist ja schließlich ein bäuerliches Fest; das wir immer feiern. (Beifall) Der Bauer hat in generationenlanger Arbeit das Bild dieses unserer Landschaft geformt. Es ist deshalb auch der Bauer, dem zuerst die Aufgabe zufällt, diese Kulturlandschaft zu pflegen und zu erhalten. (Beifall)

Unser moderner Industriestaat soll auch darin menschlich und lebenswert und liebenswert bleiben, daß wir und die nach uns kommen weiterhin in einer schönen und gesunden Umwelt leben können. Die Schönheit und die Vielgestaltigkeit unserer bayerischen Landschaft muß - das ist eine Binsenwahrheit - bewahrt und erhalten werden. Mit unserem Natur- und Denkmalschutzgesetz bemühen wir uns, diesen Anforderungen gerecht zu werden. Aber, meine Damen

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

und Herren, gute Gesetze und perfekte technische Maßnahmen, wie etwa unser Luftüberwachungssystem oder etwa die Regelung bei der Abfall- und Abwasserbeseitigung, dies allein genügten dafür nicht. Das Land muß im Gleichgewicht gehalten werden zwischen der technisch-industriellen Entwicklung und Erschließung und den Anforderungen des Umweltschutzes. Freilich dürfen auf keiner Seite politische Götzen aufgestellt werden.

Im Mittelpunkt unserer Politik - das erklärte ich in meiner ersten Regierungserklärung vor 16 Jahren - steht der Mensch! Das ist für uns niemals bloß eine deklamatorische Willenserklärung geblieben. Wir können mit Stolz auf das zurückblicken, was in Bayern in den letzten Jahrzehnten im Sozial- und Gesundheitsbereich geleistet worden ist.

Unsere Politik für die jungen Menschen, die nicht nur in der Sozialpolitik, und unsere Politik für die alten Mitbürger und die Behinderten war und ist auch heute noch innerhalb der Bundesrepublik beispielhaft; das gilt von unserem Jugendprogramm aus 1974, das gilt von unseren Maßnahmen, soweit wir zuständig dafür sind, zur Beseitigung der Ausbildungsnot für die Jugendlichen, gerade für jene, die sonst keine Chance für den Eintritt ins Berufsleben gehabt hätten: 5 000 zusätzliche Ausbildungsplätze im Zonenrandgebiet, mehr als 1 000 Ausbildungsplätze für Sonderschüler sind danach geschaffen worden. Die Sorge um den Schwachen, um den Hilflosen, um den Behinderten ist und muß bleiben, Kern unserer Sozialpolitik, weil wir den Rechtsstaat als Solidargemeinschaft seiner Bürger nicht nur freiheitlich, sondern auch menschlich gestalten wollen und müssen. (Beifall)

Aber ein menschenwürdiges Leben ist nach unserer Auffassung nicht das Leben von Betreuten und von Gegängelten, es ist ein Leben in Eigenverantwortung. Unsere Sozialpolitik ist daher auch, wie es in der übrigen Politik der Fall ist, in der landwirtschaftlichen und sonstigen Politik Hilfe zur Selbsthilfe. Unser Ziel, ein

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

landesweites Netz von Altenheimplätzen, ist so gut wie erreicht. Wir haben dazu die Mittel in den letzten sechs Jahren um ca. 80 Prozent auf heute 97 Millionen DM jährlich erhöht. Damit haben wir mehr als 38 000 Heimplätze öffentlich gefördert.

Noch stärker als bisher muß die offene Altenhilfe gefördert werden, um dem alten Menschen zu helfen, in seiner gewohnten Umwelt zu bleiben. Aber, meine lieben Freunde, der Staat kann ~~aber~~ diesen Dienst an unseren alten Menschen allein nicht leisten. Altenhilfe verlangt die persönliche Bereitschaft jedes Einzelnen zu mehr Mitmenschlichkeit. Deshalb danke ich und dankt die Staatsregierung all den freien Trägern in der Sozialarbeit, die diesen Dienst leisten, und wir begrüßen jede bürgerschaftliche Initiative, die dieses Bewußtsein bei dem Bürger wieder hat lebendig werden lassen, ob es um die kirchlichen, um die paritätischen Dienste, um das Rote Kreuz oder die Malteser, um die Johanniter oder auch um die Arbeiterwohlfahrt geht.

Mit Stolz und Zufriedenheit können wir in Bayern auch darauf blicken, wie wir den gesundheitspolitischen Herausforderungen begegnet sind. Trotz der Belastung durch das Verhalten des Bundes, der sich immer weiter aus der Verantwortung für die Finanzierung der Krankenhäuser zurückgezogen hat, müssen wir das bayerische Krankenhaussystem weiterhin gesund und leistungsfähig erhalten, damit unseren Mitbürgern die bestmögliche Unterbringung und Betreuung ermöglicht, ihnen die Fortschritte der Medizin - ob in der Großstadt oder auf dem Lande - in gleicher Weise zugänglich gemacht werden. Meine lieben Freunde, von 1972 bis 1977, in diesen schweren fünf Jahren, wurden in Bayern 118 Krankenhausbaumaßnahmen von Schwaben, von Lindenberg bis hinauf nach Lichtenfels in Oberfranken durchgeführt.

Dabei gewährleistet unser gestuftes System nach dem Krankenhausgesetz sowohl durch ein hochqualifiziertes Leistungsangebot in wenigen Krankenhäusern der dritten Versorgungsstufe als auch

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

durch ein breitgestreutes, allen Anforderungen gerechtes Angebot an Krankenhäusern der weiteren Stufen die erforderliche Behandlung. Aber nicht das möglichst hochtechnisierte und durchorganisierte, sondern das menschengerechte Krankenhaus ist weiterhin unser Ziel. Wo im ersten Reformeifer und vielleicht zu sehr vom grünen Tisch her zu weit gegangen wurde, müssen aber auch Korrekturen in der kommenden Zeit möglich gemacht werden. (Beifall)

Die Gesundheit des Körpers ist immer auch abhängig gewesen von der Gesundheit unserer geistigen Verhältnisse. Kultur- und Bildungspolitik gehören zum Kernbereich der Staatlichkeit der Länder. Hier haben sie besondere Verpflichtungen zu erfüllen. Auch hier, meine Damen und Herren, können wir in Bayern guten Gewissens auf das zurückblicken, was geleistet worden ist, und wir können von da aus getrost in die Zukunft schauen.

Bayern liegt einer Untersuchung der Bund-Länder-Kommission - also gar nicht unsere eigene interessierte Kommission! - für Bildungsplanung zufolge mit seinen Bildungsausgaben an der Spitze aller Länder. (Beifall) Konkret, meine Damen und Herren, bedeutet dies unter anderem:

- Im Volksschulbereich stieg innerhalb der letzten 15 Jahre die Zahl der Klassen von 26 000 auf 30 000, stieg die der Lehrer von 29 000 auf fas 45 000;
- im Realschulbereich gab es im selben Zeitraum 3 000 neue Klassen und 4 500 mehr Lehrer;
- im Gymnasialbereich verdoppelte sich fast die Zahl der Klassen und Lehrer;
- Universitäten wurden in Regensburg, in Augsburg, in Bayreuth und Passau gegründet; die Gesamthochschule in Bamberg, eine Technische Fakultät an der Universität Erlangen-Nürnberg, ein Medizinischer Fachbereich an der Technischen Universität München, das Klinikum der Technischen Universität München in Großhadern

ACSP, PT19780616-8

und seit 1971 8 staatliche Fachhochschulen wurden gegründet. Hätten alle Länder, meine lieben Freunde, so viel für den Hochschulausbau getan wie Bayern, so gäbe es kein Numerus-clausus-Problem. (Beifall)

Hessen, Nordrhein-Westfalen - und schon gar nicht Bremen - können kein Beispiel für uns sein. Ich will es nicht weiter abwandeln. (Beifall)

Unser gegliedertes Schulsystem hat sich bewährt; es hat uns in die Lage versetzt, die Bildungsanforderungen flächendeckend zu befriedigen.

Was haben SPD und FDP in Bayern und was hat der Bund uns gescholten, weil wir den Fetisch hoher Abiturientenzahlen nicht anbeteten. Der Bildungsstand eines Landes, meine Freunde, zeigt sich eben auch und zeigt sich gerade in der guten beruflichen Qualifikation seiner Facharbeiter und Handwerker. (Beifall)

So kann uns auch der sog.Mängelbericht der Bundesregierung nichts anhaben. Die rechte Bildung ist aber nicht nur für den Einzelnen Lebensvoraussetzung, sie ist auch Voraussetzung für den Bestand unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Weder durch schleichende pseudointellektuelle und ideologische Zersetzung, noch durch terroristische Gewalttaten lassen wir uns deshalb diesen unseren Rechtsstaat noch einmal zerstören! (Beifall)

Meine lieben Freunde, wir haben nicht erst seit den Morden und Anschlägen der letzten Monate und Jahre erkannt, daß Freiheit und Sicherheit des Einzelnen wie der Gemeinschaft immer auch des Schutzes des Rechtsstaates, des Schutzes der Polizei und der Gerichte, bedarf. Dank der vorbildlichen modernen Organisation unserer Polizei, der ständig verbesserten personellen und technischen Ausstattung liegt die Aufklärungsquote in Bayern an der Spitze aller Länder. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Das Kernproblem unserer inneren Sicherheit allerdings ist heute jedoch die Bekämpfung des Terrorismus. Noch vor einem Jahrzehnt war es undenkbar, daß sich terroristische Gewaltverbrecher in unserem Land über einen längeren Zeitraum halten konnten. Diese Entwicklung war nur möglich, weil auch den geistig-ideologischen Anfängen nicht entschieden genug gewehrt wurde, weil zu lange verharmlost und entschuldigt wurde. (Beifall)

Allzulange ist die terroristische Gefahr falsch eingeschätzt worden. Die Liste der Versäumnisse wäre lang. Starken Worten, unter dem unmittelbaren Eindruck der Morde der jüngsten Vergangenheit, folgten Entschlußlosigkeit, Taktieren und durchsichtige Kompromisse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde! Die Bayerische Staatsregierung hat in den vergangenen Jahren - schon 1971 beginnend - eine Vielzahl von Gesetzentwürfen über den Bundesrat in das Gesetzgebungsverfahren der Bundesrepublik eingebracht, mit dem Ziel, das Straf- und Strafverfahrensrecht zu verbessern und den Strafrechtsschutz gegen Gewaltakte terroristischer Banden zu verstärken. Wir haben eine Erhöhung des Strafrahmens für erpresserischen Menschenraub in besonders schweren Fällen vorgeschlagen,
1974 Vorschläge zur Unterbindung der Verfahrenssabotage gemacht, ebenso Vorschläge zur Verhinderung des Mißbrauchs des Demonstrations- und Versammlungsrechts durch gewalttätige Gruppen.
1975 haben wir Regelungen über den Verteidigerausschluß und die Überwachung des mündlichen Verteidigerverkehrs gefordert; die Bundestagsmehrheit hat abgelehnt,
1975 haben wir die Strafdrohung für die Bildung schwerkrimineller Vereinigungen verschärfen wollen und
1977 einen Gesetzentwurf zur Beschleunigung strafrechtlicher Verfahren im Bundesrat eingebracht.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet - Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Noch im Oktober 1977 haben wir Vorschläge zur Verbesserung der Überwachung von Verteidigerbesuchen bei inhaftierten Terroristen und des schriftlichen Verteidigerverkehrs vorgelegt. Wir sind nicht durchgedrungen. Dafür sind die Terroristen zuletzt in Berlin wieder ausgebrochen.

Meine lieben Freunde, wir haben von unserem Bemühen um eine aber auch leistungsfähige Verwaltung bis hin zu einer arbeitsplatzsichernden Wirtschafts- und Strukturpolitik, von unserem Bemühen um Natur- und Umweltschutz bis hin zur Sorge um die Jugend, um die Behinderten, und die alten Menschen, von unserer Kulturpolitik bis zu unseren Anstrengungen für die innere Sicherheit mit allen Kräften daran gearbeitet, dieses Land in Ordnung zu halten. Ich glaube, wir können sagen: Wir haben diese Aufgaben erfüllt! Das ist nicht unsere, der Staatsregierung Leistung allein, das ist die gemeinsame große Leistung von Parlament und Staatsregierung. Und ich möchte daher unsere Fraktion für ihre wenn auch manchmal kritische Zusammenarbeit in den hinter uns liegenden Jahren und dem Vorsitzenden dieser unserer Fraktion herzlichst, auch heute hier unserer ganzen Partei unseren und seinen Dank abstatten. (Beifall) Sie wissen, meine lieben Freunde, daß mir in diesem Zusammenhang ~~mir~~ das Verhältnis Parlament-Regierung ein besonderes Anliegen ist.

Wenn nun - das ist eine nicht einfache Sache - heute das Verhältnis von Parlament und Regierung nicht mehr ganz so streng betrachtet wird, als das etwa in der konstitutionellen Ordnung des vorigen Jahrhunderts der Fall war, dann darf dies aber keinesfalls bedeuten, daß das Prinzip der Gewaltenteilung zwischen Parlament und Regierung aufgehoben wird. Eine demokratisch gewählte Regierung ist in unserer Verfassungsordnung in keinem Fall ein bloßer Vollzugsrat des Parlaments oder der Parlamentsmehrheit, gebunden an deren Weisung bei Planung und Vollzug. Ein solches Verständnis von Parlamentarismus würde die Abkehr von der gewaltenteilenden und kontrollierenden

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Demokratie bedeuten. Würde ein solches Verständnis von Parlamentarismus praktiziert, dann bekämen Landespolitik und Landesparlamentarismus eine folgenschwere qualitative Veränderung: Es wären nicht mehr Politik und Parlamentarismus in einem Staat und für einen Staat, es wäre bestenfalls Politik und Arbeit in einer bloßen Selbstverwaltungseinheit.

Im Zusammenhang mit der Arbeit des Landtages wäre auch noch einWort insbesondere über die bayerische SPD-~~Organisation~~ Opposition angebracht, es ist aber unmöglich, hinter so mancher unsachlichen und vordergründigen Polemik, in der sich die Oppositionstätigkeit erschöpft, auch nur den Ansatz von Alternativen zur Politik der Staatsregierung zu erkennen. Bemerkenswert, meine Damen und Herren, ist höchstens die Scheinheiligkeit, das der Staatsregierung anlasten zu wollen, was die SPD selbst im Übermaß dort praktiziert, wo sie in Land und Bund an der Macht ist. (Beifall) An dem, was dort geschieht, an den Weisungen des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner wie an den vielen Einflüssen von der "Baracke" her sehen wir ja, wie diese Partei regiert! Wir könnten ein Lied über manche Bestrebungen innerhalb des Bundesrates singen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben Bayern gesund, stabil und wir haben es in Ordnung gehalten, trotz dieser Bundespolitik und Bundesregierung. Ich erinnere nochmals an die verfehlte Verkehrspolitik des Bundes oder an das gegen unseren Widerstand verabschiedete Bundesraumordnungsprogramm. Und jetzt hören Sie: Dieses Bundesraumordnungsprogramm hätte für Bayern ganze 40 Entwicklungszentren vorgesehen. Wie da weite Teile unseres Landes veröden müßten, brauche ich, glaube ich, nicht weiter auszumalen.

Aber alle diese Arbeit geschah auch stets in einer bleibenden Auseinandersetzung um die Finanzen. Die Staatsquote ist seit 1970 von damals mit 37 Prozent auf heute fast 48 Prozent gestiegen. Das heißt: Ein den mündigen Bürger immer mehr reglemen-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

tierender Staat und eine immer weiter in die Privatsphäre eindringende Bürokratie dirigieren jede zweite Mark unseres Volkseinkommens über die öffentlichen Kassen. Gleichzeitig steigt die Staatsverschuldung jährlich um Milliardenbeträge. Sie wissen, sie liegt zur Zeit nahe bei 400 Milliarden. Wenn das so weitergeht, geht 1981, schon in drei Jahren, jede fünfte Mark des Bundeshaushalts in den Schuldendienst. 24 Milliarden DM Schuldzinsen muß der Steuerzahler heute schon im Jahr aufbringen. Fas 4 1/2 Prozent unseres gesamten Bruttosozialprodukts wird für die öffentliche Kreditfinanzierung aufgebracht, gegenüber ganzen 0,3 Prozent noch im Jahre 1969, als Franz Josef Strauß noch Finanzminister war. Die USA geben ein Prozent und selbst Großbritannien gibt nur 3,5 Prozent dafür aus. Für diese Zerrüttung ist die Politik der Bundesregierung verantwortlich wie auch für die Zerrüttung der Finanzen der Sozialversicherung und damit für den Vertrauensverlust als Folge dieser Rentenpolitik.

Meine lieben Freunde! Wir leben in einem Kultur- und Sozialstaat und in einem Rechtsstaat. Das gilt vor allem für das Strafrecht: Das Sühneprinzip wurde aus dem Strafrecht verdrängt, die Resozialisierung ist zum einzigen Ziel der Strafrechtspflege geworden. Zuchthäuser und Gefängnisse wurden als Strafvollzugsanstalten gleichgestellt; der Verkehrssünder kommt in dieselbe Vollzugsanstalt wie der Verbrecher auf eine Stufe gestellt. Die Höchstfreiheitsstrafe wurde auf 15 Jahre beschränkt und nun soll auch noch die lebenslange Freiheitsstrafe schon nach Ablauf von 15 Jahren zur Bewährung ausgesetzt werden. Vom Sexualstrafrecht will ich gar nicht sprechen.

Meine lieben Freunde! Diese Bundesregierung ist aber auch verantwortlich für die Auflösung der Familienstruktur.-Wir freuen uns, daß unsere österreichischen und spanischen Freunde das so eindeutig für ihren Bereich erkannt und hier uns auch vorgetragen haben. - Unter dem Deckmantel der Reform wird auch bei uns beinahe ein kollektivistisches Bild von Ehe und Familie verwirklicht.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe, nicht gestattet Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine Damen und Herren! Deshalb ist allenthalten unsere Wachsamkeit gefordert
- aus Sorge um die Freiheit,
- aus Treue zur Verfassung und
- aus Verantwortung für das ganze Deutschland.

Heute, meine Freunde, - auch das ist heute schon angeklungen - haben wir den 17. Juni. Da haben wir uns gefragt, wohin wir in der Deutschlandpolitik gekommen sind. Wo ist die Erfüllung der großen Hoffnungen, die die Bundesregierung an ihre Ostpolitik geknüpft hat: Entspannung, Frieden sicherer, Wandel durch Annäherung? Wo gibt es denn echte menschliche Erleichterungen in der DDR? Wo gibt es in der DDR auch nur Ansätze dafür, daß dieser Staat seinen Bürgern die gleichen Rechte garantiert, wie sie für uns selbstverständlich sind? Das Gegenteil ist eingetreten! Gestern, meine Damen und Herren, stand in der "Süddeutschen Zeitung" ein Bericht von der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter, und dieser Bericht meldet mehr als 20 000 DDR-Übergriffe seit 1961.

Meine lieben Freunde! Vor 25 Jahren haben an diesem 17.Juni die Menschen in Mitteldeutschland ein Fanal für Selbstbestimmung, für Freiheit und für Einheit der ganzen, der einen deutschen Nation gesetzt! Es ist beschämend, wie unbedenkenlos man diesen Tag zur Diskussion stellt, so bedenkenlos, als hätte man die gesamtdeutsche Pflicht verdrängt. (Beifall) Wir, meine lieben Freunde, werden und wollen als CSU, und auch die Bayerische Staatsregierung wird dies tun, diese Pflicht auch weiterhin erfüllen. Daran wollen wir auch immer jene erinnern, die kein Verständnis für unseren gleichermaßen kompromißlosen Einsatz für die Sicherung der Eigenstaatlichkeit Bayerns und der übrigen Länder wie für eine föderative Ordnung in Deutschland haben. Unsere Verantwortung gilt gleichermaßen und ungeteilt dem Freistaat Bayern, dem gesamtdeutschen Vaterland und einem in Freiheit geeinten Europa! (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine lieben Freunde, wir haben ja festgestellt, daß der Herr Bundeskanzler inzwischen gelernt hat,daß der Staat kein Selbstbedienungsladen sei. Er und seine Partei aber müssen noch lernen, daß die Verfassung kein Warenhauskatalog mit saisonal austauschbaren Angeboten ist. (Beifall) Erinnern wir uns an den diffamierenden Obstruktionsvorwurf gegen das Verfassungsorgan Bundesrat. Erinnern wir uns an die jüngsten Angriffe auf das Bundesverfassungsgericht, an denen sich selbst der Herr Bundesjustizminister beteiligt! Denken wir an die empörende Urteilschelte im Böll-Walden-Prozeß, zu der sich keine geringeren als der SPD-Vorsitzende und der Fraktionsvorsitzende dieser Partei veranlaßt sahen. Wegen dem, was ihm "ein deutsches Gericht" angetan habe, drückt Herbert Wehner dem in einem ordentlichen Gerichtsverfahren unterliegenden Böll sein Mitgefühl aus. Wenn das, meine lieben Freunde, keine Verhöhnung des Rechtsstaates ist! Oder soll künftig in Deutschland nur mehr Recht für Linke und Sozialisten und zur Durchsetzung des Sozialismus gesprochen werden?

Die Bayerische Staatsregierung hat sich nicht einschüchtern lassen und wird sich nicht einschüchtern lassen, wenn sie im Bundesrat nur solchen Gesetzen zustimmt, die mit ihrer Grundüberzeugung von persönlicher Freiheit und Menschenwürde, von rechtsstaatlicher Demokratie und sozialer Marktwirtschaft vereinbar sind. (Beifall) Wir haben uns nicht einschüchtern lassen und wir werden uns nicht einschüchtern lassen, wenn unsere Staatsregierung dann vor das Bundesverfassungsgericht geht, wenn sie der Auffassung ist, die Grundsätze der Verfassung seien verletzt. Deshalb sind wir auch nach Karlsruhe gegangen, auch wegen des Städtebauförderungsgesetzes, wegen des einmaligen Sonderprogramms von 1974, wegen der Einführung der Fristenregelung, wegen der Abschaffung des Prüfungsverfahrens für Wehrdienstverweigerer. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine lieben Freunde! Daß wir hier obsiegt haben, kann uns trotzdem nicht froh machen; denn unsere Erfolge vor dem Bundesverfassungsgericht beweisen nur, bis zu welchen gefährlichen Grenzen diese Bundesregierung zu gehen bereit ist. Um so größer aber ist unsere Verpflichtung gegenüber der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie dort, woe wir selber in der politischen Verantwortung stehen. Unser politischer Einsatz für Bayern gilt keiner geschichts- und geschichtslosen Verwaltungsprovinz. Er gilt einem der ältesten europäischen Staaten, einem Staat, der seine gegenwärtige Gestalt seit 1818, seit 170 Jahren, besitzt und bewahrt hat. Unser Einsatz gilt einem Staat, der in den Herzen seiner Bürger verankert ist. Er gilt einem Land, das für uns alle immer mehr sein wird als nur die Summe seiner politischen Institutionen und seiner Verwaltungsorgane.

In diesem Bayern kann der einzelne auch heute ohne dauerndes selbstquälerisches Hinterfragen von Geschichte, von Werten und Ordnungen Ja zu seinem Staat sagen. In diesem Lande kann sich der einzelne geborgen wissen; denn dieses Land weiß sich vom bayerischen Untermain bis zum Watzmann, vom Thüringer- und Frankenwald ~~und~~ bis zum Bodensee eins mit sich und mit seiner Geschichte.

Meine Damen und Herren! Wir haben dieses Land entwickelt, wir haben es in diese moderne Zeit geführt, nicht, weil wir kritiklos den Fortschritt um des Fortschrittes willen und die Veränderung um ihrer selbst wollten, sondern um dieses Land, so gut es nur geht, auf die Anforderungen der Zukunft vorzubereiten, damit es auch künftig gute und sichere Heimat sein kann. Deshalb dürfen wir auch über aller notwendigen technisch-industriellen und über aller wirtschaftlichen Entwicklung niemals die Sorge um die Bewahrung unserer bayerischen geschichtlich-kulturellen Identität, in all ihrer Vielgestaltigkeit, vergessen. Wir müssen verstärkt das bayerische Geschichts- und Staatsbewußtsein pflegen. Dies ist noch immer die sicherste Grundlage unseres Willens zur Eigenstaatlichkeit.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine lieben Freunde! Vom bayerischen Untermain über das große Industriezentrum in Mittelfranken bis hin zum Chemiedreieck an Inn und an der Salzach zeigt Bayern heute das Gesicht eines modernen Industriestaates. Aber Bayern, das ist und wird auch bleiben: das weite Bauernland im Gäuboden, mit den Weinbergen in Unterfranken, mit den Wäldern der Oberpfalz, des Fichtelgebirges und des Steigerwaldes. Bayern, das ist die Form und Farbe gewordene Frömmigkeit und Lebensfreude der Wieskirche und das ist das glaubensstarke Bekenntnis der evangelischen Franken alljährlich am Pfingstmontag auf dem Hesselberg. Bayern, das ist die Heimaterde, das Vaterland ohne Nationalismus, die Heimat ohne Enge.

Bayern soll bleiben das Land der Toleranz aus gegenseitiger Achtung, der Überzeugungstreue ohne Fanatismus, das Land, wo Freiheit und Ordnung, wo Lebensfreude, Schönheitssinn und das Gefühl für das rechte Maß in allen Dingen zusammen das Leben prägen, unvergleichbar, unverwechselbar - bayerisch und weltoffen!

Von Bayern aus richtet sich der Blick frei, offen und ohne Vorurteile in unsere nähere alpenländische Nachbarschaft und darüber hinaus nach Süden und Südosten. Von Bayern aus richtet sich der Willen zum verantwortlichen Mitgestalten auf Gesamtdeutschland und auf ein in Freiheit geeintes Europa.

Meine lieben Freunde! Für dieses Bayern habe ich mich zeit meines Lebens mit all der Kraft eingesetzt, die mir Gott gegeben hat. Dieses Bayern wird die große Aufgabe für Sie, für uns alle und ganz besonders für meinen Nachfolger sein und bleiben.

So bitte ich Sie, das Vertrauen und die Freundschaft, die Sie mir in den 16 Jahren erwiesen haben, auch auf meinen Nachfolger zu übertragen. (Beifall) Für dieses Bayern lohnt es sich zu arbeiten und zu kämpfen, mit dieser Staatsregierung, mit der nächsten Staatsregierung, mit unserer Partei, mit der CSU! Und darum: Mit Bayern für Deutschland! Gott aber mit Bayern!
(Lebhafter, langanhaltender Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Tagungspräsident: Herr Ministerpräsident! Der langanhaltende Beifall des Parteitags übermittelte Ihnen den Dank, den Dank nicht nur für die am Schluß Ihrer Rede gebrachte Hymne auf unser Bayernland, sondern auch den Dank für die Arbeit, die sich in Ihrem umfangreichen Bericht in einer bunten Palette widerspiegelte, einem Bericht, der zeigte, wie vielfältig, wie schwer und bedeutungsvoll die Arbeiten einer bayerischen Staatsregierung, aber damit auch eines bayerischen Parlaments sind, dem man in der Öffentlichkeit allzu gern die Bedeutungslosigkeit und die Arbeitslosigkeit zuschieben möchte.

Ich darf mich auch ganz besonders bedanken - und Sie werden dafür Verständnis haben - , daß Sie das Verhältnis von Regierung und Parlament angesprochen haben, und ich unterstreiche Ihre Ansicht: Ein Parlament wäre schlecht beraten, wenn es sich als Kontrollorgan nun plötzlich exekutiver Vollzugsaufgaben bemächtigen würde, weil es sich dann selbst widerlegen würde. Es ist einfach das gegenseitige Vertrauen, das notwendig ist und das sich auch in einem Informationsfluß dokumentieren muß zwischen dem Parlament, das letztlich die Verantwortung für die Geschicke eines Landes in seinem Bereich trägt, aber auch der Exekutivgewalt, mit der ganzen Breite und Tiefe der Bürokratie, ein Vertrauen gegenüber dem Parlament. Keiner soll das Vollzugsorgan, nur Vollzugsorgan des anderen sein.

Herr Ministerpräsident, der Parteitag hat Ihnen gedankt nicht nur für die Arbeit, die Sie jetzt hier dargelegt haben, sondern auch für das, was Sie als einer der Männer der ersten Stunde seit 32 Jahren im Aufbau unserer demokratischen Ordnung in Bayern geleistet haben. (Beifall) 24 Jahre gehörten Sie dem Bayerischen Landtag an. 21 Jahre waren Sie Mitglied des Kabinetts; 16 Jahre - 4 ganze Legislaturperioden - leiteten Sie das Geschick der Staatsregierung. Und als Resümee kann man nur kurz, schlicht und einfach sagen: Dr.Goppel hat sich um Bayern, um Deutschland, ja auch um Europa verdient gemacht. (Langanhaltender Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Mit diesem aus innerstem Herzen kommenden Dank verbinden wir die allerbesten Wünsche für Sie, Ihre hochverehrte Gattin und Ihre Familie. Mag der Weg immer hinführen, wo Sie selbst es wollen, sollte er auch nach Europa gehen, auch dann würden die Wünsche von uns Sie auf Ihrem weiteren Weg begleiten. Und möge dann das Wirken für Bayern, für Deutschland und für Europa nicht minder erfolgreich sein. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Der demnächst scheidende Ministerpräsident hat seine Schlußworte wenigstens hier auf dem Parteitag gesprochen; er wird sie andernorts noch sprechen. Aber nun wollen wir den designierten Ministerpräsidenten, den voraussichtlichen Nachfolger hören. Das Wort hat unser Landesvorsitzender Dr.Franz Josef Strauß.

Landesvorsitzender Bundesminister a.D. Dr.h.c.,MdB, Franz Josef Strauß: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Unruhe) - Ich weiß schon, was er möchte!

Tagungspräsident: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich brauche von Ihnen eine demokratische Abstimmung. Ich wende mich nur an die Damen, nicht an die, die den Beschluß, den ich jetzt erbitte, schon vollzogen haben. Die Temperatur in diesem Saal läßt in manchem den Wunsch reifen, sich gewisser Oberbekleidungsstücke im Rahmen des Züchtigen zu entledigen. Darf ich die Damen fragen: Wer ist dagegen, daß sich die Männer der Joppe entledigen? Wer ist dagegen unter den Damen? - Keine Gegenstimme. Enthält sich eine derDamen dieses Votums? - Meine Damen, einstimmig haben Sie den Männern die Erlaubnis gegeben, den Rock abzulegen, nicht mehr.

Herr Landesvorsitzender, ich bitte um Entschuldigung. Jetzt haben Sie endgültig das Wort.

Hergestellt im Archiv für Christliche Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Landesvorsitzender: Herr Präsident, meine sehr verehrten Ehrengäste, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Mit großer Aufmerksamkeit habe ich die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel verfolgt. In ihr sind nicht nur Schwerpunkte, Methoden, Ziele der bayerischen Landes- und Staatspolitik niedergelegt. In ihr waren nicht nur Erfahrungen, Ergebnisse und persönliche Beiträge der bayerischen Politik in den letzten 16 Jahren enthalten; in ihr ist auch ein Stück bayerischer Geschichte angeklungen. Ich bin mir sicher, daß in der Nachwelt, deren Urteil über unsere Tätigkeit und über unsere politische Generation noch nicht geschrieben sein kann, die fast eine halbe menschliche Generation umfassende Tätigkeit des Ministerpräsidenten Alfons Goppel als ein positives, lobenswertes und bemerkenswertes Stück bayerischer Geschichte, deutscher Politik und europäischer Gesinnung verzeichnet sein wird. (Beifall)

Ich bin etwas abergläubisch - was meiner christlichen Grundauffassung keinen Abbruch tut - und möchte mich deshalb nicht als designierten Ministerpräsidenten hier in Empfehlung bringen. Erstens hat seine Majestät der Wähler das letzte Wort; - wir sind allerdings von ihm immer gut behandelt worden! - ; zum zweiten entscheidet der Bayerische Landtag. Zum dritten, meine Damen und Herren, haben wir jetzt vor uns einen Wahlkampf, aus dem wir mit einer großen Mehrheit hervorgehen wollen, hervorgehen müssen und - wenn wir es richtig machen - auch hervorgehen werden.

Ich habe deshalb nicht die Absicht, heute etwa eine Art programmatischer Rede für die zukünftige bayerische Politik hier zu halten. Es liegt Ihnen ein Papier vor über die Schwerpunkte der bayerischen Politik in den nächsten 4 Jahren, und das gilt für einen, der als Nachfolger in Betracht kommt und der sich für die Aufgabe - um alle Zweifel auszuräumen - zur Verfügung zu stellen auch selbstverständlich entschlossen ist. (Beifall)

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Ich sage das deshalb humorvoll, weil der Reporter einer uns gar nicht negativ eingestellten Zeitung, der allerdings beim Lorer Landesausschuß erst am Ende gekommen ist, dann festgestellt hat, daß in meiner Rede nichts über die bayerische Landespolitik enthalten gewesen wäre, weshalb auch bei mir noch nicht der letzte Wunsch oder die letzte Entscheidung gefallen wäre. Darum sage ich es heute gleich am Anfang für den Fall, daß es heute wieder zu spät kommt: daß ich selbstverständlich entschlossen bin, mich dafür zur Verfügung zu stellen, und daß ich diese Aufgabe auch nicht als Wartesaal, als Durchgangsbahnhof betrachte, sondern daß ich diese Aufgabe um ihrer selbst willen ernst nehme - so wie sie Alfons Goppel ernst genommen hat und ernst nimmt. (Beifall) Es bedarf auch nicht einer großen programmatischen Rede. Meine Damen und Herren, Nachfolger, die alles anders machen wollen, eignen sich meistens nicht für die Aufgabe, für die sie sich empfehlen, - sondern es gilt für uns, in der bewährten Tradition, die in einer jahrzehntelangen Entwicklung vorgezeichnet worden ist - von Hans Ehard, Hanns Seidel, nochmals Hans Ehard und Alfons Goppel -, an der Spitze des Fortschritts beibend weiter zu arbeiten; weiter zu arbeiten, damit das, was die Vorgänger erarbeitet haben, in der Gegenwart gesichert und für die Zukunft ausgebaut wird.

Politik ist ja nie ein statischer Zustand; Politik ist immer ein dynamischer Prozeß, Politik ist immer ein lebendiger Prozeß, und darum ist auch Politik nicht ein Handwerk nur, obwohl man viel handwerkliche Kunst dabei braucht, viel handwerkliche Fähigkeiten dafür braucht. Politik ist auch eine Kunst, und sie wurde mit Recht wohl schon im Altertum als eine Kunst bezeichnet. In diesem Sinne, lieber Alfons, bist Du ein Meister dieser Kunst für Bayern, in der Vertretung Bayerns in Deutschland und der Vertretung Bayerns in Europa gewesen bis heute. Und wer immer der Nachfolger sein wird - und ich habe für mich ein klares Wort gesprochen und brauche es deshalb nicht alle 5 Minuten zu wiederholen - ,es gilt nun, auf dieser Straße weiterzugehen. (Beifall)

ACSP, PT19780616-8

Wenn ich hier von dieser Stätte aus heute, im 18.Jahr meiner Tätigkeit als Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union, wieder zu Ihnen spreche, dann tue ich es mit einer großen persönlichen Genugtuung. Es haben hier früher immer oder fast immer Bürgermeister der CSU gesprochen, bis wir aus der Münchner Stadtführung überhaupt verdrängt worden sind; aber es hat nie ein Oberbürgermeister gesprochen. Ich möchte hier den Münchner Bürgern, an die ich mich gestern in der großartigen Nachtkundgebung am Marienplatz wenden durfte, und ich möchte der Münchner CSU auch hier ein besonderes Wort des Dankes und der Anerkennung für ihre Arbeit sagen; dafür, daß heute ein Oberbürgermeister der Christlich-Sozialen Union als Oberbürgermeister der gastgebenden Landeshauptstadt hier die Delegierten begrüßen konnte. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir blicken mit Befriedigung, mit Stolz auf das Ergebnis, das wir in den bayerischen Kommunalwahlen erzielt haben. Wir haben fast alle Ziele erreicht, und da, wo wir unser Ziel noch nicht erreicht haben, werden wir die Voraussetzungen schaffen, um es das nächstemal zu erreichen, wenn ich an einige andere bayerische Großstädte denke. Aber wir sind glücklich darüber, daß die Landeshauptstadt München nunmehr von einem Oberbürgermeister der Christlich-Sozialen Union geführt wird und daß damit, meine Damen und Herren, in München wieder eine bürgernahe, wirtschaftsfreundliche, liberale Kommunalpolitik gemacht wird, daß der Spuk der roten Ideologen im Münchner Rathaus nunmehr zu Ende gegangen ist. (Beifall) Nichts könnte deutlicher den Degenerationsprozeß der Sozialdemokratischen Partei in Bayern kennzeichnen als das Schicksal der Münchner SPD und des Herrn Oberbürgermeisters Kronawitter, den anzugreifen, wir keinen Grund haben. Er hat in meinem Wahlkreis oft für den Bayerischen Landtag kandidiert, ohne Erfolg, und er ist dort in Erscheinung getreten als ein Vertreter des linksradikalen Flügels der SPD. Meine Damen und Herren! Was damals noch bei der SPD, vertreten durch Kronawitter, als linksradikal galt,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

ist heute bei der SPD in München schon so verfemt, daß er als Rechtsaußen nicht mehr als Kandidat aufgestellt worden ist! An dieser Entwicklung trifft eine maßgebliche Schuld den, der das moralische Koordinatensystem und seine Konstellation dauernd nach links verschoben hat, das ist Willy Brandt. (Beifall)

Wir sind froh, daß wir in Regensburg wieder den Oberbürgermeister stellen. (Beifall) Wir sind froh, daß wir mit überwältigender Mehrheit die Landräte in Bayern stellen, und wir sind froh, meine Damen und Herren, daß die CSU, der man nicht ganz zu Unrecht manchmal den Vorwurf gemacht hat, daß sie sich zu wenig um die Kommunalpolitik und um die personellen Probleme der Personalpolitik kümmere, in den letzten Jahren dieses Defizit vollkommen - aber vollkommen! - aufgeholt hat. Wir sind heute auf der Ebene der Gemeinden, auf der Ebene der Bezirke des Landes und des Bundes mit einer ~~leistungsfähigen und starken Mannschaft~~ in der Alterszusammensetzung gut gewürfelten, leistungsfähigen, starken Mannschaft vertreten, wozu ich selbstverständlich an der Spitze die Frauen zähle. Manchmal sind ja die Frauen die einzigen Männer in manchen politischen Gremien, (Beifall) wovon ich allerdings die Landesgruppe und die Bayer. Landtagsfraktion natürlich ausnehmen möchte.

Ich möchte Ihnen allen, den Mitarbeitern der CSU, die hier vertreten sind, und den anderen, die nicht als Delegierte hier sein können, ein herzliches Wort des Dankes sagen für den Kommunalwahlkampf, mit dem sie die Stellung der CSU in Bayern nachhaltig unterstrichen haben. Und diese Stellung, meine Damen und Herren, ist auch keine Eintagsfliege; keine Eintagsfliege etwa so, daß uns das zugeflogen ist. Das ist schon das Ergebnis harter systematischer Arbeit, das Ergebnis langfristiger Planung, das Ergebnis einer klarprofilierten Politik, bei der Ja Ja und Nein Nein heißt und bei der das "Jein" nicht zu unserem Instrumentarium gehört; das Ergebnis, meine Damen und Herren, aber auch einer sorgfältigen handwerklichen Arbeit, einer wohlüberlegten

Hergestellt im Archiv für Christliche Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

politischen Systematik, wie sie von der Landesleitung der Christlich-Sozialen Union in vermehrtem Maße im letzten Jahrzehnt und gerade in den letzten 5 Jahren betrieben worden ist. - Ich bin sonst keiner, der anderen immer auf die Schulter klopft, weil ich es nicht mag, wenn man sich selber auf die Schulter klopft. Darum klopfe ich auch nicht gern anderenauf die Schulter. Die Von-Dumm-Komplimente sind die Eigenart der liberal-sozialistischen Koalition in Bonn. Es gibt ein gutes bayerisches Sprichwort: 'S Glumpp braucht loben. Bei uns ist das nicht notwendig. - Davon möchte ich heute nur eine Ausnahme machen. Ich möchte ein besonderes Wort des Dankes Herrn Gerold Tandler, dem Generalsekretär unserer Partei, sagen. (Beifall) Ich möchte hier vor diesem Gremium nicht etwa die Details unserer Arbeit und Zusammenarbeit darlegen. Ich möchte nur eines sagen: Ich habe ihn gebeten, daß er bis einschließlich die Bundestagswahl 1980 seine Aufgabe als Generalsekretär fortsetzt, (Beifall), weil wir der Meinung sind, daß wir uns jetzt bereits im Wahlkampf befinden und daß gleichgültig, wie die bayerischen Landtagswahlen ausgehen - gleichgültig wie gut sie ausgehen - , es falsch wäre, bis zum Jahre 1980, wo wir ja die Zielmarkierung Bundestagswahl, Rückkehr zu einer Politik der Vernunft und der Erfahrung, zu einer Politik der Verantwortung und der geschichtlichen Orientierung, vor Augen haben, hier in der politisch-technischen Führung der CSU eine Änderung eintreten zu lassen. Ich sage das hier in aller Öffentlichkeit, weil mancher sich fragt: Ja, wer wird denn was nach den Landtagswahlen? Meine Damen und Herren, wer was wird, ist völlig gleichgültig. Das Entscheidende ist nicht, wer was wird; das Entscheidende ist, was aus Deutschland wird und was aus Europa wird. (Beifall) Das Mensch-ärgere-dich-nicht-Spiel: Wer wird was, wenn? meine Damen und Herren, gehört auch zu den schlechten Charaktereigenschaften der Bonner Koalition. Wir haben keinen Grund, ihr hier den Rang ablaufen zu wollen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine Damen und Herren! Ohne Zweifel hat sich im Laufe der Zeit seit der Bundestagswahl 1976, seit den in der Zwischenzeit erfolgten Wahlen - Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, Kommunalwahlen in Bayern - und seit den Wahlen vom 4.Juni 1978 in Hannover und in Hamburg die politische Landschaft verändert. Ich möchte hier nicht tiefsinnig orakeln oder vieldeutig analysieren, aber die politische Landschaft hat sich verändert; sie wird sich auch noch weiterhin verändern, meine Damen und Herren. Und ich wiederhole hier, was ich jüngst auf einer Großkundgebung gesagt habe, mit einer unmißverständlichen Deutlichkeit: Wir werden nicht mehr zulassen, daß die stärkste politische Kraft des Landes durch wahltaktische Mäzchen, durch Wählerbetrug oder falsche Parteienkonstellation weiterhin aus der Verantwortung ferngehalten wird. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Bürger grollt, und politische Parteien tun gut daran, sich nicht so sehr um die Verteilung der Positionen zu kümmern oder um das beliebte "Mensch-ärgere-dich-nicht" gewissermaßen eines perpetuum mobile der gegenseitigen Vollbeschäftigung, sondern immer wieder ihr Ohr am Herzen des Bürgers zu haben, ihm aufs Maul zu schauen, ihm nicht auf die Füße zu treten - das noch lange nicht heißt, ihm nach dem Mund zu reden. Wir haben immer am besten abgeschnitten, wenn wir nach reiflicher Prüfung der Probleme, nach reiflicher Abwägung der Risiken und der Chancen unsere Meinung vertreten haben, auch wenn sie im Augenblick noch nicht durch Meinungsumfragen als Mehrheitsmeinung bestätigt war. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Gerade heute, wo wir uns dem 20.Juni nähern, dem 30.Geburtstag der D-Mark, heute, meine Damen und Herren, am 30.Geburtstag der sozialen Marktwirtschaft! Es war nach einer Marathondebatte im Deutschen Wirtschaftsrat am 16./17. Juni 1948, als wir mit einer hauchdünnen Mehrheit gegen unzählige Widerstände die ersten Gesetze zur Abschaffung der Planwirtschaft und zum Abbau der Zwangswirtschaft beschlossen haben. Und wir sind stolz darauf, daß die CSU hier an der Spitze

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

des Fortschritts marschierte, und nicht verwundert darüber, daß die Sozialisten sich auch damals an der Spitze der Reaktion befunden haben. (Beifall)

Wenn ich mich fragen würde: Was wäre aus unserer Politik in den letzten 30 Jahren geworden, wenn wir sie immer nach Veranstaltung zahlreicher Meinungsumfragen durchgeführt hätten? muß ich sagen, wir hätten mit Sicherheit damals nicht die soziale Marktwirtschaft einführen können, wenn wir uns daran gehalten hätten. Ich komme nachher noch darauf zu sprechen. Meine Damen und Herren, wir hätten mit Sicherheit heute auch keine Bundeswehr, und wenn wir sie bis heute nicht gehabt hätten, weil wir sie damals geschaffen haben, meine Damen und Herren, hätten wir in der heutigen politischen Landschaft zwischen Washington und Moskau auch keine Möglichkeit mehr, deutsche Streitkräfte für unsere Sicherheit aufzustellen. Leider ist das das Ergebnis meiner Überlegungen, und deshalb, meine Damen und Herren, spreche ich nicht einer Politik des Wagnisses, des Abenteuers, des unbesonnenen Drauflosmarschierens das Wort, wohl aber einer Politik der reiflichen Überlegung, der sachkundigen Beratung, der sorgfältigen Abwägung und dann der mutigen Entscheidung. Wir müssen vertreten nicht das, was ankommt, sondern wir müssen vertreten, worauf es ankommt. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Der Groll der Bürger hat die FDP erwischt, und nicht mit Unrecht. (Beifall) Schon seit Jahren sind wir der Meinung - und ich habe es oft genug gesagt -: Trauer muß der wirkliche Liberale tragen, wenn er sieht, was aus der Partei, die seinen Namen trägt, geworden ist. (Beifall) Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, meine Damen und Herren: Uns geht es nicht darum, eine andere Partei, die nur kleiner ist als wir, etwa zu vertreiben, zu verdrängen, aus der politischen Bühne zu stoßen. Nein, meine Damen und Herren, uns geht es darum, daß die Etikette auf der Flasche auch dem Inhalt entspricht und umgekehrt. (Beifall) Bei der FDP, meine Damen und Herren, hat der Bürger

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

gemerkt, daß das keine Partei für den Bürger ist, sondern eine Partei, die sich als Selbstzweck und den Bürger als Kostenlieferanten betrachtet. Eine Partei, die mehr Ämter hat, als sie Amtsträger aufbringen konnte, eine Partei, die mit einer Mindestzahl von Abgeordneten, meine Damen und Herren, den Gang der deutschen Politik in verhängnisvoller Weise beeinflußt hat. Wenn ich mir vorstelle "Auf die vier kommt es an" - so haben wir doch 1976 im Bundestagswahlkampf gehört - : Ja, wo sind denn die vier? Friderichs, meine Damen und Herren, ein Mann, den ich persönlich sehr schätze, hat sich zur Dresdner Bank abgesetzt. Der Maihofer, meine Damen und Herren, ist in seinem Amt gewachsen, ist aber trotzdem seinen Aufgaben nicht gewachsen, wenn er auch ohne Zweifel als Falscher in die Wüste geschickt worden ist. In die Wüste hätten geschickt werden müssen Herr Hirsch und Herr Baumann in Berlin mehr als Herr Maihofer. (Beifall) Und unser bayerischer Landsmann, Ertl der Sepp (Heiterkeit), meine Damen und Herren, konnte nur durch stundenlanges Zureden von Seiten seines versteinerten und verstörten Parteivorsitzenden davon abgehalten werden, als Raiffeisenpräsident sich ebenfalls abzusetzen. Übrig geblieben wäre dann nur noch Herr Genscher, und auf die vier ist es angekommen! Da kann man nur sagen "Armes Deutschland!", wenn es auf die vier angekommen wäre. Da sehen Sie doch, wie töricht solche Wahlaussagen sind: "Auf die vier kommt es an". Wenn es die vier überhaupt nicht gegeben hätte, meine Damen und Herren, dann wäre die Lücke kleiner gewesen. (Beifall) So, wie die FDP sich entwickelt hat, vermag sie nicht einmal die Lücke zu schließen, die sie hinterläßt, wenn sie nicht im Bundestag existieren würde.

Ich weiß, daß es auch für manche Gruppen in der Union ein schmerzlicher Schlag war, den Wunschpartner zu verlieren. Ich habe in meiner Wahlrede in Niedersachsen gesagt: Wenn ich CDU wäre, hätte ich keine Angst vor der absoluten Mehrheit. Die ist nun tatsächlich eingetreten. (Beifall) Und, meine Damen und Herren, ich habe mich gefreut, Herrn Albrecht ein schönes Glückwunschtelegramm schicken zu können. Er hat sich sehr herzlich dafür bedankt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Unsere Beziehungen sind viel besser, als andere glauben. Ich habe ihm einmal für den Wahlerfolg meine wirklich von Herzen kommenden Glückwünsche ausgesprochen. Ich habe zweitens gesagt, er kann jetzt ohne Bindung an eine Koalition reine Unionspolitik machen, und drittens, er regiert mit einer großen absoluten Mehrheit, aber einem Prozentsatz der Wähler, der nicht höher ist als der, mit dem wir im Bundestag zur Opposition verurteilt sind, und darüber lohnt es sich ja eigentlich nachzudenken. (Beifall) Nachdenken tun wir seit Jahren, und wir denken nicht daran, wie wir anderen Schaden können, am allerwenigsten unserem großen Bruder von der CSU, sondern wir denken daran, wie wir ihn möglichst bald wieder als eine führende politische Kraft Deutschlands an die Spitze bringen können. (Beifall) Und deshalb, meine Damen und Herren - ich sage es ohne ein Jota politischer Gehässigkeit -, weiß ich zwar, daß man in der Politik Kompromisse schließen muß, wer keinen Kompromiß schließen kann, eignet sich nicht zum Politiker - , daß man im Ringen um alle Möglichkeiten einen Koalitionspartner, einen denkbaren Koalitionspartner, nicht von vornherein abschreiben darf. Das würdige ich voll. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie erlauben mir trotzdem die Bemerkung, die sicherlich nicht allen Vorstellungen aller Unionspolitiker entspricht: daß für mich Herr Genscher, wenn ich gerade an die deutsche Außenpolitik in Richtung Osten und noch mehr in Richtung Afrika denke, nicht der Außenminister wäre, der unsere politischen Vorstellungen verwirklichen könnte. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Die Bühne weitet sich. Früher haben wir in Vilshofen immer Stafettenläufer ausgetauscht, jetzt haben wir in Vilshofen keine Konkurrenz mehr, weil wir nach Passau gegangen sind und das sehr kapazitätskräftige niederbayerische Fuhrgewerbe wenigstens dafür sorgt, daß Herr Rothemund wenigstens den kleinen Saal vollbringt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Heute findet ein Parteitag der FDP in Hessen statt. Ich habe einen ersten Bericht, abgeschlossen vor einer halben Stunde:

Soeben ist die Rede des Landesvorsitzenden Gries zu Ende gegangen. Er blieb in den 40 Minuten ohne Ausstrahlung und sprach im Stil eines Geschäftsführers. Er begründete den sog. Leitantrag des Vorstandes, der gestern mit 23 gegen 2 Stimmen zu Gunsten der SPD beschlossen wurde. Als ranghöchster Bundespolitiker war Mischnick anwesend. Gries dankte eingangs Genscher für dessen Koalitionsaussage. Genscher sei damit seiner Führungsaufgabe gerecht geworden. Der Parteitag reagierte mit mäßigem Beifall. Starken Beifall gab es für die Feststellung, ohne klare Aussage sitze man zwischen allen Stühlen, und Heiterkeit gab es, als Gries davor warnte, den Eindruck eines Schweizer Käses mit Eingängen und Ausgängen für alle zu erwecken. (Heiterkeit)

-Ich muß ja immer sagen, Selbsterkenntnis ist an sich immer der erste Schritt zur Besserung.

Den einzigen langanhaltenden Beifall und vereinzelte Bravorufe gab es für den Satz: "Wenn es zu keiner sachlichen Übereinstimmung kommt"

- gemeint ist die Zeit nach dem Wahltag -

"sind wir in gleicher Weise entschlossen, eine konstruktive und kritische Opposition zu bilden."

Nur müssen sie sich eines merken: Der zweite Koalitionspartner, der kleinere, hat es noch schwerer als der größere. Das hat auch die FDP in Bayern, obwohl sie einige gescheite Köpfe hat, nicht begriffen, nämlich daß sie neben der schon unfähigen SPD in Bayern als genau so unfähige, aber noch kleinere FDP noch weniger in der Lage ist, die politische Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und politisches Profil zu gestalten. Das ist meine Bemerkung dazu. Aber wir wünschen trotzdem der FDP, daß sie gemeinsam mit der SPD ab 1980 eine konstruktive und kritische Opposition in Bonn machen kann. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Beifall gab es auf dem hessischen Parteitag der FDP auch für die Feststellung: "Es gibt kein historisches Bündnis mit nur einer Partei." Ein schwieriger Verdauungsprozeß, bis dieses Bekenntnis zustande kam!

Ohne Beifall blieb das Bekenntnis zu einer aktiven Unterstützung der jetzigen Bundesregierung.

Auch bemerkenswert!

Im programmatischen Teil wurden vielfach Unionspositionen eingenommen.

Zur Zeit geht ja der Gedankenklau bei der FDP um. Sie suchen sich aus allen Ecken und Enden zusammen, was sie wieder modern, populär und attraktiv aufputzen könnten. Aber bei mancher sehr alten und faltenreichen Dame nützt die beste Schminke nichts mehr. (Heiterkeit) Sie laufen besser in der Natur herum.

Der Umweltschutz steht natürlich an der Spitze des 8-Punkte-Katalogs. Man vermehre den Energieverbrauch, verbiete aber Kernkraftwerke.

An zweiter Stelle wird die Marktwirtschaft mit Privateigentum, Leistung und Eigeninitiative erwähnt. Meine Damen und Herren, wer hat denn eigentlich der FDP ermöglicht, seit 1969 den Begriff des gerechterworbenen Privateigentums in Zweifel zu ziehen, ja, ihn sogar zu einer moralischen Belastung, zu einer Art unsittlichem Prädikat zu machen? Wer, meine Damen und Herren, hat denn eine Abgaben- und Steuerpolitik betrieben, in der Leistung und Initiative und ein wesentliches soziologisches Element, das Element der Unternehmer, gewissermaßen als negative Symbolfigur herausgestellt worden ist? Wer hat es ermöglicht? Die FDP hat es ermöglicht. (Beifall) Die Sozialdemokraten hatten nie eine Chance, allein regieren zu können. Die absolute Mehrheit ist für die SPD in Deutschland nicht erreichbar, weil die Mehrheit unserer Bürger nicht den Verstand an der Garderobe abgegeben hat, wie es bei den Linken häufig der Fall ist, wenn es

ACSP, PT19780616-8

um deutsche Interessen oder um aussenpolitische Zwangsläufigkeiten geht. Wer hat der SPD ermöglicht, weitgehend ihr Programm zu verwirklichen? Meine Damen und Herren, diejenigen, die sich liberal nennen, aber es nur im Firmenschild tragen, ohne es in Wirklichkeit auch zu verkörpern, die FDP. Privateigentum, Leistung und Initiative! Wo ist das eigentlich abgeschrieben? Meine Damen und Herren, das muß aus irgendeinem reaktionären Programm der "konservativ-faschistoiden" CSU abgeschrieben sein, natürlich in Anführungszeichen gesetzt! (Heiterkeit)

"Die Bildungspolitik" - jetzt kommt es noch schöner _ " müsse wieder ideologiefrei werden". Es ist wirklich schwierig, meine Damen und Herren, hier nicht die Rede durch ein dauerndes Gelächter zu unterbrechen. "Die Bildungspolitik müsse wieder ideologiefrei werden"! Wer hat denn die ideologische Verseuchung unserer Bildungspolitik in einer Reihe von Ländern ermöglicht? Meine Damen und Herren, bei den Sozialisten darf man sich nicht wundern; denn für die Sozialisten ist die Ideologie ihre Welt und die Wirklichkeit muß der Ideologie angepaßt werden. Das ist ja die schizophrene Dauererscheinung auch bei der SPD im Godesberger Programm. Sie haben Marx nie losgebracht, trauen sich aber nicht sich zu ihm zu bekennen, weshalb sie auch diese komischen Veitstänze aufführen, wenn der Name Marx fällt. Auch Kreisky hat sich jetzt demaskiert, Freund Taus! Auch er hat sich wieder zu Marx bekannt. Eine reelle Chance für die Österreichische Volkspartei, wieder an die Regierung zu kommen. (Beifall)

Die Bildungspolitik muß wieder ideologiefrei werden! Meine Damen und Herren, wer hat denn in Hessen die Rahmenrichtlinien eingesegnet - über die ich hier im einzelnen nicht zu reden brauche, weil sie ein fester Begriff geworden sind ? Wer hat denn, meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen das Bündnis zwischen der vernünftigen Mehrheit der Lehrerschaft, der überwältigenden Mehrheit der Eltern und den Kindern geschaffen? Die Regierung von SPD und FDP. Meine Damen und Herren, schon Nordrhein-Westfalen war ein Denkzettel. Ich meine damit die

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Volksabstimmung. Wenn man die Umfragen verfolgt - und da haben sie sicherlich einen guten Sinn in der Analyse - , dann stellt sich heraus, daß sich viele Wähler der SPD und der FDP aus den Landtagswahlen 1975 und den Bundestagswahlen 1976 an dem Volksbegehren gegen die kooperative Gesamtschule beteiligt haben. Meine Damen und Herren, jetzt muß die Bildungspolitik wieder ideologiefrei werden!

Meine Damen und Herren! "Ferner gilt es, die übertriebene Gesetzesflut ebenso abzubauen wie dauernde Bevormundung und bürokratische Lenkung des Bürgers." Meine Damen und Herren, es ist doch kein Zufall, daß das Bundes-Gesetz- und Verordnungsblatt, das in unserem letzten Regierungsjahr noch ein mitteldicker Band war, jetzt für ein Jahr aus zwei dicken Bänden besteht. Man nehme doch nur einmal den Bereich Steuergesetzgebung zur Hand! Seit dem Beginn der sozialistisch-liberalen Koalition oder der liberal-sozialistischen Koalition sind 306 Steuergesetze erlassen worden. 306! Meine Damen und Herren, das ist mehr, als wir vorher in den 20 Jahren zusammengenommen hatten. Und das alles hat die FDP jetzt entdeckt! Meine Damen und Herren, ich muß fragen: Für wie dumm halten die eigentlich den Wähler? Es geht ihnen doch nur darum, jetzt ihre Haut zu retten, ihre Posten zu sichern, ihre Mandate zu erhalten, und mit derselben Oberflächlichkeit, mit der sie früher gegen liberale Grundsätze verstoßen haben, versuchen sie jetzt, sich zu Gralshütern der politischen Lösungen zu machen, die sie in den letzten 8 Jahren lebhaft bekämpft und die sie im Bund abgelehnt haben. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Was ich jetzt sage, gilt nicht speziell für die bayerische Landespolitik, aber auch für sie; es gilt aber auch für uns als Gesetzgeber im Bund. Wir müssen in der Gesetzgebungs- und in der Verordnungs bzw. Erlaßpraxis der Behörden wieder eine Sprache sprechen, die dem Bürger verständlich ist. (Beifall) Wir müssen Lösungen vorsehen, die dem Bürger erklärt werden können. Meine Damen und Herren, wir müssen deshalb auch bei jedem Gesetz, das beschlossen wird, fragen: Ist es

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

wirklich notwendig? (Beifall) Das gilt dann, wenn eine Materie gesetzlich geregelt werden soll, die bisher nicht gesetzlich geregelt war: Ist es wirklich notwendig? Dabei muß man einen strengen Maßstab anlegen. Die Unterschrift eines Ministerialrats genügt dazu noch nicht, so hoch ich diesen Beruf einschätze. (Beifall) Wenn wirklich ein Gesetz formuliert werden muß - da geht es schon an - und verabschiedet werden muß, dann, meine Damen und Herren soll der Gesetzgeber sich der Besessenheit enthalten, alles bis ins letzte Detail regeln zu wollen. (Beifall) Es muß auch dem Sachverstand der Ausführenden, vor allem der kommunalen Behörden, der Bürgermeister und der Landräte, noch ein gewisser Ermessensspielraum eingeräumt werden. (Beifall) Wenn ein neues Gesetz ein altes ablösen soll, meine Damen und Herren, dann muß man prüfen: Hat man mit dem alten Gesetz soviel Erfahrungen gesammelt, daß man das neue wirklich besser machen kann, als das alte war? Und die Leistungsfähigkeit von Parlamenten, meine Damen und Herren, kann nicht nach der Zahl der von ihnen erlassenen Gesetze und Verordnungen in erster Linie beurteilt werden. Lieber weniger und gute Gesetze als eine Fülle von Gesetzen, die mit heißer Nadel genäht, wenig überlegt formuliert und dann übereilt verabschiedet worden sind. Meine Damen und Herren, der Bürger darf nicht in eine Situation gedrängt werden, wo er so, wie der Mensch der Frühhistorie hilflos den entfesselten Naturgewalten gegenüberstand, heute einer unverständlichen Sprache gegenübersteht, einem Behördenchinesisch, einem Soziologenkauderwelsch, einem Politologenrotwelsch, sondern die Gesetze müssen wieder verständlich sein. Wenn ich z.B. das letzte Umsatzsteuergesetz ansehe, das jetzt dem Bundestag vorgelegt werden soll, so stelle ich fest, daß der erste Satz 138 Wörter hat. Da hat man doch am Ende des Lesens vergessen, was am Anfang im Satz steht. Oder wenn man die Ausführungsverordnungen z.B. zur Investitionssteuer im Jahr 1973 und dann für die umgekehrte Politik, für die Investitionszulage im Herbst 1974 liest: Die haben die stattliche Größenordnung von 100 bis 120 Seiten. Dieselbe Behörde, wo Investitionen sich oft über längere Zeit-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

räume erstrecken und in verschiedene Abschnitte eingeteilt sind, hat jahrelang beim selben Investitionsvorhaben die Steuer dafür und gleichzeitig die Zulage dafür, die Steuer dagegen und die Zulage dafür, bearbeitet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch nicht richtig, in Gesetzen wider die Tür für eine Unzahl von Verordnungen zu öffnen, mit denen dann alle Einzelheiten der möglichen Anwendung bis ins Letzte geregelt werden sollen.

Meine Damen und Herren, der Bürger hat auch einen Anspruch darauf, daß sein Antrag bei den Behörden in einer für ihn und seine Interessen erträglichen und zumutbaren Zeit so oder so erledigt wird. (Beifall) Er hat auch einen Anspruch darauf, meine Damen und Herren, daß es ihm nicht so geht wie einem Bekannten von mir, der seinen Betrieb in Oberbayern hat, mit einer Investition von 10 Mill.DM: Erstens hat er einen langjährigen Kampf geführt; denn der Umweltschutz wollte einen sehr hohen Schornstein und die Landschaftspfleger wollten einen niedrigen Schornstein haben. Das war gar keine Auseinandersetzung mehr zwischen dem Bürger und der Behörde, das war der Kampf zwischen den beiden Behörden, der einen für einen hohen, der anderen für einen niedrigen Schornstein. Die Unfallverhüter wollten geriffelte Kacheln, die Gesundheitspfleger wollten glatte Kacheln haben. Damit sie nicht krank werden, sollten die Leute auf glatten Kacheln stehen; damit sie nicht hinfallen, sollten sie auf geriffelten Kacheln stehen.

Meine Damen und Herren! Ich habe das humorvoll gesagt. Man kann sich nicht immer um alles kümmern. Aber ich habe eine so lange ~~Kampf~~Amtspraxis in der Führung großer Verwaltungen, Verteidigung und Finanz, daß ich weiß, wie schwer es ist, hier zu Recht zu kommen, wie schwer es ist, gegenüber scheinbar lückenlosen Begründungen eine vernünftige politische Meinung zu behaupten. Aber trotzdem ist es notwendig, daß Amtsträger Verordnungen lesen, bevor sie sie unterschreiben, (Beifall) und daß sie ihre

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Unterschrift von der Erfüllung der Voraussetzungen abhängig machen, die nach unserem politischen Urteil, nach unserem gesunden Menschenverstand erforderlich sind. Damit Sie mich nicht falsch verstehen, meine Damen und Herren: Das ist eine Mahnung an alle, an uns selber. Und alle Pfarrer, die über die Sünde reden, tun gut, sich selber dabei namentlich einzuschließen, um glaubhaft zu sein. (Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, wir müssen ein Gespür für das unterirdische Grollen der Bürger haben, und die FDP hat sicherlich durch ihre schizophrene Politik das Grollen der Bürger geradezu provoziert.

Meine Damen und Herren! Es gibt keinen Heckenschützenkrieg zwischen den beiden Unionsparteien; vielleicht daß ein paar Narren da oder dort dumm daherreden oder ein paar Kommentatoren das schreiben, was sie gern als Wirklichkeit hätten, ohne daß es Wirklichkeit ist. Zwischen den beiden Unionsparteien gibt es nur einen Wettbewerb um die vorurteilsfreieste Prüfung aller Lösungen, dem Spuk in Bonn ein Ende zu machen. (Beifall)
Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß in Hamburg und Hannover die FDP aus dem Landtag verschwunden ist, erlaubt noch keine Prognosen für Hessen und für Bayern. Aber wir werden alles tun - nicht um eine Partei zu verdrängen; das mag ein Nebenergebnis sein - , um mit einer so starken Mehrheit in Bayern abzuschneiden, daß wir es nicht nötig haben, dann uns mit dem Bürger allmählich bis zur Grenze des Zumutbaren ärgernden Koalitionswirrwarr belästigen zu müssen. (Beifall) Wir stehen für unsere Politik gerade.

Der Anlaß ist zu ernst, daß Auditorium zu sachkundig und der heutige Tag zu bedeutend, als daß ich mich eingehend mit den Methoden des politischen Kampfes der SPD gegen uns befassen wird. Das wäre beinahe Feiertagsschändung. Aber, meine Damen und Herren, wenn man versucht, eine Identität herzustellen - wie es in

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Bayerischen Landtag angedeutet worden ist, wie es in unzähligen Versammlungen geschieht - , die CSU als die Konservativen darzustellen, die früher ja andere Namen hatten - im Dritten Reich nannten sie sich anders, hieß es, nämlich Nationalsozialisten, und vorher Bayerische Volkspartei, vielleicht Deutschnationale Volkspartei - , meine Damen und Herren, dann ist das nicht allein eine Entgleisung einzelner, bei denen die nötige Kupplung zwischen Gehirn und Mund fehlt - das gibt es ja immer, daß hier ein Gelenk fehlt, entweder am Hirn oder am Mund oder an beiden oder auch die Verbindungsglieder nicht in Ordnung sind - , sondern dahinter steckt System.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe mich zum Thema "konservativ" schon so oft geäußert, daß ich es heute nicht umfänglich tun will. Aber wir haben nie einen Zweifel daran gelassen - und haben nachher nachdrücklich auch dafür in den Parteiprogrammen gekämpft - , daß der CSU auch eine konservative Komponente expressis verbis zugeschrieben wird. Denn wer nicht eine konservative Komponente hat, der steht nicht auf dem Boden der Wirklichkeit. (Beifall) Den Fortschritt kann nur der gestalten, der auf dem Boden der Erfahrung, der Wirklichkeit, der Tatsachen steht, der im Rahmen einer Umwelt und in der geschichtlichen Kontinuität lebt. Nicht umsonst versuchen die Marxisten, das Geschichtsbewußtsein zu zerstören; nicht umsonst versuchen sie, das sehr komplexe Spiel geschichtlicher Abläufe von Gründen und Zusammenhängen in ihr ideologisches Zwangsbett der Konflikttheorie zu pressen. Sie vergewaltigen damit die menschliche Natur wie die geschichtliche Wahrheit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein Amoklauf geworden, was die SPD in den letzten Monaten wiederum unternommen hat, und wir stehen noch nicht am Ende dieses rasenden Treibens. Meine Damen und Herren, wir bekennen uns zum konservativen Gedanken, wir bekennen uns aber auch zur liberalen Idee und stehen auf dem Boden christlicher Politik. Wir scheuen uns nicht,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

zu sagen, daß wir ein an den Erfahrungen geläutertes, im Lichte der europäischen Zielsetzung orientiertes Nationalgefühl und nationales Bewußtsein und nationalen Stolz haben. (Beifall) Wir sind keine Internationalisten, meine Damen und Herren, im Stile der internationalen Sozialisten, aber wir denken in den Größenordnungen der europäischen Integration, wir denken in den Größenordnungen eines europäischen ~~Bundes~~ ~~staates~~ Staatenbundes, eines europäischen Bundesstaates in der Fortsetzung. Es ist nicht unsere Schuld, wenn er leider - leider! - einen Rückschlag erlitten hat. Und wenn wir in Bonn an die Regierung kommen, werden wir, unsere Mitarbeiter in Bonn und wir in der bayerischen Politik einer Fortsetzung dieser Integrationspolitik das Wort reden. Die Deutschen werden nicht schuld daran sein unter CDU/CSU-Führung, den Weg zur europäischen Einheit verlangsamt oder sabotiert zu haben. Das Ziel ist nach wie vor dasselbe. (Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, wenn man im Deutschen Bundestag vor einigen Tagen gehört hat, wie Herr Wehner uns als "feixende Meute" bezeichnet hat - ich tröste mich immer mit dem erheiternden Gedanken an zwei Dinge, erstens an ein von Goethe geschriebenes Schauspiel und dann an einem bestimmten Paragraphen - (Beifall) - , wenn Herr Wehner in der gleichen Rede sagte, die CDU und die CSU seien die Väter der rechten APO: Meine Damen und Herren, wer waren denn die Väter der einzigen APO, die es bisher gegeben hat, nämlich der linken? Wer waren denn die Väter? (Beifall) Brandt, Wehner, Ehmke und Konsorten. Das war die einzige APO, und ihre Väter sitzen im Deutschen Bundestag. Aber ausgerechnet die SPD wirft uns vor, daß wir in der Öffentlichkeit Agitation betreiben, statt unsere Politik im Bundestag zu vertreten. Meine Damen und Herren, was ist das für eine Vorstellung von Demokratie? Eine politische Partei kann doch überhaupt ihre Vorstellungen nicht verwirklichen, wenn sie nicht in der Öffentlichkeit für die Richtigkeit ihrer Vorstellungen wirbt und die Wähler von der Gefährlichkeit der Vorstellungen der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Sozialisten überzeugt. Es wird Herrn Wehner und Herrn Brandt nicht gelingen, uns mundtot zu machen, auch nicht mit Hilfe der Verleumdungstrommel, die regelmäßig immer wieder gegen uns gerührt wird. Aber auch unsere Geduld geht zu Ende. Meine Damen und Herren, wir sind eine Partei, deren führende Persönlichkeiten immer dem Rechtsstaat gedient haben, und wir haben kein gebrochenes Verhältnis zum Rechtsstaat in der eigenen persönlichen Geschichte aufzuweisen. Wir haben auch nicht als Kommunisten mit den Nazis paktiert, als es um die Zerstörung der Weimarer Demokratie ging. (Beifall) In dem linksradikalen Sprachschatz heißt es jetzt "Reaktionäre", "Giftmischer", "Rechtskartell", "Nationalisten", "Faschismussympathisanten". All das sind wörtliche Zitate aus den politischen Kampfparolen der SPD in den letzten Wochen. Ich glaube, daß die CDU eine Sammlung darüber angestellt hat, und es ist sehr verdienstvoll, der Öffentlichkeit einmal zu zeigen, mit welchen Methoden gearbeitet wird. Wer betreibt denn Brunnenvergiftung und wer, meine Damen und Herren, hetzt die Öffentlichkeit auf und wer betreibt rücksichtslose parteipolitische Agitation wahrheitswidrig, verleumderisch und denunziatorisch ohne Rücksicht auf den Schaden, der dadurch im Ausland dem deutschen Ansehen zugefügt wird?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hinter uns stehen in der Bundesrepublik Deutschland mindestens 50 % der Wähler, in Bayern rund 60 % der Wähler. Im Namen dieser anständigen Bürgerinnen und Bürger, - womit ich nicht meine, daß andere, die uns nicht wählen, nicht anständig sind; wir sind ja nicht so - , die uns gewählt haben, die in uns ihr Vertrauen setzen, verbieten wir es uns, daß wir mit einer Mischung von politischer Fäkaliensprache und Dr.Josef Göbbels-Jargon hier in der Bundesrepublik uns auseinandersetzen müssen. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sind und bleiben eine Partei der Mitte, eine Partei der Mitte, die allerdings auch echten Demokraten rechts der Mitte eine politische Heimat bietet, genauso

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

wie echten Demokraten links der Mitte; denn das muß eine Volkspartei tun. (Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben es früher vielleicht nicht voll in seiner ganzen Tragweite begriffen, was es heißt, einer politischen Partei die Macht übergeben zu müssen, durch das Votum der Wähler und das Ränkespiel der FDP, bei der ein Teil der Amtsträger ein gestörtes Verhältnis zu den Grundwerten und Grundrechten der Demokratie hat, genau so wie sie ein gestörtes Verhältnis zur deutschen Geschichte haben. Und heute, meine Damen und Herren, wo die rote Götzendämmerung in Bonn begonnen hat, krallen sie sich ein, werfen mit Dreck, mit Zähnen und Klauen verteidigen sie ihre heutigen Positionen. Das, meine Damen und Herren, ist auch ein Charakteristikum. Denn politische Parteien sind kein Selbstzweck; politische Parteien sind ein Mittel zum Zweck, politische Parteien sind eine Dienstleistungsapparatur am Bürger, politische Parteien sind Bürgerservice, aber nicht Selbstzweck. Der Zweck der politischen Partei besteht nicht darin, möglichst vielen Funktionären hohe Pfründe und für den Fall ihres Versagens eine noch höhere Pension zu verschaffen, sondern politische Parteien sind dazu da, meine Damen und Herren, das Zusammenleben der Menschen technisch zu regeln und zu koordinieren und einen funktionierenden Staat zu schaffen, einen funktionierenden Staat zu unterhalten, in dessen Mitte der Mensch steht, und eine Gesellschaft zu ermöglichen, die aus freien Individuen ~~ent~~steht, eine Gesellschaft, in deren Mitte die Person und nicht das Kollektiv steht. Das heißt auch - ich darf es hier einmal sagen - , daß es ein Verstoß gegen den Geist der Demokratie ist, wenn man versucht, grundsätzliche Änderungen unseres Rechtsgefüges mit einer hauchdünnen von den Linken abhängigen Mehrheit auch über die Hintertreppe einzuführen. Meine Damen und Herren, ich bin immer der Meinung gewesen und bin es auch heute noch, daß nicht die Gerichte Politik machen sollten. Politiker, Volksvertretungen, Regierungen müssen Politik machen. Aber was bleibt uns denn übrig, als bei klaren Ver-

Erstellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

stößen gegen die Verfassung von der letzten Möglichkeit Gebrauch zu machen, die der Rechtsstaat uns anbietet, nämlich das Bundesverfassungsgericht anzurufen. (Beifall)

Ich bin auch nicht der Meinung, meine Damen und Herren, daß das Bundesverfassungsgericht Verfassungspolitik machen oder daß es den Politikern dann als Ersatz für die aufzuhebenden Lösungen bis ins Detail die Ersatzlösungen anbieten sollte. Eine Diskussion ist keine Richterschelte, das ist eine Auseinandersetzung auf hoher politischer Ebene über die Abgrenzung zwischen Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit. In all den Fällen, in denen das Verfassungsgericht beschimpft wird - und da sind schon drastische Ausdrücke gefallen; ich möchte Sie in diesem Saal am heutigen Tag nicht wiederholen - , wo wir im Verfassungsgericht obsiegt haben, hat man demokratische Spielregeln auf Seiten der hauchdünnen Mehrheit verletzt. Und es ist ein Anschlag gegen den Rechtsstaat - nicht eine Richterschelte; auch eine Richterschelte ist in einem Rechtsstaat erlaubt - , wenn man versucht, das oberste Gericht einzuschüchtern, (Beifall) die Richter als Lakaien der Opposition in der Vulgärsprache attackiert, wenn man dem Gericht vorwirft, daß es sich zum Richter über das Parlament aufschwingt; wenn man weiterhin, meine Damen und Herren, wie jüngst Herr Brandt auf dem DGB-Kongreß in Hamburg mit sozialen Konflikten droht, falls die Erweiterung des Mitbestimmungsspielraums durch Karlsruhe verhindert werden sollte.

Meine Damen und Herren, es gibt in der Demokratie zwei wesentliche Prinzipien neben vielen anderen. Das ist das Prinzip der Diskussion, das Prinzip des Gleichgewichts und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit. Wir, meine Damen und Herren, wollen nicht sein ein Beamtenstaat, wir wollen nicht sein ein Bankenstaat, wir wollen nicht sein ein Unternehmerstaat, wir wollen auch nicht sein ein Gewerkschaftsstaat, (Beifall) aber wir wollen eine freie, offene Gesellschaft sein, in der alle von dem Recht

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

der Koalitionsfreiheit Gebrauch machen können, wo Macht und Gegenmacht sich die Waage halten müssen und wo Macht, meine Damen und Herren, zeitlich begrenzt wird durch den Wähler, im Inhalt begrenzt wird durch Verfassung und Gesetz, in der Qualität kontrolliert wird durch die Gerichte und durch die öffentliche Meinung überwacht wird. Das gehört zu den selbstverständlichen Spielregeln der Demokratie, und es kann keine Organisation für sich in Anspruch nehmen: Entweder macht ihr es so, wie wir wollen, oder wir marschieren auf die Straße. Hier kann man nur sagen: Wehret den Anfängen! (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sind heute auch an einem Tag zusammengekommen - und das war nicht etwa Zufall des Kalenders, sondern das war auch Überlegung und Absicht - , den wir nicht aus den Gedenktagen der deutschen Nation streichen wollen. (Beifall) Wenn Helmut Schmidt vor kurzem sagte - er schießt ja immer schnell aus der Hüfte und falsch und meistens noch taktlos - , der Aufstand am 17.Juni 1953 sei ein Mißerfolg gewesen: Meine Damen und Herren, man darf den Kampf für die Freiheit nicht nach dem Erfolg des Tages beurteilen. (Beifall) Auch der 20. Juli 1944 war ein Mißerfolg. Meine Damen und Herren, es ist erschreckend, zu sehen, wie der Mann, der als Macher, als Pragmatiker, als ideologiefreier Gestalter gilt, der Mann mit dem stahlhelmfarbenen Haar, dem Raubtierlächeln im Gesicht, Kanzler und Abkanzler nicht nur der deutschen Nation, sondern der ganzen Welt, hier einfach so mit einer Handbewegung sagt, das sei ein Mißerfolg. Meine Damen und Herren, alle Kämpfe der Menschenrechtler gegen Zwangssysteme sind zunächst immer Mißerfolge gewesen. Sicherlich sind mehr Revolutionen gescheitert, als gelungen sind; es sind mehr Erhebungen unterdrückt worden, als sich durchsetzen konnten. Aber den 17.Juni als Gedenktag streichen zu wollen, weil er ein Mißerfolg gewesen sei, beweist auch ein gestörtes Verhältnis zum Problem der Menschenrechte. (Beifall) Und, meine Damen und Herren, man braucht sich nicht über Argentinien oder Chile zu empören, über Südafrika, Rhodesien und Südwest-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

afrika Krokodilstränen zu vergießen, um dann mit leuchtenden Augen in den Teil Europas zu schauen, in dem das sozialistische Idealmodell des Marxismus verwirklicht ist. (Beifall) Mir tun nur die alten Sozi leid wie der Preissinger in München und solche; denn die passen in die Gesellschaft gar nicht mehr hinein.

Aber wenn man liest, was der stellvertretende Vorsitzende der IG, Druck und Papier - das ist kein Arbeiterführer, das ist eher der Junkakademiker, die noch nie eine Schaufel in der Hand gehabt haben, die einen Schraubenschlüssel in der Hand gehabt und die in der Arbeitswelt noch nie einen Platz ausgefüllt haben - (Beifall) - , Dr.Hensche, sagt, daß es eben im anderen Teil Deutschlands für den Arbeiter besser sei als bei uns, daß man die Grundrechte sogar besser wahrnehmen könne als bei uns und daß selbst die Versorgung mit materiellen Gütern immer besser werde, meine Damen und Herren, dann könnte er eigentlich aus seiner Gefolgschaft einen Arbeitsdienst ~~einrichten~~ einführen, der die Mauer schleift und die Todesgrenze überbrückt. Denn warum haben wir sie denn? Wahrscheinlich, weil der fürsorgliche Arbeiter- und Bauernstaat seine Bürger davor schützen will, im Anfall geistigen Jähzorns in die kapitalistische Hölle zu entfliehen, und sie deshalb also im Zustand innerhalb der segensreichen Mauer seines Paradieses erhalten will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir behalten den 17.Juni als Gedenktag bei. Er ist auch kein zweiter Vatertag. (Beifall)

Wir nehmen das Grundgesetz sehr ernst. Es ist bezeichnend, daß Helmut Schmidt, der Chef einer Regierung, die am häufigsten das Grundgesetz in schwerwiegenden Fällen verletzt hat, laut Urteil des Verfassungsgerichts, das Inkrafttreten des Grundgesetzes nunmehr zum nationalen Feiertag erheben will. Es ist schwer, hier keine Satire zu schreiben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser 17.Juni ist für uns kein Tag des Hasses, kein Tag der nationalistischen Leidenschaften, kein Tag der drohenden

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Erklärungen - das sage ich auch den Machthabern im anderen Teil Deutschlands - ; das ist für uns ein Tag der Trauer, ein Tag der Mahnung, ein Tag des Gelöbnisses und ein Tag der Treue. (Beifall)

Als bei dem so viel beachteten Gespräch zwischen dem Generalsekretär der KPdSU, Leonid Breschnew, und mir Vorwürfe gegen die Union erhoben wurden, gegen CDU und CSU, besonders gegen die CSU, und im Zusammenhang damit auch das Wort von "nationalistischen Leidenschaften" fiel, habe ich erwidert, meine Damen und Herren, daß wir glühende Gegner nationalistischer Emotionen seien. Ich habe darauf verwiesen, daß ich in meinem ganzen politischen Leben - und zwar ~~mit~~ in voller Übereinstimmung mit allen Wählern und Mitarbeitern der Partei - unter jubelndem Beifall erklärt habe, daß der Nationalismus der Totengräber Europas gewesen sei, daß der Nationalismus in Europa zwei Bürgerkriege verursacht habe, die Europa von der glanzvollen Höhe des Mittelpunktes der Welt - im Jahr 1914 nocheinmal sichtbar geworden bei der Beerdigung Edward VII., als die alte Welt sich traf und als schon die ersten Schatten des europäischen Abends über die europäische Landschaft fielen, und vollendet dann im April 1945, als amerikanische und russische Truppen bei Torgau an der Elbe sich die Hand reichten und damit das europäische Schicksal besiegelten und für Deutschland die Zukunft ausgelöscht zu sein schien, - stürzten. Ich habe ihm weitergesagt, ich käme aus einer Familie, bei der mein Vater am Tag der Machtergreifung Adolf Hitlers am 30.Januar 1933 zur Familie gesagt hat: Jetzt ist der Hitler Kanzler geworden, das bedeutet Krieg, und dieser Krieg bringt die Zerstörung Deutschlands. In der Atmosphäre bin ich aufgewachsen, und deshalb waren wir, die wir den Krieg als drohendes Gespenst sich nähern sahen, so entsetzt, als wir am 24.August 1939 die Zeitungen aufgeschlagen und dort den Hitler-Stalin-Pakt vernommen haben. Damit ist der letzte große Stein auf dem Weg zum Krieg beseitigt worden; damit ist das letzte Hemmnis zum Marschbefehl gegen Polen ausgeräumt

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

worden. Und der Marschbefehl gegen Polen, meine Damen und Herren, war nun einmal das Signal zum Zweiten Weltkrieg.

Und ich sage es hier, was ich dort gesagt habe: Der Krieg ist heute nicht mehr der Vater aller Dinge, wie ein antiker Philosoph ihn bezeichnet hat; der Krieg ist heute das Ende aller Dinge. - Das, was Sie in den letzten Tagen in einer Studie eines amerikanischen Generals über die Folgen eines Atomkrieges gelesen haben - entschuldigen Sie, wenn ich es etwas hochmütig sage, ich meine es aber nicht so - , wissen wir Fachleute schon seit vielen Jahren, was ein mit den modernen Mittelnder Technik geführter Krieg bedeuten würde. - Und hier haben wir uns gefunden, Herr Breschnew und ich. Ich habe gesagt: Der Krieg ist das Ende aller Dinge; der Krieg ist das Ende Europas, auch das Ende des größten Teils der Sowjetunion. Da hat er mich berichtigt und gesagt: "Nein, der ganzen Sowjetunion, der ganzen Welt".

Und da, meine Damen und Herren, muß es auch erlaubt sein, darauf hinzuweisen, daß der Zustand des Nichtschießens in Europa noch nicht identisch ist mit Frieden in der Welt. Ich habe mir deshalb auch erlaubt zu sagen, daß der Aufbau von Konfliktpotentialen im Mittleren Osten und von Konfliktpotentialen in Afrika einen gefährlichen Sprengstoff darstellt, der eines Tages in die Luft gehen kann. Und wenn einmal die Entwicklung auf diesem Weg einen bestimmten Punkt überschritten hat, dann kann keine Explosion erfolgen, und die Verantwortlichen haben den Ablauf der Dinge infolge der Teufelsautomatik der modernen Technik und ihres Minutenablaufs nicht mehr in der Hand.

Deshalb, meine Damen und Herren - ich möchte meinen außenpolitischen Teil wegen des grundsätzlichen Teils meiner Rede heute nicht bringen - ,der dringende Wunsch, daß die amerikanische Politik endlich wieder Fuß fassen möge! (Beifall) Aber mit dem Wunsch, daß die amerikanische Politik Fuß fassen soll, ist es nicht getan. Denn es ist keine der Europäer würdige Haltung, an

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

den Rockschößen der Amerikaner zu hängen, sich immer wieder in ihre Rockzipfel zu flüchten und sich dort auszuweinen. Meine Damen und Herren, es war schon ein bemerkenswertes Zeichen pseudoliberaler Dämlichkeit - ich sage das mit Respekt vor der Liebenswürdigkeit der Dame - , wenn die Staatssekretärin im Auswärtigen Amt - aber wie der Herr so das G'scherr, so sagt man in Bayern; ich meine damit die in Bayern wohlbekannte Hamm-Brücher - das Eingreifen der Franzosen in Shaba als einen Höhepunkt des Neokolonialismus in ihrem Interview im Bremer Rundfunk bezeichnete. Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, daß die Europäer die Bedeutung des Mittelmeers und die Bedeutung Afrikas für ihre wirtschaftliche und militärische Sicherheit endlich begreifen. (Beifall) Ich kann nicht, meine Damen und Herren, den Rechenschaftsbericht oder Reisebericht, den ich gestern ausführlich im Vorstand gegeben habe, hier wiederholen. Aber ich bin erst vor wenigen Stunden aus Afrika zurückgekommen, wo ich mit einigen bekannten Staatspräsidenten des gemäßigten Lagers mit prowestlicher Einstellung bestimmte Probleme besprochen habe im Auftrag derer, die mich gebeten habe, bei ihnen zu vermitteln. Ich muß mich hier sehr vorsichtig ausdrücken. Es gibt keinen Zweifel daran, daß es Zeit wäre, daß die Europäer - hier ist allerdings Großbritannien noch mehr federführend als wir - sich endlich durchringen können, die interne Lösung in Rhodesien anzuerkennen, statt in verletzter Eitelkeit die Schwarzen gegen Ian Smith aufzuhetzen, (Beifall) statt aus Ärger darüber, daß ohne sie eine Lösung zustandegekommen ist, noch dauernd die gewalttätigen Bewegungen zu ermuntern. Meine Damen und Herren, ich habe in meinen Reisen nach Südafrika jahrelang darum gekämpft, der südafrikanischen Regierung zu sagen: Ihr müßt vorangehen; ihr müßt vorangehen auf dem Wege derReformen. Wir haben vieles erreicht; wir werden noch mehr erreichen. Ich verrate auch kein besonderes Geheimnis, wenn ich sage, daß ich Herrn Smith zu der Lösung, die er gemacht hat, zugeredet habe, one man, one vote einzuführen und eine schwarze Mehrheitsregierung zu ermöglichen, allerdings mit gesicherten

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Garantieen für Recht, Freiheit, Leben, Gesundheit und Eigentum der Weißen. (Beifall)

Als ich in der Woche vor Ostern in Südwestafrika war, habe ich mit dem obersten Chef der Hereros zu Abend gegessen, der wenige Tage darauf meuchlings ermordet worden ist von einer Bewegung, an deren Spitze, meine Damen und Herren, ein terroristischer Verbrecher steht, der allerdings in der UNO groß gefeiert und der in allen westlichen Staatskanzleien mit tiefen Bücklingen empfangen wird.

Wir haben darum gekämpft, meine Damen und Herren, für das Zusammenwirken von Schwarz und Weiß; denn der schwarze Kontinent, meine Damen und Herren, geht langsam aber sicher vor die Hunde, wenn nicht die Weißen den Schwarzen helfen, einen modernen Staat aufzubauen und eine funktionsfähige Wirtschaft zu gestalten. (Beifall) Der schwarze Kontinent, meine Damen und Herren, darf nicht ein Ersatzkriegsschauplatz werden. Was sich dort heute abspielt, daß dort die Russen mit ihrer Fremdenlegion, den Cubanern, praktisch jeden Staat erobern können, wie sie wollen, das ist für die Sicherheit Europas unerträglich. Die Amerikaner müssen endlich wieder aus ihren Träumereien aufwachen und sich wieder ihrer weltpolitischen Verantwortung bewußt werden. (Beifall)

Es hat keinen Sinn, NATO-Konferenzen zu veranstalten, dort über Probleme zu reden, die es entweder nicht gibt oder die nicht vordringlich sind. Die Sicherheit Europas wird heute nicht von Helmstedt bis Passau bedroht. Die Sicherheit Europas wird heute vom Mittelmeer und von Afrika her bedroht. Deshalb muß der Verteidigungsauftrag der NATO neu definiert werden. Ich plädiere hier nicht, wie einige mißgünstige Hetzer wieder annehmen mögen, für irgendwelche Interventionen, für irgendwelche Abenteuerpolitik. Aber, meine Damen und Herren, Europa verliert sein Gesicht und seine Zukunft in Afrika, wenn die Führer der schwarzen Welt - und ich habe zwei maßgebende in dieser Woche getroffen - einem

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

sagen: Müssen wir denn wirklich mit den Russen gehen, um zu überleben? Die Freunde des Westens werden ja vom Westen verraten, und wenn der Russe die Cubaner einsetzt, dann haben wir keine Möglichkeit, dann kriegen wir nur schöne Sprüche, fromme Ermahnungen und billige Vertröstungen für die Zukunft. Meine Damen und Herren, auch die deutsche Politik muß sich aus diesem Gebäude der Platitüden, der Phrasen, der UNO-Oberflächengeschwätzhaftigkeit sich einmal befreien und den Problemen auf den Grund gehen. Wir sind es auch den Menschen in Afrika schuldig. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir widersprechen an diesem Tag, dem 17. Juni, auch den Denkkategorien und Oberflächenmotiven der Herren Brandt, Wehner und Schmidt. Herr Brandt hat ja den Bau der Mauer am 13. August 1961 zum inneren Wendepunkt gemacht, um nach einer langjährigen Periode, von 1961 bis 1969, der Tarnung, der Täuschung und des Leugnens und nach geheimen Verhandlungen mit der italienischen Kommunistischen Partei die "neue Ostpolitik" vorzubereiten, deren Unterhändler, deren Architekt Herr Bahr geworden ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die massiven, verleumderischen denuntiatorischen Angriffe gegen alle Nichtsozialisten in der Bundesrepublik - verschont werden nur die Linksliberalen - sind doch nichts anderes als die Erfüllung sowjetimperialistischer Tendenzen. Wer die deutsche Demokratie, deren stärkstes Element wir sind, deren führende politische Kraft, als faschistisch, als rechtsextrem, als reaktionär, als Kriegshetzer, als Revanchisten abstempelt, der zerstört nicht nur die demokratische Atmosphäre im Innern, der hetzt auch, meine Damen und Herren, unsere Freunde im Ausland wieder gegen die Bundesrepublik auf und der liefert dem Sowjetimperialismus massives Material und leistet für ihn Schützenhilfe höchster Qualität. (Beifall) Und deshalb, meine Damen und Herren, genügt es nicht, zu sagen: Tiefhängen. Wir müssen zum Gegenangriff übergehen. Wir können nicht erlauben, daß für die Zwecke der innenpolitischen demokratischen Auseinandersetzung Mittel einge-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

setzt werden, die nicht nur wahrheitswidrig und verleumderisch sind, sondern die dem demokratischen Ansehen unseres Landes den schwersten Schaden zufügen. Herr Brandt und Herr Bahr, müssen wissen, daß sie damit die Geschäfte der Sowjetunion besorgen, aber nicht deutsche Politik machen. (Beifall)

Herr Schmidt hat mich nach meiner letzten Parteitagsrede, und zwar wegen eines bestimmten Satzes, in der Öffentlichkeit einen "Mann ohne Anstand" genannt. Nun, meine Damen und Herren, wenn z.B. ein Trunkenbold einen anderen einen Säufer nennt, ist das ein Vorgang, den auch der Antialkoholiker vertragen kann. (Heiterkeit) Darum habe ich mich gar nicht so darüber aufgeregt. Aber der Brief, den Willy Brandt im Juni letzten Jahres an Helmut Schmidt geschrieben hat und der im August im "Vorwärts" veröffentlicht worden ist: Die Bundesregierung möge sich stärker der Rechtsradikalen annehmen, dem fortschreitenden Neofaschismus und Neonazismus Einhalt gebieten, meine Damen und Herren, das war eine Handlungsweise, die nicht nur im Motiv unwahr war, sondern eine Handlungsweise, die uns den schwersten Schaden zugefügt hat, eine Handlungsweise, meine Damen und Herren, die man nur aus dem gestörten Verhältnis des Herrn Brandt zu Deutschland erklären kann. (Beifall) Er muß doch wissen, daß es Kreise im Ausland gibt, die begierig nach dieser Munition greifen. Er muß doch wissen, daß er damit alte Wunden ohne Notwendigkeit wieder aufreißt. Er muß wissen, daß er damit wieder die alten Kriegsfronten herstellt, und er muß doch wissen, daß er damit alle Gegner der neuen deutschen Demokratie gegen uns mit Mißtrauen und mit Gehässigkeit mobilisiert. All das war ihm völlig gleichgültig, und ich sage es nocheinmal - und ob mich der Schmidt einen Mann ohne Anstand nennt oder nicht, ist mir persönlich wurscht, um einmal alles ganz deutlich zu sagen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Methode ist deshalb so infam, und ich glaube kaum, daß ich den Tatbestand des Geheimnisverrats begehe - wenn nicht, soll das Bundeskabinett einen entsprechenden Antrag gegen mich stellen: Herr Kohl, Kollege

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Friedrich Vogel und ich gehören für die CDU/CSU der Kontrollkommission an, die gemäß Gesetz einberufen worden ist, um die Tätigkeit der Nachrichtendienste zu überwachen. Hier sitzen wir, abgesehen von gelegentlichen Eruptionen Herrn Wehners, durchaus friedlich beieinander. Meine Damen und Herren, wir haben uns eingehend mit den Leitern und führenden Mitarbeitern der zuständigen Behörden über unsere Sicherheitslage unterhalten, auch über das Thema Radikalismus rechts, Radikalismus links. Meine Damen und Herren! Die Sozialdemokraten haben keinen Protest erhoben, als der zuständige Behördenleiter, der sicherlich kein Freund der Union ist, erklärte, es gebe in der ganzen Bundesrepublik nach den Ermittlungen des Amtes etwa 900 Sympathisanten auf der rechtsradikalen Seite, davon 100 als harten Kern, meistens jugendliche Wirrköpfe. Daher gebe es von der Seite her zwar die Notwendigkeit, wachsam zu bleiben, aber es gebe von dort her keine akute Gefahr. Ganz anders, meine Damen und Herrn, sieht es auf der linken Seite aus. Dabei ist die KPD heute ja bemüht, sich das Mäntelchen der Legalität zu geben, und wir müssen sehr achtsam sein, daß wir nicht einem Trick zum Opfer fallen, dem die Staatsmänner der Weimarer Republik bei Hitler zum Opfer gefallen sind. Ich habe es in diesen Tagen nachgelesen: Im Leipziger Prozeß ist Hitler als Zeuge aufgetreten, in einem Prozeß, der gegen drei Reichswehroffiziere wegen nationalsozialistischer Umtriebe im Jahre 1930 ablief. Und hier trat Hitler an und erhob die Hand zum Schwur und sagte: Er habe eine Revolution am 9.November 1923 versucht, er habe dafür gesessen, er habe seine Strafe abgebüßt, und er schwöre, daß er sich in Zukunft nur noch legaler Mittel für die Eroberung der Macht bedienen wolle. Das hat man ihm geglaubt. Keiner hat ihn gefragt: Wie schaut's denn danach aus, wenn Sie legal mit etwas Nachhilfe an die Macht kommen? Was geschieht dann? Hitler hat es selbst enthüllt; er sagte im Prozeß: Dann werden wir den Staat umgestalten. Er hat wörtlich erklärt: Dann werden die Köpfe rollen, aber wir werden nur mit legalen Mitteln zur Macht streben und die Macht übernehmen. Heute sagen die Kommunisten, die KPD:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wir erkennen das Grundgesetz an. Meine Damen und Herren, ihr Versuch ist offenkundig, die Formeln des Grundgesetzes, die Formulierungen des Grundgesetzes ihres begrifflichen Inhalts zu berauben und sie mit marxistisch-leninistischem Inhalt zu füllen. Wir müssen, sehr, sehr achtgeben, daß nicht durch Verwendung demokratischer Grundbegriffe, die aber mit einem gegensätzlichen Inhalt in der kommunistischen Ideologie und ihrem Sprachgebrauch gefüllt werden, der Mantel der Legalität vorgetäuscht wird, während in Wirklichkeit damit die Illegalität vorbereitet wird.

Meine Damen und Herren, aber - und das habe ich aus der gleichen Quelle - am gefährlichsten sind die Roten Zellen an unseren Universitäten. Die zuständigen Behörden sind der Meinung, daß 10 % im Minimum bis 15 % im Maximum unserer Studenten den Roten Zellen angehören. Und die Roten Zellen bekennen sich offen zur Revolution , bekennen sich offen zum Umsturz unserer Gesellschaft, sie arbeiten unentwegt an diesem Ziel. Und häufig sind die Roten Zellen nur eine Übergangsstation zu revolutionären Gruppen oder zu Baader-Meinhof-Bande-ähnlichen Gruppierungen. Dannrechnen Sie, meine Damen und Herren! Gehen wir aus von einer halben Million Studenten in der Bundesrepublik - es sind wahrscheinlich sogar schon mehr - und dann rechnen Sie das Minimum: 50 000 grundsätzliche Feinde unserer demokratischen Ordnung auf dem Marsch durch die Institutionen! Manche werden sich bessern, werden sich ändern, viele werden sich nicht ändern, sie versuchen aufzutauchen als Richter, als Polizeibeamte, als Verwaltungsbeamte, als Lehrer, als Professoren. Und da sollen wir, meine Damen und Herren, dann noch Vorschub leisten, daß Mitglieder der DKP oder Mitglieder anderer, weil nicht verbotener Organisationen dann in den öffentlichen Dienst zugelassen werden sollen!

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Radikalenerlaß. Radikal kann ein jeder sein. Es gibt auch eine Radikalität für das Gute.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Das wird sicherlich nicht verboten. Und es gibt bei uns keine Berufsverbote. Aber daß unsere Jungsozialisten und Jungdemokraten und ein wachsender Teil der SPD und große Teile der FDP das Reizwort, die Kampfparole der kommunistischen Propaganda "Berufsverbote" übernommen haben - das Wort "Berufsverbot" ist ein Wort der psychologischen Kriegsführung, das Wort "Berufsverbot" täuscht einen Zustand vor, den es gar nicht gibt, das Wort "Berufsverbot" ist ein gefährliches Gift - , darum geht es. Ich wiederhole nocheinmal: Wir werden alles tun, um Feinde unserer demokratischen Ordnung aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten. (Beifall) Wir erlauben nicht, meine Damen und Herren, daß unsere Kinder ihnen ausgeliefert sind, wenn sie sich in das Lehramt eingeschlichen haben, daß unsere Justiz in ihre Hände gerät, daß unser Sicherheitsapparat von ihnen durchdrungen wird. Und ich wage es auch zu sagen, meine Damen und Herren, in der Stunde der Not, wenn es einmal zu einem ernsten außenpolitischen Konflikt kommen sollte, den sicherlich wir nie provozieren, nie begünstigen werden, mit allen Mitteln verhindern wollen, dann können auch solche Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die keine Hoheitsbefugnisse haben, als Lokomotivführer, als Weichensteller, als Beamte oder Angestellte im nachrichtentechnischen Dienst noch gefährlicher sein, als z.B. kommunistische Akademiker im Bibliotheksdienst sind. Hier sind wir um der Freiheit und Sicherheit unserer normalen Bürger willen verpflichtet, wachsam zu sein.

Meine Damen und Herren, die gleiche Diskussion, wie wir sie heute haben, gab es Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre, und da hieß es auch, man müsse Nationalsozialisten in den öffentlichen Dienst aufnehmen. Es ist geradezu beklemmend, wie dieselbe Diskussion jetzt wieder mit denselben Argumenten betrieben wird. Es hat keinen Sinn, z.Zt. auf den Rechtsradikalismus einzuhausen, weil es keinen gibt, und darum sucht man einen Ersatzrechtsradikalismus durch Denunziation und Diffamierung

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

der CDU und CSU, der stärksten politischen Kraft in unserem Land. Und das sollen die Bürger sich verbieten. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden keinen Vorschub leisten. Im Gegenteil, wir werden auch in Zukunft, auch wenn andere grollen, auch wenn die Machthaber in Ostberlin grollen und auch wenn Moskau die Stirn runzelt - und ich sage es nicht nur hier; ich habe es auch anderswo schon gesagt -, die falsche Legende von zwei deutschen Nationen nie und nimmer akzeptieren. (Beifall) Es gibt keine zwei deutschen Nationen. Es gibt eine einzige deutsche Nation. Es gibt weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Nation. Das sind Surrogate; das sind Politprothesen derer, die ein schlechtes Gewissen haben. Wir werden, meine Damen und Herren, die Einheit nie aus dem Auge verlieren, und wir wissen ganz genau, daß wir sie weder durch Kapitulation vor dem Kommunismus noch durch Krieg verwirklichen können und dürfen und niemals werden. Und wir werden den Kampf führen mit den Mitteln, mit den Waffen der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Menschlichkeit und der überzeugenden Überlegenheit unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. (Beifall) Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir glauben an das eine Deutschland, und dieses Deutschland hat das gleiche Recht auf Selbstbestimmung wie alle anderen Völker. (Beifall) Man hat mir gesagt: "Sie wollen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ändern." Meine Antwort war: Ich weiß ganz genau, weil ich 6 Jahre im Krieg war, vom ersten Tag bis zum letzten, und weil ich auch bei der 6.Armee im Stalingrad-Einschließungsring war, daß wir den Krieg militärisch total verloren haben. Nur ein Narr oder ein Verbrecher könnte, was andere sagen, versuchen, aus einer Niederlage einen Sieg zu gestalten. Ich bin ein großer Bewunderer Talleyrands, ich habe leider nicht seine Fähigkeiten, hoffentlich auch nicht sein Schicksal. Talleyrands Aufgabe war es nach eigener Darstellung, nach den Napoleonischen Kriegen zu retten, was von Frankreich zu retten war. Und die Aufgabe von uns Nachkriegspolitikern ist es, von

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Deutschland zu retten, was zu retten ist. (Beifall)

Ich habe kein Verständnis für das in Siegeschampagnerlaune im Oktober 1969 gesprochene Wort: "Mit meiner Wahl zum Kanzler hat Deutschland erst den Krieg verloren", wie es damals gesagt worden ist. Wir haben den Krieg verloren. Wir wissen, wer ihn begonnen hat. Ob Hitler den zweiten Weltkrieg wollte oder nicht, ist unerheblich; der Marschbefehl gegen Polen hat den Weltkrieg ausgelöst. Ein verantwortlicher Staatsmann hätte das wissen müssen. Er war das Gegenteil von dem. Aber, meine Damen und Herren, es ist nicht unsere Aufgabe, die deutsche Niederlage jeden Tag von neuem zu zelebrieren, den Siegern immer neue Geschenke zur Kapitulation zusätzlich anzubieten. Unsere Aufgabe ist es, von Deutschland zu retten, was zu retten ist, auch gegen die neue Ostpolitik. (Beifall) Ich verbinde dieses Ziel mit dem durch nichts zu bestreitende Bekenntnis, daß wir bereit sind, die nationale Souveränität Deutschlands in eine übernationale europäische Ordnung einzubringen. Wir haben beide Ziele immer mit gleicher Leidenschaft verfolgt. Und, meine Damen und Herren, ich wage noch mehr zu sagen: Die Russen und die Deutschen haben immer gut gelebt, wenn sie miteinander in Frieden waren, wenn sie sich gegenseitig anerkannt haben, wenn sie gegenseitig Gerechtigkeit geübt haben und wenn sie vernünftig zusammengearbeitet haben. Und beiden Völkern ist es hundsmiserabel ergangen, ob in den napolionischen Kriegen, ob im ersten Weltkrieg, ob im zweiten Weltkrieg, wenn sie gegeneinander Krieg geführt haben.

Ich weiß, wie ernst die Russen ihr Sicherheitsbedürfnis gegenüber der Bundesrepublik einschätzen oder überhaupt gegenüber Europa als NATO-Verantwortungsgebiet einschätzen. Wir bieten Ihnen jede Garantie, daß von deutschen Boden aus niemals mehr ein Angriff gegen einen Nachbarn oder einem Nachbarn im übertragenen Sinn des Wortes mehr stattfinden wird. Wir könnten die Spannungen, die künstlich erzeugt sind, jederzeit aus der Welt schaffen,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

wenn wir eines erleben würden: daß die Staatsmänner des Kremel begreifen, daß eine Änderung ihrer Haltung zu Deutschland in seiner Gesamtheit für beide Völker ein wahrer Frühling wäre, die Morgenröte einer neuen Zeit wäre. (Beifall) Das, meine Damen und Herren, was für uns dumpfe und schreckliche Erinnerung an zwei Weltkriege war und ist und das, was schüchterne, ängstliche Vorahnung künftiger Konflikte ist - diese Wolken würden vom Horizont der Vergangenheit wie der Zukunft verschwinden, wenn Moskau endlich begreifen würde, daß 70 Millionen Freunde mehr wert sind als 17 Millionen Geiseln. (Beifall)

Wir sind keine Revanchisten, wir sind keine Kriegshetzer, wir sind keine Nationalisten; wir wollen die volle Aussöhnung mit allen Kriegsgegnern, auch mit unseren russischen Nachbarn im übertragenen Sinn des Wortes. Deshalb, meine Damen und Herren, darf ich an das Wort des Kardinals Graf von Galen erinnern: Iustitia est fundamentum regnorum. Ich möchte auch sagen: Iustitia est fundamentum pacis, die Gerechtigkeit ist die Grundlage des Friedens. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Bundesminister sagte vor kurzem, es sei nicht möglich, die "DDR" zum Anschluß an die Bundesrepublik zu bringen, das Grundgesetz auf die DDR zu übertragen. Wer sagt denn das, meine Damen und Herren? Im Grundgesetz stehen viele Dinge drin, wie die Regelung für den Ausbau unserer Wirtschafts- und Sozialordnung, unseres Verkehrswesens und was auch immer. Im Grundgesetz, meine Damen und Herren, stehen auch Dinge, die in jeder Verfassung stehen müssen, nämlich der Katalog der Grundwerte, der Grundrechte und der Grundfreiheiten. Und wenn wir an Deutschland in Europa denken, wünschen wir leidenschaftlich, daß diese Grundwerte, Grundrechte und Grundfreiheiten allen Europäern, den Menschen im anderen Teil Deutschlands und den Menschen in allen europäischen Ländern zugute kommen. Diese Grundwerte, Grundrechte und Grundfreiheiten sind nicht disponibel; der Staat kann sie nicht gewähren, der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Staat kann sie nicht wegnehmen. Diese Grundwerte, Grundrechte und Grundfreiheiten sind überverfassungsmäßig; sie müssen in der Verfassung aufgeführt sein. Der Staat hat sie zu schützen, er hat ihre Einhaltung zu garantieren. Und gerade ein liberaler Staat muß ein starker Staat sein, damit er die Bürger gegen Rechtsbrecher von innen und außen beschützen kann.

Und so, meine sehr verehrten Damen und Herren, stehen wir heute - das möchte ich im letzten Teil meiner Rede sagen - auch in einem anderen Jubiläum, dem 30jährigen Jubiläum der Einführung der DM und der Marktwirtschaft. Ich habe eingangs meiner Ausführungen schon darüber gesprochen. Eigentlich möchte man meinen, daß es keine Diskussion mehr über Richtigkeit oder Unrichtigkeit des marktwirtschaftlichen Systems geben könnte. Denn noch niemals, meine Damen und Herren, hat eine Reform so durchschlagend, so überzeugend, so nachhaltig gewirkt wie die Folgen der Politik, die wir im Juni 1948 mit einigen kühnen Entschlüssen eingeleitet haben. (Beifall) Meine Damen und Herren, Einigkeit und Recht und Freiheit sind mit dem Namen Konrad Adenauers untrennbar verbunden. Aber wirtschaftlicher Fortschritt, materieller Aufstieg, Eigentum für alle, eine menschenwürdige Gesellschaft sind untrennbar mit dem Namen Ludwig Erhard verbunden. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wenn man in der politischen Diskussion der letzten Jahre bis heute die gespenstischen Versuche verfolgt, nunmehr auf dem Wege der Systemdiskussion in die Anfänge der Systemänderung einzutreten, dann möchte ich fragen: Ja, wer will denn das? Meine Damen und Herren, man lese die Beschlüsse des SPD-Parteitags, man sehe dieses merkwürdige Theater auf dem DGB-Kongreß in Hamburg: Zuerst wird die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Banken und der Versicherungen beschlossen; in der Nacht merken sie, daß die Zeit dafür noch nicht reif ist, daß es eine Menge negativer Propaganda gibt; am nächsten Tag heben sie es mit derselben Mehrheit wieder auf, wie sie es am Tag vorher beschlossen haben. Ist das wirklich Ernsthaftigkeit

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

und Verantwortung oder heben sie die Hand in dem Augenblick, wo es die Obrigkeit des Verbandes vorschlägt? Meine Damen und Herren, es ist aber keine Aufhebung; wir lassen uns nicht täuschen. Das ist kein strategischer Rückzug, das ist nur ein taktischer Rückzug. Diese Forderung kommt wieder: Investitionsplanung, Investitionslenkung, Investitionskontrolle, Strukturräte, sowohl für die öffentliche Hand wie auch für die private Wirtschaft.

Meine Damen und Herren! In der Diskussion, die ich beim Europäischen Management-Forum in Davos vor kurzen hatte, saß mir gegenüber ein ehrenwerter Gentleman aus Holland, langjähriger Vorsitzender der sozialistischen Partei, der mehrjährige Ministerpräsident den Uyl. Man kann nur sagen: Nichts vergessen und nichts dazugelernt: Der Markt sei am Ende angelangt, der Markt habe in der Zukunft keine Chance mehr; die Aufgaben, die man dem Markt zugewiesen habe, die der Markt nicht lösen könne, müßten zunehmend vom Staat, von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Meine Damen und Herren, die Äußerungen des Vorsitzenden der IG Druck und Papier, des Herrn Mählein - er ist noch ein Arbeiterführer, hinter dem aber noch ein Einpeitscher steht, der vorhin erwähnte Dr.Hensche - , gehen dahin, man müsse in der Zukunft immer mehr trennen Privateigentum von Verfügungsgewalt. Das heißt, auf ein einfaches Beispiel übertragen, ich darf ein Auto kaufen, die Steuer bezahlen, die Versicherung bezahlen, Reperaturen bezahlen, aber fahren darf ich nicht damit, fahren darf ein anderer. Das ist der Übergangszustand, bis das Auto dann sozialisiert wird. Dann sagte er, wir können uns den Luxus privater Unternehmungen nicht mehr leisten. Meine Damen und Herren, hier kommt wieder das ganze heulende Elend des Steinzeitsozialismus zutage. (Beifall)

Ich habe gestern in ein paar Sätzen in der nächtlichen Stunde am Marienplatz vor dem Rathaus an die Wand gemalt, wie ich im

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Juli 1945, aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, zum erstenmal wieder München gesehen habe, wo man vom Marienplatz aus durchgesehen hat über das nicht mehr vorhandene Siegestor bis weit nach Norden hinaus, wo viele Millionen Kubikmeter Schutt vom sog. Ruinenschleicher abtransportiert sind, einer kleinen Lokalbahn, wo ein paar mit Holzgas betriebene Fahrzeuge sich mühsam durch München gequält haben, wo die Menschen, meine Damen und Herren, voller Angst, Not und Furcht und Hunger, in kalten Wohnungen sitzend, von Lebensmittelmarken lebten, die zum Sterben gerade noch zu viel waren, aber zum Leben längst zu wenig waren.

Meine Damen und Herren, gerade heute an diesem 17.Juni 1978, sei es erlaubt, daran zu erinnern, daß uns damals, als wir die ersten politischen Schritte unternehmen durften - und die meisten, die das getan haben, sitzen heute nicht mehr hier, weil sie längst unter der Erde sind; es ist eine kleine Zahl noch, die alten Kämpfer von damals - eine schreckliche Vorstellung erfüllte, nämlich die Vorstellung, daß dieses überfüllte Westdeutschland mit 3 Besatzungsmonen, amerikanisch, französisch, englisch, das am Ende des Krieges schon mehr Menschen hatte als zu Beginn des Krieges, weil die Kriegsverluste längst durch Zuwanderung, Flucht und Vertreibung mehr als ausgeglichen waren, daß dieses kleine Deutschland, das noch 10, 12 Millionen Menschen aufnehmen mußte, sich in einer aussichtslosen Lage befand. Der Produktionsapparat lief noch zu 15 bis 20%, das Transportsystem war lahm gelegt. Die Handelsflotte war versenkt oder beschlagnahmt, der Außenhandel lag in den Händen der Alliierten, wir waren von den Weltmärkten verdrängt. Es ist nicht vorstellbar, wie die Menschen damals vegetiert haben. Ich möchte nicht diese Bilder des Grauens an die Wand malen genauso wenig wie ich die Bilder des Krieges der Jugend etwa soz. als Horrorlektüre empfehlen möchte. Aber, meine Damen und Herren, vergessen soll auch die kommende Generation nicht, wohin schlechte, verantwortungslose und unsittliche Politik führen kann. Wir haben es in unserer Generation am eigenen Leibe erlebt. (Beifall) Und wir haben Angst gehabt, daß eine Massenarbeitslosigkeit in diesem zer-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

störten Deutschland unausbleiblich sein wird. Wir hatten das Bild von 1931, 1932, 1933 vor Augen. Hitler wäre doch nicht an die Macht gekommen, wenn nicht Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit ihm Millionen von Wählern zugetrieben hätte.

Man kann doch nicht von den deutschen Wählern des Jahres 1933 - meine Familie gehörte nicht dazu und ich war zu jung - erwarten, daß sie politisch gescheiter waren als die größten Würdenträger des Auslandes, die damals Hitler ihre Reverenz erwiesen, tiefe Bücklinge vor ihm gerissen haben, voller Bewunderung sich ihm genähert haben. Die wußten ja auch nicht, was Hitler tun wird, und daß er Deutschland zerstören wird.

Und deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, hatten wir damals in den Nachkriegsjahren eine Riesenangst, daß ein kleines, von hungernden, arbeitslosen, verelendeten Menschen überfülltes Deutschland zwangsläufig wieder dem Radikalismus verfallen könnte. Nur wäre diesmal, meine Damen und Herren, der erntende Sieger nicht ein zweiter Hitler geworden, der erntende Sieger wäre Stalin geworden. Und ich bringe meinen Verdacht nicht los - ich habe es schon damals gesagt, wo es noch gefährlich war, es zu sagen - , daß die erste Phase der russischen Nachkriegspolitik, die auf die totale Verelendung der Deutschen ausging, den hintergründigen Zweck verfolgte, die Deutschen durch Not, Elend und Hunger in den Radikalismus und damit in die Arme des Bolschewismus zu treiben. (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deshalb haben wir im Jahr 1948 in dem zweiten Schub des Wirtschaftsrats, wo die Währungsreform vor der Tür stand, wo auch schon der Parlamentarische Rat tagte, die Konturen des Grundgesetzes sichtbar wurden, uns gefragt: Welches wirtschaftliche Ordnungssystem? Wir können hier nicht ein Traumschloß errichten. Wie können wir wieder

Hergestellt im Archiv für Christliche Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Werte schaffen, Substanz produzieren? Wie können wir Einkommen schaffen, Eigentum schaffen? Wie können wir den Menschen wieder menschenwürdige Wohnungen geben? Wie können wir ihnen wieder genug Heizmaterial verschaffen? Wie können sie wieder satt werden und wie kann die Jugend wieder ohne Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit in die Zukunft blicken? Meine Damen und Herren, ich möchte keine Einzelheiten nennen, aber einen lapidaren Satz sagen: Wenn man in der Zeit von 1948 mit den damaligen Zuständen - die ich nur unvollkommen geschildert habe - sich zur Marktwirtschaft bekannt hat gegen den wütenden Widerstand der Sozialdemokraten und der Kommunisten - und ich kenne diese Redeschlachten im Wirtschaftsrat und im Bundestag in jenen Jahren noch sehr genau aus eigener Erinnerung, zum Teil auch aus eigener Teilnahme - mit diesem System innerhalb von 5 Jahren die Arbeitslosigkeit beseitigt hat, innerhalb von 10 Jahren, meine Damen und Herren, den Wiederaufbau im ganzen und großen abgeschlossen hatte und innerhalb von 15 Jahren das halbe Deutschland mit drei Viertel der Menschen ein größeres Sozialprodukt hatte als England oder Frankreich - in all den Friedenszeiten vor dem ersten Weltkrieg und zwischen den beiden Weltkriegen hatte das große Deutsche Reich ein kleineres Sozialprodukt als England oder Frankreich - und das halbe Deutschland mit drei Viertel der Menschen ist die stärkste Wirtschaftsmacht Europas geworden, hat das bestausgebaute Sozialsystem der Welt und ist nach Amerika der stärkste Handelspartner auf allen Weltmeeren und auf allen Weltmärkten - , meine Damen und Herren, dann ist das kein Zufall. Ich sage auch nicht, das ist das große Geschenk der CDU/CSU an das arme deutsche Volk. Wir leben ja im Volk und mit dem Volk. Aber wir haben die richtige Politik betrieben mit einem tüchtigen, fleißigen, trotz Krieg und Nachkriegszeiten in seinem Lebensmut ungebrochenen deutschen Volk, mit dem zusammen! (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wenn Größenordnungen der damaligen Dimension mit der sozialen Markt-wirtschaft bewältigt werden

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

konnten, mit ihrer freien Wahl des Arbeitsplatzes, der freien Wahl des Verbrauchs, mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln, mit freier unternehmerischer Investitionsentscheidung, mit Wettbewerb, mit Leistung und Sinngebung für Leistung; wenn man, meine Damen und Herren, aus dem größten Ruinenhaufen der Weltgeschichte in diesem Teil Deutschlands die modernste Demokratie, die liberalste Gesellschaft und die wirkungsvollste und leistungsfähige Ordnung schaffen konnte, warum sollten wir eigentlich dieses System abschaffen?

Aber jetzt kommen sie wieder, die roten Systemveränderer, wie die Ratten aus allen Löchern heraus. Warum? Meine Damen und Herren, weil es einige wirtschaftliche Probleme gibt, die es nicht gäbe, wenn die nicht 8 Jahre regiert hätten. (Beifall) Und weil sie mit den von ihnen selbst geschaffenen Problemen nicht fertig werden, verlangen sie, daß wir die freiheitlichste und sozialste Ordnung der Weltgeschichte und der Weltpolitik - das ist nun einmal die Bundesrepublik - abschaffen sollen, weil sie in ihrer hoffnungslosen Verbortheit, Vernarrtheit, Besessenheit und Rückständigkeit immer die Wirklichkeit der Ideologie anpassen wollen, statt ihre Pläne und ihre Politik der Wirklichkeit anzupassen. (Beifall)

Meine Damen und Herren, der liebe Gott ist kein Sozialist; denn er hat die Menschen so ungleich geschaffen. Und deshalb hat es auch keinen Sinn, von "Chancengleichheit" zu reden. Was wir brauchen, ist Chancengerechtigkeit, daß bei uns jeder, ob arme Eltern oder reiche Eltern ihn auf die Welt gebracht haben, ob er im Bayerischen Wald oder in München aufgewachsen ist, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten das werden kann, was er will, und wozu seine Fähigkeiten ausreichen. Meine Damen und Herren, wenn wir heute alles Vermögen, alles Eigentum, auch alles Ein-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

kommen verteilen und dann den Leuten wieder freien Lauf geben würden, wäre es nach 5 Jahren genau so wie heute. Die Menschen sind nun einmal ungleich. Die einen sind gescheit; die anderen sind weniger gescheit. Dumme gibt's ja nicht. Die einen sind fleißig, die anderen sind faul. Die einen geben das Geld mit der leichten Hand aus, die anderen, wie die Schwaben mit Häusle baue, sparen; die sparen es sich vom Mund ab, machen Konsumverzicht. Die ~~anderen~~ einen sind ein bißchen letscherter, die anderen sind ein bißchen energischer. Darum, meine Damen und Herren, müssen wir von der Gerechtigkeit reden, genau so wie es zwischen den Geschlechtern Gleichberechtigung geben muß, aber doch nicht totale Gleichheit geben kann. Diese Gleichheitsfanatiker machen doch die Welt allmählich zur Hölle! (Beifall) Sie versprechen das Paradies auf Erden, sie versprechen die totale Gerechtigkeit, sie versprechen die absolute Glückseligkeit. Sie verhätscheln schon die Kinder in der Schule, um sie mit Glückseligkeitsansprüchen zu erfüllen. Sie hetzen sie auf gegen die Schule, gegen die Eltern, gegen die Lehrer, gegen die Kirchen, gegen alle die gewachsenen Autoritäten, gegen alle selbstverständlichen in der Gesellschaft notwendigen Institutionen. Was kommt dann als Produkt dieser Bildung heraus? Krüppel einer neurotischen marxistischen Bildungspolitik kommen heraus! (Beifall)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir keinen Grund, das System zu ändern. Wir haben nur einen Grund, diejenigen, die das System verhunzt und funktionsunfähig gemacht haben, zum Teufel zu hauen. (Beifall) Meine Damen und Herren, was würde man von einem sagen, der einem hochqualifiziertem Rennpferd die Vorderbeine zusammenbindet, es dann mit dem Lastwagen auf die Trabrennbahn bringt und von ihm einen Sieg verlangt, und anschließend dann das Pferd haut, weil es nicht den Sieg gewonnen hat? Meine Damen und Herren, unser Rennpferd der sozialen Marktwirtschaft ist heute noch genau so leistungsfähig, wie es damals war. Mit den heute gegebenen wirtschaftlichen

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Problemen werden wir in absehbarer Zeit wieder fertig werden, wenn das System wieder funktionsfähig wird, wenn die Rahmenbedingungen wieder stimmen.

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, daß der unerträgliche Anstieg des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt angehalten und allmählich auch wieder auf eine erträgliche Grenze abgebaut wird. (Beifall) Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, daß der verbale Bürgerkrieg, den die Linken bei uns entfesselt haben, mit der Diffamierung ganzer gesellschaftlicher Schichten, selbstverständlich auch der Opposition, aufhören muß. Wir haben Schuld an ihrem Versagen. Schuld sind die Hauptbesitzer. Schuld waren alle Unternehmer, schuld waren die Makler, die Zahnärzte, die Ärzte, die Apotheker. Keiner ist verschont geblieben, jeden hat die rote Rasur erreicht; jeder ist vom roten Rasenmäher einmal erfaßt worden. Siehe die Aktion "Gelber Punkt". Da hieß es, die Unternehmer würden uns zuliebe die Preise hochtreiben oder wir würden die Unternehmer aufhetzen, keine Lohnerhöhungen zu gewähren.

Meine Damen und Herren, es gibt einen einzigen, der mit seinen Mitarbeitern, mit seinen Konsorten eine Gefahr für die innere Sicherheit geworden ist, das ist Willy Brandt, (Beifall) wenn er sagt, die Union dürfe nicht an die Regierung kommen, sie sei ein Sicherheitsrisiko nach innen und nach außen. Meine Damen und Herren, was hätten die aus unserem funktionierendem wirtschaftlichen Ordnungssystem, aus unserer harmonisch ausgewogenen und immer auf Fortschrittspfad befindlichen Gesellschaft gemacht, wenn wir ihnen nicht in den Arm gefallen wären? Daß Deutschland nicht schon heute ein total verändertes Gesicht hat, das verdanken die Deutschen, das wage ich einmal zu sagen, der CDU und der CSU, weil wir den sozialistischen Veränderern in den Arm gefallen sind. (Beifall) Gäbe es diese verteufelte denunzierte, diffamierte Opposition nicht, hätten die Roten

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

meine Damen und Herren, freie Hand gehabt in der Umgestaltung des Staates, in der Umgestaltung der Gesellschaft, dann könnte man allerdings sagen: Gebt uns 10 Jahre Zeit, und ihr kennt Deutschland nicht mehr wieder!

Meine Damen und Herren, wir nehmen unsere Aufgabe ernst; wir nehmen unsere Aufgabe in jeder Hinsicht ernst. Ich weiß, der Bundeskanzler war mir böse, weil ich ihm Bruch des Amtseides vorgeworfen habe in meiner Bundestagsrede im Januar dieses Jahres. Er hat sich dann beschwert. Er hat sich beschwert beim Bundestagspräsidenten, beim Bundespräsidenten, bei den Wirtschaftsführern und bei den katholischen Bischöfen. Meine Damen und Herren, es geht nicht darum, Komplimente auszuteilen. Das politische Leben besteht nicht aus Höflichkeitsphrasen. Selbstverständlich soll das politische Leben nicht in ein Rüpelspiel entarten, aber man muß die Dinge beim Namen nennen, wenn man vom Bürger ernst genommen werden will. Wenn ich daran denke, was während der schrecklichen Mordserie des letzten Jahres alles an Erklärungen und Ankündigungen kam und wie dann die Verwirklichung in den ersten Monaten dieses Jahres ausgesehen hat! Meine Damen und Herren, es ist ein ganzer Katalog - Alfons Goppel hat ihn zum Teil aufgezählt, ich brauche ihn nicht zu wiederholen - von wirksamen Maßnahmen, die wir vorgeschlagen haben. Wir hatten erst in dieser Woche im Bundestag wieder eine Debatte. Helmut Schmidt weigert sich nach wie vor, für Terroristen, die eine längere Haftstrafe verbüßt haben, die Möglichkeit der Sicherungsverwahrung vorzusehen. Er weigert sich nach wie vor, die Überwachung des Verkehrs zwischen Verteidiger und seinen Mandanten - bei terroristischen Häftlingen ist es ja nur gedacht - vorzusehen. Und er lügt nach sich selber an; denn er ist ja unserer Meinung. Denn er muß so tun, als ob er anderer Meinung wäre, damit die Linken in seiner Partei ihn nicht fallen lassen. Nun, meine Damen und Herren - ich sage es auch hier - heißt der Amtseid im letzten Teil: "Nutzen zu mehren und Schaden zu wenden" und er hat nicht den Zusatz:

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

"soweit es die innerparteilichen Verhältnisse der SPD erlauben". (Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben keinen Grund, heute, an diesem Tag des Gedenkens, am 25. Jahrestag der Erhebung in Ostberlin, die Grundsätze unserer Deutschlandpolitik zu ändern. Wir haben in der CSU-Landesgruppe in Bonn ein Papier erarbeitet, das verbindlich für die Partei, verbindlich für unsere Selbstdarstellung die Grundsätze der Deutschlandpolitik, die Grundsätze der Ostpolitik darlegt. Wir, meine Damen und Herren, wollen die Versöhnung, aber die Versöhnung in Wahrheit, Versöhnung auch auf dem Boden der geschichtlichen Wahrheit.

Und wenn die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft uns in Bayern vorwirft, wir würden eine CSU-Bildungspolitik treiben, weil wir z.B. die Empfehlungen der deutsch-polnischen Schulbuchkommission nicht annehmen wollen: Meine Damen und Herren, wir werden uns in Bayern bemühen, einen guten Geschichtsunterricht zu behalten und ihn noch zu verbessern. (Beifall) Ich bin ein fanatischer Anhänger der geschichtlichen Wahrheit, der geschichtlichen Wahrheit, die es nicht erlaubt, die dunklen Kapitel der deutschen Geschichte zu leugnen, das, was uns heute noch mit Scham erfüllt, etwa einfach zu streichen und etwa nur das Gute, das Leuchtende, das Angenehme, das Glänzende in unserer Geschichte beizubehalten. Nein, die volle Wahrheit muß auf den Tisch! Die volle Wahrheit würde heißen, meine Damen und Herren, daß am Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine Reihe europäischer Mächte beteiligt waren, nicht allein die Deutschen. Jeder hat einmal Falsches gemacht oder etwas Entscheidendes unterlassen und damit den Ausbruch des Krieges begünstigt. Es ist eine geschichtliche Lüge gewesen, die man uns in der Weimarer Republik erzählt hat: Im Felde unbesiegt, von der Heimat verraten, die Dolchstoßlegende, mit der man die Innenpolitik der Weimarer Republik vergiftet hat. Wir sind geschlagen worden auch im Ersten Weltkrieg, nicht weil wir die

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

schlechteren Soldaten waren, sondern weil die anderen mächtiger und stärker waren als wir. Meine Damen und Herren, es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß die Reparationen, die von ihnen mitbegünstigte Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit entscheidend zur Machtübernahme Hitlers beigetragen haben. Es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß das Ausland, meine Damen und Herren, Herrn Hitler große Hilfe geleistet hat, seine Politik zu verwirklichen.

Es ist eine geschichtliche Wahrheit, meine Damen und Herren, daß Hitler mit dem Angriffsbefehl gegen Polen den Zweiten Weltkrieg ausgelöst hat. Es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß er ihn bis zum bitteren Ende verbrecherisch und gewaltsam fortgesetzt hat. Es ist eine bittere Wahrheit, daß in dieser Zeit Millionen von Verbrechen durch Deutsche im deutschen Namen begangen worden sind. Es ist aber auch eine geschichtliche Wahrheit, meine Damen und Herren, daß unzählige Verbrechen an Deutschen und ihren Verbündeten begangen worden sind. Auch das gehört zur geschichtlichen Wahrheit. (Beifall)

Es ist eine geschichtliche Wahrheit, meine Damen und Herren, daß die Amerikaner leider ohne militärische Notwendigkeit halb Europa den Russen überlassen haben. (Beifall) Es ist eine geschichtliche Wahrheit, meine Damen und Herren, daß die Folge der amerikanischen Ostasienpolitik in Vietnam zu schrecklichen Ergebnissen geführt hat, und es ist eine geschichtliche Wahrheit, daß in Afrika etwas Ähnliches eintreten wird, wenn nicht die Wende herbeigeführt wird.

Wir wollen die volle geschichtliche Wahrheit, und darum erlauben wir auch nicht, daß unsere Kinder einen Geschichtsunterricht erhalten, in dem die gewaltsame Vertreibung aus Polen, bei der 600 000 Menschen ums Leben gekommen sind, als "Bevölkerungstransfer" dargestellt wird. (Beifall) Wir wollen nicht, meine Damen und Herren, daß unsere Kinder einen Geschichtsunterricht

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

erhalten, in dem die Deutschen die Spitzbuben vom Dienst und die anderen die lichtvollen Engel mit Dauerleistung sind. Wir wollen keinen Geschichtsunterricht, meine Damen und Herren, in dem den Kindern die Tatsache des Hitler-Stalinpaktes vorenthalten wird. Wir wollen die volle geschichtliche Wahrheit; sie muß auf den Tisch, meine Damen und Herren. Dann wird es wieder möglich sein, daß die Völker vorurteilsloser, wahrheitsgemäßer und ehrlicher miteinander leben, als wenn die Lebenslüge dauernd fortgesetzt wird. Wir müssen auch, meine Damen und Herren, daran denken - und da bitte ich gerade diejenigen, die für Rundfunk und Fernsehen Verantwortung tragen, das zu bedenken, daß endlich einmal auch mit der ewigen antideutschen Propaganda, die unter scheinheiligen Vorwänden, zum Teil aus Geschäftemacherei, zum Teil mit hintergründigen Zielsetzungen betrieben wird, ein Ende gemacht wird. (Beifall)

Und, meine Damen und Herren, weil wir so denken, brauchen wir weder unsere Deutschlandpolitik noch unsere Ostpolitik zu ändern. Wir brauchen auch nicht unsere Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zu ändern; wir müssen sie nur wieder durchsetzen können. Unser Vorteil ist, meine Damen und Herren, daß wir unsere Politik nach Geschichte, Geographie und menschlicher Natur gestalten, und daß wir nicht die natürlichen Gegebenheiten und das Wesen des Menschen in das Zwangsbett einer Ideologie pressen wollen.

Meine Damen und Herren, solange wir dem Bürger überzeugend und glaubwürdig das Gefühl geben, daß wir ihm aufs das Maul schauen, daß wir ihn verstehen, ohne ihm immer nach dem Maul zu reden, ohne ihm zu versprechen, was wir nicht halten können, wenn wir die Politik der Wahrheit, der Klarheit, der Ehrlichkeit gegenüber dem Bürger auch da, wo es unbequem ist, betreiben, wenn wir im Rufe stehen, die halten, was sie sagen, wenn wir im Ruf stehen, daß wir nur in den Reihen der Bürger uns selber wiederfinden

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

und uns nicht als Obrigkeit, als Mandatsträger, als Funktionäre betrachten, meine Damen und Herren, die CSU wird nie geschlagen werden, solange wir uns in der Tiefe des Volkes die Verankerung für unsere Politik holen. (Beifall)

Es war nicht Zufall, meine Damen und Herren, daß ich über den politischen Gegner in Bayern nicht gesprochen habe. Denn unsere Aufmerksamkeit gilt selbstverständlich dem Radikalismus links und rechts; unsereAufmerksamkeit, unser politisches Wohlwollen, unsere Fürsorge gilt selbstverständlich den politischen Konkurrenzparteien. Aber viel mehr müssen wir unsere Kraft darauf verwenden, meine Damen und Herren, die richtige Politik zu erarbeiten, dieser Politik treu zu dienen, auf ihrem Wege sichtbar voranzuschreiten und dem Bürger das Gefühl einer unauflöslichen Verbundenheit zwischen ihm und uns zu geben, zwischen ihm und uns als Einheit. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es für uns, wenn wir sagen: "Gott mit dir, Du Land der Bayern", nicht eine Wahlparole.

Wir haben ja erlebt, wie auf einmal die Sozialdemokraten weißblau entdeckt haben. Selbst die Kommunisten haben sich in München noch jüngst der weißblauen Symbole bedient.

Meine Damen und Herren, wir wollen keine Staatspartei sein. Wir sind eine demokratische Volkspartei. Aber wir sind in Bayern die einzige Partei, die wirklich eine Volkspartei ist. (Beifall) Wir sind in Bayern die einzige Partei, für die das Weiß unserer Berge, das Blau unseres Himmels ein Stück politischen Lebens, ein Stück politischer Glaubwürdigkeit, ein Stück politischer Selbstidentifizierung ist. Wir leben auch aus dem kulturellen Erbe Bayerns heraus. Wir leben nicht zuletzt aus der liberalitas christiana heraus, die uns erfüllt. Wir haben uns in Bayern immer der Parole "leben und leben lassen" verpflichtet gefühlt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Die liberali/christiana, meine Damen und Herren, ist für Bayern eine Geschichte gewordene Wirklichkeit. Die liberalitas christiana, die wir auf unsere Fahne geschrieben haben, ist für uns das Symbol unserer Politik.

Meine Damen und Herren, im Herbst dieses Jahres wird die nächste große Entscheidungsschlacht geschlagen. Wir haben begründete Aussicht, sie überzeugend zu gewinnen. Aber wir dürfen keinen Moment bei unserem Sieg vergessen, an 1980 zu denken.

Der Sieg in Bayern muß der Auftakt sein für den Sieg in Bonn. (Beifall) Wenn wir im Laufe der nächsten Jahre immer wieder gedrängt haben, davor gewarnt haben, auf den manchmal doch recht gut gepolsterten Sesseln der Opposition sich allmählich wohl zu fühlen in der Rollenverteilung, daß die anderen den Kanzler und wir den Kandidaten stellen, wenn wir uns mit dem nicht abfinden, dann nicht deshalb, weil es uns nach Regierungsämtern in Bonn drängt. Regierungsämter sind eine harte Verantwortung; sie sind in Bonn noch härter, als sie in Bayern sind - ohne daß ich hier einen unangemessenen Vergleich bringen will. Aber wir wissen, was auf uns zukommt. Wir wissen aber auch, daß mit jedem Jahr, das wir warten müssen, der irreparable Schaden ein Stück größer wird und die Zeit der Heilung dann doppelt so lang dauern wird.

Darum ziehen wir dieses Jahr gemeinsam in den Kampf, ziehen wir in den Kampf für Bayern, damit wir die Politik, für die der Name Alfons Goppel, so wie heute seine Rede auch, symbolisch steht, fortsetzen können, ausbauen können, weitergestalten können. Ziehen wir in den Kampf für Bayern, meine Damen und Herren, weil wir damit Deutschland dienen und weil wir damit auch die europäische Fahne glaubwürdig tragen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eine stolze Geschichte in unserer Partei geschaffen. Aber alle Erfolge der Vergangenheit nützen uns gar nichts. Nach jedem Sieg heißt es,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

den Helm fester binden. Wir haben keine Lorbeeren, auf denen wir uns ausruhen können. Wir haben große Erfolge; aber Erfolge sind Verpflichtung und kein Ruhekissen. Und so, meine Damen und Herren, sollten wir, glaube ich, auch in den Landtagswahlkampf gehen, sollten für den 15.Oktober arbeiten und sollten wissen, daß ein freies Bayern eine Voraussetzung ist für ein freies Deutschland, daß ein freies Deutschland die Voraussetzung ist für ein freies Europa und ein freies Europa die Voraussetzung ist für den Frieden in der Welt. (Lebhafter langanhaltender Beifall)

Tagungspräsident: Herr Landesvorsitzender, nach den zahlreichen Zwischenapplausen und nach dem langanhaltenden und sich immer noch steigerndem Schlußapplaus ist es müßig, noch eine Schlußbemerkung zu machen. Nur eines ist klar: daß der 15.Oktober, der unseren Gegnern viel Sorgen macht, so daß sie jetzt schon propagieren, sie hätten die Wahl gewonnen, wenn wir nur einen Wähler weniger oder nur einen nicht mehr bekämen, der Tag morgen in 17 Wochen wird der klaren Sprache, die Sie sprechen und die wir übernehmen, sicherlich für Bayern und damit für Deutschland ein erfolgreicher Tag im Sinne der von Ihnen angesprochenen Demokratie, Freiheit und Liberalität sein.
(Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine Damen und Herren! Ich darf nun im Namen des Tagungspräsidiums den Vorschlag machen, daß wir die Tagung ohne Unterbrechung fortführen. Der Vorschlag bedingt allerdings, daß Sie nicht durch größere Abwanderungen die nach Ihrem bisherigen Willen so große Delegiertenkonferenz beschlußunfähig machen.

Darf ich zunächst bitten, unter den Anträgen - aus Gründen, die Sie gleich sehen werden - den Antrag des Landesvorstands der CSU zu Gehör zu bringen und zur Abstimmung zu stellen. Er liegt Ihnen vor. Er lautet:

> Heute vor 25 Jahren, am 17. Juni 1953, versuchte die Bevölkerung Mitteldeutschlands das kommunistische Joch abzuwerfen. Nur das Eingreifen der sowjetischen Besatzungsmacht verhinderte den Sieg des Volksaufstandes. Doch die Sehnsucht des ganzen Deutschen Volkes auf ein Leben in Freiheit läßt sich nicht unterdrücken. Der 17. Juni ist ein Symbol für diese Sehnsucht des Deutschen Volkes nach freier Selbstbestimmung, nach Einheit und Frieden.
>
> Im freien Teil Deutschlands wird dieser Tag als nationaler Feiertag verbunden mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft begangen. Wer Hand an diesen nationalen Feiertag legt, der entfernt sich vom Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes und hat das Ziel der Einheit Deutschlands aufgegeben. Die CSU wird einer derartigen Selbstaufgabe der Deutschen Nation entschieden entgegentreten. Für die CSU bleibt es das Ziel deutscher Politik, ein wiedervereinigtes und freies Deutschland auf friedlichem Weg zu erreichen. Der Parteitag unterstützt daher das deutschlandpolitische Grundsatzpapier der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

- Soweit der Antrag des Landesvorstands der CSU. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich um Abstimmung bitten. Heben Sie bitte die Stimmkarte zum Zeichen der Zustimmung. - Danke schön. Stimmt jemand dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag einstimmig angenommen. Ich darf mich bedanken.

Ich darf für einen weiteren Antrag das Wort dem Herrn Staatsminister der Justiz, Dr. Hillermeier, erteilen.

Dr. Hillermeier, Staatsminister der Justiz: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vor wenigen Tagen mit Genugtuung und Erleichterung zur Kenntnis genommen, daß die jugoslawischen Behörden vier von unseren Sicherheitskräften gesuchte terroristische Gewalttäter verhaftet haben. In der Presse sind Vermutungen aufgetaucht, daß Jugoslawien die Auslieferung der Verhafteten ihrerseits von der Auslieferung in Deutschland lebender Exilkroaten abhängig machen könnte. Wir glauben, meine Damen und Herren, daß dieser Parteitag Anlaß nehmen sollte, die Auffassung der CSU zu dieser in Gang befindlichen Entwicklung deutlich zu artikulieren.

Ich darf Ihnen deshalb im Namen des Landesvorstands der CSU folgenden Antrag zur Beschlußfassung vorschlagen:

> Die Christlich-Soziale Union in Bayern begrüßt die Verhaftung der wegen des dringenden Verdachts schwerster Verbrechen gesuchten Rolf Clemens Wagner, Peter Foog, Brigitte Mohnhaupt und Sieglinde Hoffmann durch jugoslawische Behörden als bedeutenden Beitrag zur internationalen Bekämpfung des Terrorismus. Dieser wird durch eine baldige

ACSP, PT19780616-8

Auslieferung der Festgenommenen an die deutschen Behörden wesentlich gefördert. Die CSU hat die Erklärung der Bundesregierung, die von Jugoslawien begehrte Auslieferung von acht Exilkroaten führe nicht zu einem Tauschgeschäft, zur Kenntnis genommen. Die CSU fordert die Bundesregierung auf, bei der von ihr zu treffenden Entscheidung über die Auslieferung im Rahmen ihrer internationelen Verpflichtungen dem im Grundgesetz verankerten Recht aller Bewohner der Bundesrepublik Deutschland voll Rechnung zu tragen. Die CSU hat sich klar für Freiheit, Recht und Ordnung eingesetzt. Sie verlangt von der Bundesregierung, daß sie dem bis zum vielfachen Mord reichenden Treiben ausländischer Nachrichtendienste sowie der von ihnen bekämpften Volksgruppen wirksamer Einhalt gebietet als bisher. Dazu gehört nicht nur der Einsatz polizeilicher Mittel, sondern auch der zur Verfügung stehenden diplomatischen Möglichkeiten. In diesem Sinne unterstützt die CSU auch die Bitte der katholischen Bischöfe an die Bundesregierung in der Frage der Auslieferung der jetzt verhafteten Tito-Gegner an Belgrad.

Ich bitte, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Tagungspräsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Sie haben den Antrag gehört. Wird dazu das Wort gewünscht? - Keine Wortmeldung. Dann bitte ich die Stimmkarte zu erheben, wenn Sie dem Antrag zustimmen. - Danke schön. Stimmt jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Auch das ist nicht der Fall. Dann ist auch dieser Antrag einstimmig angenommen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen vorschlagen, die Punkte 7, 8 und 9 vorzuziehen, die wir dann zu den Grußworten, die wir heute nachmittag noch zu erwarten haben, unterbrechen müssen. Damit besteht Einverständnis.

Bericht über die Erledigung der Anträge des Parteitags 1977

Tagungspräsident Hanauer: Ich darf dazu zunächst den Vorsitzenden der Antragskommission, Herrn Kollegen Röhner, bitten.

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben noch vom Parteitag vom September 1977 eine Reihe von Anträgen aufzuarbeiten und zu erledigen. Als Vorsitzender der Antragskommission schlage ich Ihnen deshalb nach einem Beschluß der Antragskommission vor, daß wir uns zunächst mit den in der Zwischenzeit vorliegenden Stellungnahmen zu den Anträgen des Parteitages am 23./24. September 1977 befassen. In Ihren Arbeitsunterlagen liegt ein entsprechender Ausdruck, den ich zur Hand zu nehmen bitte. Aus ihm geht hervor, daß die Antragskommission in der Zwischenzeit alle zu befassenden Stellen - die CSU-Landtagsfraktion im Bayerischen Landtag, die CSU-Landesgruppe in Bonn, die Bayerische Staatskanzlei und die Ministerien - mit den Eingaben im Sinne der Antragsteller befaßt hat. Die eingegangenen Stellungnahmen sind ausgedruckt.

Herr Präsident, ich schlage vor, daß dieserhalb über die Drucksache, Stellungnahme zu den Anträgen des Parteitags vom September 1977, insgesamt abgestimmt wird, damit die Erledigung ausgesprochen werden kann.

ACSP, PT19780616-8

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Tagungspräsident Hanauer: Meine Damen und Herren! Es liegt diese Mappe mit ungefähr 34 Seiten bei Ihren Unterlagen. Es handelt sich praktisch um die durch frühere Parteitagsbeschlüsse geforderten Stellungnahmen. Anträge dazu liegen nicht vor. Es handelt sich also nur darum, daß Sie zustimmend dazu Stellung nehmen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Erheben sich dagegen Bedenken, stimmt jemand dagegen? - Oder enthält sich jemand der Stimme? - Dann ist einstimmig dieser Punkt erledigt.

Ich darf den nächsten Punkt aufrufen:

Satzungsänderungen

Ich verweise einmal auf Seite 15 der Mappe "Anträge" und auf die letzte Seite 14 der Mappe II zu den Anträgen zu diesem Parteitag. Darf ich im Schnellverfahren zum ersten Teil auf folgendes hinweisen:

Der letzte Parteitag hat in der Satzung die Ankündigungsfrist von Parteitagen und die Frist zur Stellung von Anträgen verlängert, und zwar drei Monate Vorankündigung, sechs Wochen vorher müssen Anträge gestellt werden, drei Wochen vorher müssen sie entsprechend mitgeteilt werden. Dies soll nun auf Wunsch der Bezirksparteitage auch dort, allerdings mit reduzierten Zeiten, eingeführt werden, nachdem es sich beim Landesparteitag bewährt hat. § 38 Absatz 1 Satz 2 soll ein Satz 3 angefügt werden, Seite 15 der Unterlagen, wonach die Frist für die Ankündigung mindestens sechs Wochen betragen soll mit der Verpflichtung in § 38 Absatz 1 letzter Satz, von allen Einladungen dem übergeordneten Verband und allen Antragsberechtigten Kenntnis zu geben, und dem dazugehörigen § 45 Absatz 2

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

soll ein Satz 3 angefügt werden, daß die Anträge mit einer Frist von drei Wochen gestellt werden müssen und spätestens zehn Tage vor den Bezirksparteitagen an dessen Mitglieder versandt werden. Die drei Formulierungen stellen in sich eine Einheit dar. Wird dazu das Wort gewünscht? -

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Darf ich über die Stellungnahme der Antragskommission zu den drei vorliegenden Satzungsänderungen kurz berichten.

Es handelt sich bei dem § 38 Absatz 1 Satz 2 um einen Antrag des Kreisverbandes II der CSU München. Dieser Antrag konnte aus Zeitgründen nicht in der Satzungskommission der Partei behandelt werden. Die Antragskommission schlägt deshalb vor, daß der Parteitag heute beschließen möge, diesen Antrag zu § 38 Absatz 1 Satz 2 zunächst an die Satzungskommission zu überweisen.

Tagungspräsident Hanauer: § 38 Absatz 1 Satz 2, der die Mitteilungen an übergeordnete Verbände vorsieht, soll herausgenommen und an die Satzungskommission überwiesen werden. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird heute darüber nicht entschieden.

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Dann käme der nächste Antrag zu § 45 Absatz 2 Satz 2. Hier wird ebenfalls Verweisung an die Satzungskommission vorgeschlagen. (Begründung?) - Auch dieser Antrag konnte von der Satzungskommission aus Zeitgründen vor diesem Parteitag nicht behandelt werden.

Tagungspräsident Hanauer: An und für sich scheint es zweckmäßig und vernünftig zu sein. Aber bitte, Wortmeldungen? (Der Antrag ist so einfach formuliert, daß ihn der Parteitag ohne weiteres beschließen kann!) - Herr

ACSP, PT19780616-8

Kollege Röhner, ich würde bitten, dieses Bedenken zurückzuweisen. Es ist praktisch eine Folgerung aus dem, was wir auf dem Landesparteitag beschlossen haben. Die Frist wird um die Hälfte verkürzt, das scheint zweckmäßig zu sein, um rechtzeitige Information sicherzustellen.

Wer ist dafür, daß die beiden in sich geschlossenen Sachen der Satzungskommission überwiesen werden? - Wer ist dagegen, also für sofortige Entscheidung? - Danke. Das ist die Mehrheit. Ich lasse abstimmen, wenn Widerspruch sich nicht erhebt, § 38 Absatz 1 Satz 2 einen Satz 3 anzufügen, § 45 Absatz 2 ebenfalls einen Satz 3, wie auf Seite 15. Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Das ist zweifellos die Mehrheit. Stimmt jemand dagegen? - Ich sehe eine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Ich sehe zwei oder drei Stimmenthaltungen. Damit mit eindeutiger Mehrheit angenommen. Herr Kollege Röhner, ich bitte um Entschuldigung, daß wir das gleich gemacht haben. (Röhner: Herr Präsident, ich bin sehr damit einverstanden, wenn auf diese Weise wirtschaftlicher vorgegangen werden kann!)

Ich rufe den zweiten Punkt der Satzungsänderung auf. Er zerfällt in zwei Teile. Zunächst Antrag des Landesvorstands zu § 5 Absatz 2. Herr Kollege Röhner!

<u>Röhner, Vorsitzender der Antragskommission</u>: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieser Antrag wurde bereits einmal auch auf einem Parteitag vorbesprochen. Ich kann es dieserhalb kurz machen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme.

<u>Tagungspräsident Hanauer</u>: Meine Damen und Herren! Hier geht es um die Frage der Mitgliedschaft in einem andern Ort, in einem anderen Verband, Rückseite von II, letzte Seite. Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie § 5 Absatz 2 in der neuen Form zu-

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

stimmen. - Danke schön. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Stimmenthaltungen? - Keine. Einstimmig angenommen.

Es kommt ein Antrag der zehn Bezirksvorsitzenden der CSU zu § 15 Absatz 3 f und 18/2 d, ein nicht ganz neues Problem, das aber an Dringlichkeit nicht abgenommen hat.

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Das Problem ist hinreichend bekannt. Mehrere Anläufe, es zu lösen, wurden bereits unternommen. Die zehn CSU-Bezirksverbände Bayerns haben sich in den zurückliegenden Monaten in ihren Gremien und Organen damit erneut befaßt. Sie sind einstimmig zu dem Votum gekommen, Ihnen heute eine Satzungsänderung mit dem Ziel vorzuschlagen, daß die dynamisierte Delegiertenzahl unseres Parteitags so in Grenzen gehalten wird, daß wir zukünftig noch Räume finden, in denen die Vielzahl der Delegierten untergebracht werden kann. Auf dem Heft II, Seite 14, letzte Seite des eben behandelten Heftes, ist deshalb vorgeschlagen, in § 15 Absatz 3 die Wahl der Vertreter und Ersatzvertreter so vorzunehmen, daß je angefangene 300 Mitglieder - bisher waren es 200 Mitglieder - des Kreisverbandes ein Vertreter und ein Ersatzvertreter gewählt werden soll. Die Antragskommission empfiehlt, dem Antrag der zehn CSU-Bezirksverbände Bayerns zuzustimmen.

Tagungspräsident Hanauer: Danke schön. Wortmeldungen dazu? - Eine Wortmeldung!

Delegierter: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich beantrage, daß wir die beiden §§ 15 und 18 getrennt behandeln. Ich stelle zugleich Antrag, § 15 abzulehnen. Es ist ein alter Hut, mit dem wir uns auf jedem Parteitag befassen müssen. Ich bin der Meinung, § 15 sollte so erhalten bleiben, wie er bisher war.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hier ist die Basis noch am ehesten beteiligt, ihre Delegierten zu bestimmen. Beim andern, beim Bezirksparteitag, kann man etwas anders fahren. Aber hier sollten wir der Basis eine echte Chance lassen, mehr Delegierte zu entsenden. Ich bitte deshalb, den Antrag der Bezirksverbände zu § 15 abzulehnen. (Beifall)

Tagungspräsident Hanauer: Es ist selbstverständlich, daß ich die beiden Punkte, die zwar einen inneren Zusammenhang haben, getrennt zur Abstimmung gestellt hätte, völlig klar. Weitere Wortmeldungen? -

Delegierter: Ich schließe mich den Worten und der Argumentation meines Vorredners voll an. Ich spreche für den Kreisverband Regensburg-Land. Ich bin der Meinung, daß die Begründung, die vorgetragen worden ist, nicht ausreicht, um gerade das Spektrum eines Parteitages der CSU wiederzugeben. Wir erreichen, glaube ich, mit einer Reduzierung von 300 auf 200, um eine Handvoll oder zwei Handvoll Personen, auch nicht das Ziel, das der Vorsitzende der Antragskommission begründet hat, nämlich kleinere Räume zu finden und dann zu nehmen. Das wird sich meines Erachtens nicht so niederschlagen, wie es gemeint ist. Ich bin auch dafür, daß gerade diese Willens- und Meinungsbildung beibehalten werden soll, und schlage den Parteifreunden des Parteitags vor, gegen den Antrag zu stimmen, das heißt für die Beibehaltung der bisherigen Delegiertenzahl. (Beifall)

Tagungspräsident Hanauer: Diese Einwendungen sind nicht unbekannt, nur darf ich aus der etwas bedrängten Seele eines Tagungspräsidenten sagen, schön wäre es, wenn dann auch immer die Beschlußfähigkeit garantiert wäre. Das ist ein anderes, ganz anderes Kapitel, darauf kommt es auch an. Aber das war nur ein Stoßseufzer, kein Zusatzreferat. Weitere Wortmeldungen dazu? -

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Herr Präsident! Wenn ich zu den beiden Vorbringen kurz aus der Sicht der Antragskommission etwas sagen darf. Diese Bedenken wurden von der Antragskommission auch ventiliert, und ich möchte sagen, daß eigentlich diese Argumente genau dafür sprechen, den Antrag anzunehmen, und zwar deshalb, weil wir eine mitgliedermäßig ständig wachsende Partei sind, bleiben und bleiben werden, so daß eine jetzt etwa reduzierte Delegiertenzahl schon in naher Zukunft wieder den alten Stand erreicht hätte. Ich wünsche mir, daß wir schon in wenigen Jahren ein ähnliches Problem haben, wie wir es jetzt mit der Satzungsänderung lösen wollen. Ich bitte nochmals aus der Sicht der Antragskommission um Zustimmung.

Tagungspräsident Hanauer: Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, komme ich zur Abstimmung. Ich darf die Mitglieder des Tagungspräsidiums bitten, mit mir zu blicken und zu wägen.

Ich bitte um ein Handzeichen, wer für die Annahme dieser neuen Bestimmung des § 15 Absatz 3 f ist. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Nach dem Blick von oben war das erste die Mehrheit. (Widerspruch) Es bleibt gar nichts anderes übrig, ich bitte jetzt um Helfer und Helferinnen: Ich darf bitten, daß diejenigen, die für die Annahme sind, sich vom Platz erheben, um den Abzählungsvorgang leichter zu machen, diejenigen also, die für die Beschränkung von 300 auf 200 sind. (Auszählung) Ich bitte auch die Präsidiumstische mitzuzählen.

Darf ich dann diejenigen, die für die Ablehnung sind, bitten, die gleiche Prozedur über sich ergehen zu lassen. Ich bitte erneut zu zählen. Sie haben sich vermehrt in der Zwischenzeit, (Heiterkeit) da hinten, Sie haben gute Zwischenwerbung getrieben. (Auszählung) - Meine Damen

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

und Herren! Es lagen zwar die mir gemeldeten Ergebnisse bei der zweiten Abstimmung etwas darunter, aber es wurde behauptet, daß eine größere Gruppe sich schon abgezählt gefühlt und sich wieder hingesetzt hätte, und das wäre an sich eine Differenz von 15 für die erste. Aber es soll sich eine Gruppe von 20 bis 30 gesetzt haben. Jetzt muß ich fast salomonisch entscheiden, und die salomonische Entscheidung ist, daß abgelehnt ist. Denn wenn ich unter diesen Umständen sagen würde, daß er angenommen ist, würde sich ein Proteststurm erheben. Ich meine, dieses Thema wird den Parteitag der CSU nie verlassen, bis es einmal zu einer Klärung kommt, vor allem dann, wenn es 1200 oder 1400 Mitglieder sind, und dazu darf ich als Vorschlag für die nächste Abstimmung machen, daß dann mit Stimmzetteln abgestimmt und ausgezählt wird. Dann ist jeder Unsicherheitsfaktor bei dieser die Parteibasis doch bewegenden Problematik ausgeschaltet. Heute betrachte ich den § 15 Absatz 3 f antragsgemäß als abgelehnt.

Ich darf fragen, ob über § 18 Absatz 2 d einzeln abgestimmt werden soll. Wird von der Satzungskommission eine Äußerung vorgebracht? Wenn der Antrag nicht zurückgezogen wird, muß ich ihn abstimmen lassen. Dagegen sind weniger Bedenken erhoben worden. Er bedeutet, daß die Bezirksverbände nur für jeweils 2000 Mitglieder einen Vertreter und Ersatzvertreter stellen. Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse darüber abstimmen.

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das dürfte eine Mehrheit sein. Ich bitte um die Gegenstimmen. - Die Gegenstimmen sind die Minderheit. Stimmenthaltungen? - Ich sehe eine Stimmenthaltung. Bei einer Stimmenthaltung mit Mehrheit angenommen. Damit ist also eine Reduktion der Vertreter der Bezirksverbände, aber nicht der Kreisverbände vorgesehen.

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt aufrufen:

Anträge an den Parteitag

Es sind die sonstigen Anträge in den beiden Mappen sowie einige Zusatzanträge. Ich verweise auf die Vorschlagsliste der Antragskommission, die Ihnen ebenfalls vorliegt, mit dem Bemerken, daß in Heft I Seite 35 der Antrag des Kreisverbands Miesbach zum Denkmalschutz für heute von den Antragstellern zurückgestellt wird, deshalb darüber nicht zu befinden ist.

Das Wort hat Herr Kollege Röhner!

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Antragskommission hatte es bei der Aufbereitung der Anträge zu diesem Parteitag außerordentlich schwer, weil von den meisten Antragstellern die in der Satzung vorgeschriebene Frist nicht eingehalten worden ist. Die Antragskommission war trotzdem bemüht, alle Anträge aufzunehmen und vorzubereiten. Sämtliche Anträge sind in zwei Drucksachen, die als solche nicht gekennzeichnet sind, aber der Aufdruck heißt "Anträge zum Parteitag am 17. Juni 1978 in München", die zweite Drucksache ist auf der Vorderseite mit II versehen und mit der gleichen Formulierung. Um die Arbeitsweise zu vereinfachen, sie rationeller zu gestalten, um auch im gesamten Zeitablauf des Parteitags zurecht zu kommen, haben wir eine sehr gründliche Vorprüfung der Anträge vorgenommen. Dabei hat sich für uns ergeben, daß die Anträge sehr komplex sind und zum Teil sehr in Einzelheiten gehen. Wir mußten zu der Erkenntnis gelangen, daß bei der zeitlich gedrängten

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Fülle des Programms des Parteitags auch nach unserer Auffassung sich alle Anträge kaum sachgerecht zu Ende diskutieren und abschließend behandeln lassen, zumal wegen der Nichteinhaltung der Frist durch die Antragsteller die Arbeitsgemeinschaften und die Arbeitskreise und die Staatsministerien und die Fraktionen in Bonn und München nicht eingeschaltet werden konnten.

Es stellte sich weiter heraus, daß eine Reihe von Anträgen da sind, die thematisch in den nächsten Tagen und Wochen behandelt werden, und zwar auf dem Steuerkongreß der CSU, der am 30. Juni stattfinden wird. Andere Anträge fallen thematisch zusammen mit dem Programm des Kongresses "Junge Familie - Sozialer Wohnungsbau" der CSU, der am 7. Juli dieses Jahres stattfindet. Wir sind deshalb zu der Auffassung gekommen, Ihnen heute eine Vorschlagsliste schriftlich vorzulegen. Das ist die Drucksache Vorschlag der Antragskommission zu den Anträgen auf dem Parteitag am 17. Juni 1978. In dieser Auflistung sind sämtliche Anträge aufgeführt und mit dem Behandlungsvorschlag und Überweisungsvorschlag der Antragskommission versehen. Herr Präsident, mein Vorschlag wäre es deshalb, die Delegierten des Parteitags zu fragen, ob wir nach dieser Vorschlagsliste der Antragskommission insgesamt vorgehen sollten, das heißt, daß die einzelnen Antragsteller an Hand dieser Auflistung feststellen können, was mit ihrem Antrag geschieht, wohin er überwiesen ist, daß sie, so sie damit einverstanden sind, zum Zweiten ihre Zustimmung geben, daß wir auf dem Kleinen Parteitag, der im Juli dieses Jahres stattfindet, dann nach Anhörung der Arbeitsgemeinschaften, der Arbeitskreise und jener Stellen, an die die Anträge in der Zwischenzeit überwiesen sind, abschließend die Anträge beschließen und abhaken können.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Beschluß

1. Stellungnahme Bayr. Staatsregierung
CSU-Landtagsgruppe

2. Abschließende Behandlung Parteitag '79

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Tagungspräsident Hanauer: Herr Vorsitzender Röhner, ich werde so verfahren. Darf ich bitten, sich dieses Papiers, Vorschlag der Antragskommission, zu bedienen. Ich werde jeweils eine Serie von Nummern aufrufen und die Antragsteller oder Interessenten bitten, die dazu Änderungsvorschläge haben, sich zu Wort zu melden. Wir bleiben zunächst bei der ersten Hälfte, die unbezeichnet ist, nicht überschrieben ist, praktisch I.

Ich rufe auf die Seite 4 der Vorschlagsliste von 1 bis 8. Zu Punkt 1 Herr Minister Dr. Pirkl!

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Es wird eben zu dem Überweisungsvorschlag eine Ergänzung von Minister Pirkl vorgeschlagen. Der jetzige Überweisungsvorschlag lautet, "Überweisung an die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landesgruppe des Deutschen Bundestags mit der Bitte um Stellungnahme". Der neue Vorschlag von Minister Pirkl lautet, dies zu ergänzen durch den Halbsatz "und zur abschließenden Behandlung an den nächsten Parteitag". Als Vorsitzender der Antragskommission hätte ich keine Bedenken gegen diese Erweiterung des Überweisungsvorschlags.

Tagungspräsident Hanauer: Herr Minister Pirkl, damit ist Ihre Wortmeldung erledigt. Darf ich also feststellen, daß der Vorschlag nicht mehr heißt "zur weiteren Behandlung im Parteiausschuß", sondern "zur abschließenden Behandlung durch den nächsten Parteitag". Besteht Einverständnis mit dieser Formulierung?-Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Stimmenthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe noch einmal die Ziffern 2 bis 8 auf der Seite 4 auf. Dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Seite 5, Ziffernvorschläge 9 bis 15. Dazu Wortmeldungen? - Dies ist nicht der Fall.

ACSP, PT19780616-8

Seite 6, Ziffer 16. Ziffer 17 ist ersetzt durch eine Neuformulierung Nr. 53. Ziffern 18 bis mit 23. Dazu Wortmeldungen? -

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Ich verweise zu der Ziffer 17 auf den von der Jungen Union nachgereichten neuen Antrag, Sie haben darauf hingewiesen. Hier wurde von der Antragskommission, es ist ausgedruckt, die Zustimmung empfohlen. Damit hat sich der Landesvorstand der CSU befaßt, und er kam zu dem Petitum, Ihnen vorzuschlagen, grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die beteiligten Ministerien mit der Maßgabe, die grundsätzliche Auffassung der Union zu berücksichtigen.

Tagungspräsident Hamauer: Das ist aber jetzt der Vorschlag unter Ziffer 53, Herr Kollege Röhner. Ziffer 17 ist ersetzt durch die Neuformulierung 53. Über Ziffer 17 ist keine Abstimmung notwendig, die kommt bei Ziffer 53.

Ich frage noch einmal, 16 bis mit 23? - Keine Wortmeldungen. Damit einverstanden.

Ich komme auf Seite 7, Nr. 24. Nr. 25 ist gestrichen wegen der Zurückstellung durch die Antragsteller. Ziffer 26 bis mit 31. Dazu keine Wortmeldungen. Heft I noch auf Seite 8, Ziffern 32 und 33. - Auch dazu keine Wortmeldungen.

Dann darf ich zunächst insgesamt um Ihre Zustimmung bitten zu diesen im einzelnen gebilligten Vorschlägen, soweit sie sich auf den ersten Band, den größeren Band, beziehen. Darf ich um ein Handzeichen bitten, daß Sie abschließend die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Behandlung geben? Ich bitte um die Stimmkarte. - Danke schön. Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit einstimmig angenommen.

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Wir kommen dann zu Heft II, ebenfalls noch Seite 8 der Vorschläge. Ziffer 34 bis mit 41 mit der Bemerkung, daß der Punkt 37, Heft II Seite 5, Mehrfachbelegung von Ausbildungsplätzen, eine neue Formulierung bekommen hat, über die später noch abgestimmt werden wird. Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann Seite 9, Punkte 42 bis mit 50. Dazu Wortmeldungen? - Bitte schön!

Delegierter: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal auf die Seite 8 zurückkommen. Meine Wortmeldung wurde dazu leider übersehen.

Ich bitte bei Punkt 35 und 36 dem Vorschlag der Antragskommission auf Überweisung nicht zu folgen, sondern den Anträgen zuzustimmen und bei Zustimmung diese Anträge zu verweisen an die CSU-Landesgruppe bzw. Bayerische Staatsregierung.

Tagungspräsident Hanauer: Darf ich also feststellen, daß es sich um die Anträge Seite 4 ff. handelt über Schwerbehindertengesetz und Arbeitszeitordnung. Stimmt das? - Jawohl. Es ist also beantragt worden, zuzustimmen, Zustimmung des Parteitags, aber Aufrechterhaltung der Verweisung zur weiteren Behandlung. Wird das Wort dazu gewünscht? - Dann darf ich über diesen Sonderantrag abstimmen lassen. Wer dafür ist, also Zustimmung mit entsprechender Verweisung, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen. Das betrifft also die Ziffern 35 und 36, Zustimmung plus Überweisungsvorschlag.

Ich darf über die restierenden sonstigen Punkte, Band II der Anträge, kumulativ noch abstimmen lassen, da Sie sonst

ACSP, PT19780616-8

mit den Vorschlägen einverstanden sind. Ich bitte um ein Stimmzeichen, wer zustimmen will. - Danke schön.

Ziffer 40 auf Seite 8 betrifft Heft II, Seite 7, Privatisierung. Herr Minister Streibl!

Streibl, Staatsminister: Herr Präsident, meine lieben Parteifreunde! Ich halte diesen Vorschlag für außerordentlich bedenklich, da es sich bei der Privatisierung wohl nicht um die öffentlichen Banken handeln kann, die Währungsfunktion haben wie die Landeszentralbank, die Bundesbank, die ganzen internationalen Banken. So kann sich dieser Antrag eigentlich nur auf die Sparkassen beziehen. Es haben die Sparkassen aber eine bestimmte Funktion, insbesondere auch in der Kommunalpolitik. Ich würde davor warnen, gerade aus der Sicht der Kommunalpolitik, einen solchen Antrag zu stellen. Ich möchte bitten, ihn abzulehnen.

Delegierter: Der Antrag befaßt sich lediglich damit, eine Kommission einzusetzen, die zu überprüfen hat. Da bin ich schon der Ansicht, daß man diese Kommission einsetzen sollte, weil es um die Privatisierung geht und es da nur vernünftig sein kann, auch diesen öffentlich-rechtlichen Bereich zu überprüfen.

Tagungspräsident Hanauer: Darf ich feststellen, es ist in der Tat so, Herr Staatsminister, daß der Antrag lautet, man möge eine Kommission einsetzen, die folgende Prüfung vorzunehmen. Vorgeschlagen ist von der Antragskommission Überweisung an den Landesvorstand zur Prüfung. Damit wäre dem Rechnung getragen. Ich möchte deshalb empfehlen, die Bedenken zurückzustellen und so wie vorgeschlagen zu taktieren. Noch einmal die Wortmeldung!

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Delegierter: Ich bitte den Antrag zu ergänzen und neu zu stellen diesbezüglich, daß der Antrag also so wie gestellt sofort verabschiedet wird, da er verhältnismäßig unproblematisch ist. Die ganze Problematik der Privatisierung wird in einer Kommission behandelt. Deshalb sehe ich kein Problem, den Antrag sofort zu verabschieden.

Tagungspräsident Hanauer: Normalerweise ist es ein Überweisungsantrag. Damit besteht an und für sich Einverständnis. Nur will der Antragsteller ändern, daß es mit Zustimmung des Parteitags gemacht wird. Hier sind die Bedenken des Ministers. Ich lasse aber, wenn der Antrag aufrechterhalten wird, darüber abstimmen. Herr Kollege Wiesheu!

Wiesheu: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, dem Votum der Antragskommission zu folgen und die Entscheidung damit über die Einsetzung der Kommission im Endergebnis dem Vorstand zu überlassen. Der Vorstand muß sich darüber natürlich jetzt unterhalten, aber er soll auch noch Entscheidungsfreiheit bekommen.

Tagungspräsident Hanauer: Könnten Sie Ihren Antrag nicht zurückziehen? (Wird zurückgezogen!) - Gut, der Antrag ist zurückgezogen. Es bleibt bei dem Vorschlag auf Überweisung an den Vorstand. Damit ist den Bedenken voll Rechnung getragen worden. Weitere Wortmeldungen? -

Delegierter: Herr Präsident! Ich bitte zu Ziffer 51 das Votum des Parteitags einzuholen und ansonsten so zu verfahren, wie die Antragskommission vorgesehen hat.

Tagungspräsident Hanauer: Ziffer 51, so weit bin ich noch nicht. Sie eilen Ihrer Zeit voraus.

Ich wollte gerade eine Schlußabstimmung machen zu den Vorschlägen in Band II. Da gibt es einige Anträge, die noch

ACSP, PT19780616-8

ohne Bezifferung sind, weil sie einzeln in der Mappe liegen. Aber Ihr Wort mag dann gleich mit Verwendung finden.

Also bitte noch Abstimmung über Band II. Ich bitte um die Stimmkarte, wer zustimmen will, so wie vorgeschlagen, vorbehaltlich der vorhin beschlossenen Änderungen. - Danke. Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen.

Darf ich, Herr Kollege Röhner, darauf zurückkommen, daß der Antrag der Jungen Union Nr. 25, der in Neufassung vorliegt, mit Zustimmung des Parteitags überwiesen werden soll mit einer grundsätzlichen Zustimmung des Parteitags, soweit es sich um das Berufsschuljahr handelt?

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Herr Präsident! Es handelt sich um den Antrag, das Berufsgrundschuljahr oder Berufsbildungsjahr in Bayern neu zu fassen. Vorgeschlagen ist Berücksichtigung des gestrigen Beschlusses des Landesvorstands, nämlich grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die beteiligten Ministerien mit der Maßgabe, die grundsätzliche Auffassung der Union zu berücksichtigen.

Tagungspräsident Hanauer: Wortmeldung Herr Staatsminister für Unterricht und Kultus!

Dr. Maier, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sehr weise zu allen Anträgen Überweisung vorgeschlagen, ohne ein Votum in der Sache zu fällen. Ich halte es nicht für gut, daß wir bei dieser sehr schwierigen und gar nicht in Kürze zu überblickenden Frage jetzt ein positives Votum beschließen. Es wäre der erste Fall im ganzen Antragskatalog.

Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Meine Damen und Herren! Ich bitte es bei dem schriftlich ausgedruckten Vorschlag der Antragskommission zu belassen, also zu überweisen, damit sich alle Beteiligten - Fraktion, Landesgruppe, Staatsregierung - eingehend und in Ruhe mit der Thematik beschäftigen können. Ich will jetzt gar nicht in die Sache eintreten, aber ich halte es nicht für gut, wenn man von 54 Anträgen genau diesen herausnimmt, dessen Konsequenzen doch ganz erheblich sind. Der Antrag widerspricht zum Teil auch früheren Beschlüssen des Parteitages. Mein Votum wäre, Überweisung so wie ausgedruckt, aber nicht eine Zustimmung in der Sache, weil wir darüber sehr eingehend diskutieren müssen.

Tagungspräsident Hanauer: Herr Staatsminister, ich darf bloß feststellen, daß wir vorhin auch einige andere Anträge schon mit Zustimmung weitergeleitet haben. Es dürfte vielleicht Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein.

Das Wort hat der Abgeordnete Wiesheu.

Wiesheu: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Darf ich dazu etwas sagen, nachdem es sich um einen Antrag der Jungen Union handelt. Dieser Antrag ist dann nicht relevant, wenn wir ihn ohne Votum überweisen, weil er dann bei der nächsten Behandlung, meinetwegen im Parteiausschuß oder in einem sonstigen Gremium, keine Relevanz mehr haben kann. Wir haben uns gestern auf meine Bitte hin mit dem Antrag auch im Vorstand beschäftigt und uns am Schluß auf das Votum geeinigt, das Herr Röhner vorgetragen hat. Dieses Votum liegt dem Parteitag vor. Ich bitte diesem Votum zuzustimmen. Sollten größere Bedenken vorhanden sein, müßten wir in die Sachdebatte einsteigen.

Tagungspräsident Hanauer: Es ist ausdrücklich, im übrigen mit Zustimmung des Kultusministers, gestern beschlossen

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

worden, so zu verfahren, daß man den Grundsatz anerkennt, aber alles andere einer Prüfung überläßt.

Das Wort hat weiterhin der Herr Kultusminister.

Dr. Maier, Staatsminister: Darf ich nur betonen, daß dem Landesvorstand gestern, mir wenigstens, diese Neufassung nicht vorlag. Meine Zustimmung bezog sich auf die alte Fassung, die schon auf dem letzten Parteitag behandelt werden sollte, aber aus Zeitgründen nicht mehr behandelt werden konnte. Die Neufassung geht erheblich darüber hinaus, und darüber ist im Landesvorstand nicht diskutiert worden. Das möchte ich feststellen. Ich bitte doch wirklich, daß wir in diesem Fall bei der Überweisung bleiben, damit wir über die Sache noch einmal eingehend mit allen Beteiligten sprechen können.

Tagungspräsident Hanauer: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Probst.

Dr. Probst: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind offenbar an einem neuralgischen Punkt und es ist ein bißchen schwierig, weiterzukommen. Es ist richtig, daß zwei Stunden gestern der Antrag im CSU-Landesvorstand mit der CSU-Landesgruppe gemeinsam diskutiert worden ist und daß das von Herrn Röhner vorgetragene Votum im Landesvorstand beschlossen worden ist. Ich würde also bitten, so zu verfahren, wie Herr Röhner vorgetragen hat, so wie der Antrag von Herrn Wiesheu eingebracht ist.

Wiesheu: Ich muß darauf hinweisen, daß der Antrag vorgelegen hat, daß daraus auch zitiert worden ist. Ich muß auch darauf hinweisen, daß ich in meinen Diskussionsbeiträgen den Antrag Punkt für Punkt, Sache für Sache vorgetragen habe und daß darüber diskutiert worden ist und dann entschieden worden ist. Wenn man von diesem Votum ab-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

weichen will, muß man in die Sachdebatte einsteigen und sagen, warum man das will. Gestern waren wir uns alle einig.

Tagungspräsident Hanauer: Herr Röhner, darf ich noch einmal bitten, den genauen Wortlaut des gestern gefaßten Beschlusses, der dem Parteitag vorgelegt worden ist, auch hinsichtlich der Verweisungsziele, der Verweisungsgremien bekanntzugeben.

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Es ist ein eigens gedruckter, über drei Seiten sich erstreckender Antrag der Jungen Union zum Berufsgrundschuljahr, Berufsbildungsjahr in Bayern. Es wird empfohlen grundsätzliche Zustimmung und Überweisung an die beteiligten Ministerien mit der Maßgabe, die grundsätzliche Auffassung der Union zu berücksichtigen.

Tagungspräsident Hanauer: Wortmeldung Frau Staatssekretärin!

Dr. Berghofer-Weichner, Staatssekretärin: Meine lieben Parteifreunde! Es lag vielleicht einigen Leuten dieser neue Antrag vor. Dem Herrn Kultusminister und mir, ich nehme an hoffentlich nur aus Versehen, lag er nicht vor, sonst wäre es gestern zu dieser Art von Vorstandsbeschluß nicht gekommen. Ich bitte also sehr darum, zunächst einmal festzustellen, ob der Antragskommission etwa auch dieser zweite Antrag vorgelegen hat, der mit dem andern nicht voll übereinstimmt. Man kann wohl nur den einen oder den anderen beschließen. Wenn aber, sicherlich auch bei anderen Vorstandsmitgliedern als bei mir, gestern überhaupt nicht Klarheit bestand, daß ein zweiter Antrag vorliegt, bin ich der Meinung, man kann nur den ersten mit Zustimmung, den andern nur ohne zustimmendes Votum überweisen.

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Tagungspräsident Hanauer: Ich darf meinerseits bemerken, daß mir, der ich gestern die Unterlagen für die heutige Sitzung sammelte, während der Beratung dieses Papier vorgelegt wurde mit dem handschriftlichen Vermerk, wird neu gedruckt und weitergegeben. Insofern ist diese Sachdarstellung der Frau Staatssekretärin absolut zutreffend.

Ich muß zunächst abstimmen über den weitergehenden Antrag, so wie ihn Herr Röhner vorgelegt hat, grundsätzliche Zustimmung mit Weiterleitung an die maßgebenden Ministerien. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Letzteres ist die Mehrheit. Dann fällt im Beschluß "grundsätzliche Zustimmung" weg und es bleibt nur die Überweisung an die Ministerien zur entsprechenden Berücksichtigung. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Das ist zweifellos jetzt die Mehrheit. Gegenstimmen? - Einige wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Einige wenige Stimmenthaltungen. - Damit ist auch dieser Beschluß jetzt in reduzierter Form gefaßt.

Ich habe jetzt nur noch auf der letzten Seite die Ziffern 51 bis 54. Hier ist vorhin schon, ich nehme an von dem Antragsteller, Herrn Machow, zur Frage der Außenstellen beantragt worden, eine Zustimmung zu beschließen. Es geht um die Auflösung von Außenstellen staatlicher Behörden, die ausgesetzt werden soll. Es liegt Ihnen der Wortlaut vor, Antrag Machow, Mitglied des Parteitages. Herr Röhner, was sagt die Antragskommission?

Röhner, Vorsitzender der Antragskommission: Zum Antrag Machow schlägt die Antragskommission Überweisung an die Bayerische Staatsregierung vor mit der Bitte um Stellungnahme.

ACSP, PT19780616-8

Tagungspräsident Hanauer: Hier ist aber Zustimmung beantragt worden. Ich muß zuerst über Zustimmung plus Weiterverweisung, was dann selbstverständlich ist, abstimmen. Wer für die Zustimmung ist, den bitte ich um ein Stimmzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Ersteres war die Mehrheit. Stimmenthaltungen? - Bei keiner Stimmenthaltung mit Mehrheit angenommen. Es ist also zugestimmt und dementsprechend erfolgt Verweisung zur weiteren Behandlung.

Ich habe dann die Ziffern 52 und 53, die nun praktisch im Grundsatz erledigt sind. Über Ziffer 53 ist eben entschieden worden, Ziffer 54 betrifft die Berufsbildung. Einverständnis mit den Vorschlägen? -

Dann lasse ich über den Rest der noch offenen Anliegen, abgesehen von dem Antrag Machow, der gerade abgeschlossen wurde, abstimmen. Wer den Vorschlägen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Stimmkartenzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Dann ist auch hier so beschlossen.

Damit haben wir die Anträge in Mappe I, II und die Einzelanträge erledigt. Ich darf mich bei Ihnen, meine Damen und Herren Delegierten, sehr herzlich bedanken.

Wir kommen zu einer Zäsur im Fortgang der Tagesordnung. Wenn ich erwarten dürfte, daß unsere außerhalb des Saales sich befindlichen Gäste hierher bewegen, kann ich ihnen das Wort für die entsprechenden Grußworte erteilen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben heute vormittag schon darauf hingewiesen, daß wir heute nachmittag noch mit einigen Grußworten beehrt werden. Ich darf das Wort zu einem Grußwort zunächst erteilen Herrn Dr. Klepsch in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Europäischen Volkspartei in Vertretung von Ministerpräsident Leo Tindemans. Herr Dr. Klepsch, ich darf Ihnen hiermit das Podium überlassen.

Dr. Klepsch (von Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen im Namen von Herrn Ministerpräsidenten Tindemans, dem Parteivorsitzenden der Europäischen Volkspartei, in der alle christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossen sind, um gemeinsam die Direktwahl zu schlagen, die herzlichsten Grüße übermitteln. Sein schwieriges Amt als Premierminister eines Landes, in dem man sich bemüht, die Sprachenfrage zu lösen, hält ihn leider an diesem Wochenende, wie Sie wissen, fern. Aber er läßt mich Ihnen sagen, daß aus einer ganzen Reihe von Gründen er gern seine Zusage wahr gemacht hätte, an diesem Parteitag teilzunehmen.

Ich möchte zunächst anknüpfen an das markante Bekenntnis von Franz Joseph Strauß zur Politik der europäischen Einigung, an sein klares Bekenntnis zur Integrationspolitik, mit dem die christlichen Demokraten in Europa nach dem zweiten Weltkrieg einen neuen Weg gewiesen haben. Die Europäische Volkspartei, erst vor zwei Jahren gegründet im Hinblick auf die Vorbereitung der Direktwahl, hat in dieser Zeit eine ganze Reihe wichtiger Fragen lösen können. Hier möchte ich der Christlich-Sozialen Union in Bayern als einer der Mitgliedsparteien ein herzliches Wort des Dankes sagen. Die CSU hat bei der Erarbeitung, der Vorbereitung für den Wahlkampf, bei der Erstellung des gemeinsamen Emblems, bei der Bewältigung der Vorbereitungsmaßnahmen einen ganz herausragenden Anteil, der von den anderen Mitgliedsparteien anerkannt wird. Ich möchte Ihnen ausdrücklich dafür danken.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Ich möchte Ihnen auch dafür danken, daß die CSU bei der Vorbereitung des Programms der Europäischen Volkspartei gemeinsam mit den anderen zügig zusammenarbeitend das erste wirklich fundierte Programm für die europäische Direktwahl hat vorlegen helfen. Wir sind in all diesen Fragen den Sozialisten weit voraus. Das nimmt vielleicht auch gar nicht wunder. Ich darf in diesen Tagen, da die Christlich-Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments seit 25 Jahren besteht, daran erinnern, daß kein Geringerer als Franz Joseph Strauß eines der Gründungsmitglieder der ersten Fraktion der Christlichen Demokraten im Europäischen Parlament gewesen ist und dem ersten Fraktionsvorstand angehört hat. So ist es eine ganz kontinuierliche politische Linie, die Ihr Vorsitzender und Ihre Partei in dieser Zeit gegangen sind.

Wir stehen natürlich heute in einer doppelt schwierigen Situation. Einmal haben die Sozialisten, rein organisatorisch und im Einfluß auf die Regierungen der Neuner-Gemeinschaft, eine sehr starke Position. Auf der andern Seite wird die Wahlauseinandersetzung mit ihnen schwierig werden, weil sie sich als unfähig erwiesen haben, ein gemeinsames Programm vorzulegen. Jede der sozialistischen Parteien in den neun Ländern der Gemeinschaft hat ein ganz unterschiedliches Programm betrieben. Die einen sind Antieuropäer, die andern sind gegen ein Europa, in dem nicht eine eindeutige Dominanz der Sozialisten gewährleistet ist, und wenn Sie an die Konzeption von Herrn Mitterand denken, der mit der Rose in der Faust fordert, daß es ein sozialistisches Europa oder gar kein Europa geben soll, dann sehen Sie, welche Auseinandersetzung uns auf der internationalen Ebene bevorsteht; national wird es etwas kaschiert werden.

Aber ich bin guten Mutes. Der Trend zur Mitte in Europa hat sich im letzten Jahr in besonders markanter Weise deutlich dargestellt. Nicht nur in Deutschland haben wir vorzügliche

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wahlergebnisse aufzuweisen, sondern in den letzten vier Wochen haben in fast ganz Italien Kommunalwahlen stattgefunden und unsere Freunde von der Democratia Christiana haben einen riesigen Sprung nach vorn gemacht und an das Ergebnis von unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg angeknüpft. Sie haben sich auf 46 Prozent der Stimmen steigern können bei Verlusten der Kommunisten. Ich glaube, sie haben sich über 10 Prozent gesteigert. Das macht uns deutlich, daß wir einen neuen Impuls verzeichnen können. Ich möchte dasselbe für Holland sagen, wo der christlich-demokratische Appell, der Zusammenschluß der bisherigen drei konfessionellen Parteien, in Holland in einem Jahr drei Wahlen zu bestehen hatte und bei jeder eine immer größere Erfolgsquote aufzuweisen hatte. Wenn zunächst noch die Sozialisten knapp vorne lagen, so sind sie jetzt, bei der dritten Wahl, die alle Kommunen in Holland umfaßte, weit hinter die Christlichen Demokraten von Premierminister van Agt zurückgefallen. Ich könnte das gleiche auch noch für andere christlich-demokratische Parteien sagen. Aber ich möchte nur eines hervorheben. Wir starten auch im europäischen Wahlkampf - ich freue mich, daß Franz Joseph Strauß darauf Bezug genommen hat - in einer Situation, in der wir eine gute Chance haben, das Ziel, stärkste politische Kraft in Europa zu werden, zu erreichen. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine letzte Anmerkung tun. Ich möchte auch den Kollegen aus Ihren Reihen danken, die im Europäischen Parlament mitwirken, insbesondere Herrn Aigner, Herrn Fuchs, Herrn Lücker und Herrn Dr. Starke, deren Beitrag ein außerordentlich wertvoller und wichtiger ist.

Zum Schluß möchte ich sagen: Heute morgen wurde sehr klar zur Frage der Menschenrechte gesprochen. Die Europäische Volkspartei sieht als eine ihrer zentralen Aufgaben in der

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

politischen Auseinandersetzung an, daß wir ungeachtet der Situation, dieser oder jener Atmosphäre, um die Durchsetzung des christlichen Bilds vom Menschen ringen, daß deshalb die Menschenrechte an einem Tag wie dem 17. Juni, das sollte man einmal besonders betonen, für uns kein Handelsobjekt sind. Wir haben in allen Situationen und in dieser Frage klar bekannt und es herrscht eine völlige Übereinstimmung in der Auseinandersetzung bei uns. Die Europäische Volkspartei hat in ihr Programm auch gerade der Anliegen gedacht, die wir heute am 17. Juni uns besonders vor Augen halten: nicht nur die Durchsetzung der Grund- und Menschenrechte, sondern als einzige europäisch föderierte Partei ein klares Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht des Deutschen Volkes.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen die Grüße der Mitgliedsparteien überbracht. Für uns kommt es darauf an, daß wir geschlossener als jede Kraft den europäischen Wahlkampf bestehen, die aufgerufen ist, an das Werk Adenauers, Schumans und de Gasperis anzuknüpfen und fußend auf dem Bericht unseres Parteifreundes Premierminister Tindemans die weitere Entwicklung Europas zur politischen Union, wie sie Franz Joseph Strauß so nachdrücklich heute morgen unterstützt hat, zu wagen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Arbeit viel Erfolg. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß die ganze Europäische Volkspartei Ihnen einen noch größeren Wahlsieg als vor vier Jahren wünscht. (Beifall)

<u>Tagungspräsident Hanauer:</u> Herr Dr. Klepsch, recht herzlichen Dank für Ihr Grußwort. Ich kann Ihnen versichern, daß das Interesse der CSU und die Aufmerksamkeit wohl auch des Kerns der bayerischen Bevölkerung für die Probleme Europas und seiner Gestaltung etwas größer sind, als es augenblicklich die Unruhe im Saal zugelassen hat, besonders was die hintersten Ränge des Präsidiumstisches betroffen hat.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit vollen Erfolg und darf Sie bitten, Herrn Ministerpräsidenten Tindemans unsere Grüße zu übermitteln, verbunden mit dem Wunsch, daß die augenblicklichen Unstimmigkeiten hinsichtlich der Regierungszusammenarbeit in seinem Lande baldmöglichst behoben sein mögen, damit er sich mit ganzer Kraft der europäischen Zukunftsaufgabe widmen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir begrüßen mit besonderer Herzlichkeit einen altbekannten Bayern ehrenhalber, den Präsidenten des Deutschen Bundestages, Herrn Prof. Dr. Karl Carstens. (Starker anhaltender Beifall) Wenn ich ihn mit besonderer Herzlichkeit begrüße, dann, weil er zu den Bundestagspräsidenten in der Reihe der Vergangenheit gehört, die mit besonderem Interesse und mit Intensität die Zusammenarbeit mit den Länderparlamenten pflegen und suchen. Dafür ganz persönlich im Namen des Bayerischen Landtags und der übrigen Kollegen der Länderparlamente ein Wort des Dankes.

Herr Bundestagspräsident, darf ich Sie um ein Grußwort an den Parteitag bitten!

<u>Dr. Karl Carstens, Bundestagspräsident</u> (von Beifall begrüßt): Verehrter Herr Landtagspräsident, meine Damen und Herren, liebe Freunde! Ich möchte mich zunächst sehr herzlich für die Einladung bedanken, die mir Gelegenheit gibt, ein Grußwort zu sprechen. Ich erinnere mich lebhaft an frühere Parteitage der CSU, an denen ich in meiner früheren Eigenschaft teilgenommen habe, und in denen, so fand ich jedesmal, ein außerordentlich hohes Maß an Übereinstimmung in dem Kampf für die gemeinsamen Ziele der Union bestanden hat. (Beifall) Ich meine, dieser Kampf ist auch von Erfolg begleitet gewesen, wenn ich an die Landtagswahlen denke, die verschiedenen, hier in Bayern und auch im Norden, oder wenn ich an die Bundestagswahl von 1976 denke, wo wir zwar das Ziel nicht ganz erreicht haben, aber immerhin doch

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

3,7 Prozent der Stimmen hinzugewonnen haben. Wenn ich schließlich bedenke, daß wir in zwei deutschen Großstädten, nämlich Frankfurt a. Main und München, im letzten Jahr die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen haben, dann, finde ich, kann man sagen, die Union ist auf der ganzen Linie auf dem Vormarsch. (Beifall)

"Einigkeit und Recht und Freiheit" heißt das Motto Ihres diesjährigen Parteitags. Sie hätten kein schöneres Wort wählen können. Es erinnert uns an den Dichter Hoffmann von Fallersleben, der dieses Lied vor weit über hundert Jahren gedichtet hat, ein deutscher Patriot, ein Mann, der von freiheitlichem Geist erfüllt war, der in einer Zeit lebte, als Deutschland auch zerrissen war, als auch mindestens ein Teil Deutschlands unfrei war. Das veranlaßt mich zu einem kurzen Nachdenken über den Patriotismus. Ich meine, ein wahrer Patriot muß einem überschäumenden Nationalismus entgegentreten und auf die Gefahren hinweisen, die mit einer übermäßigen Entfaltung des Nationalismus verbunden sind. Wir haben dazu in den letzten hundert Jahren unserer Geschichte mehrfach Veranlassung gehabt. Aber ein wahrer Patriot muß dann, wenn das Nationalbewußtsein zu verkümmern droht und von einigen sogar mit Füßen getreten wird, seine Stimme erheben und auf die zeitlosen Werte der Nation verweisen. (Beifall)

Ziel und Zentrum unserer Politik ist die Freiheit, die Freiheit unseres Volkes, die Freiheit des Einzelnen. Wir müssen die Rolle des Staates in dieser Auseinandersetzung, in diesem Kampf um die Freiheit, richtig erkennen. Der Staat ist nämlich einerseits Garant der Freiheit, aber andererseits bedroht er auch die Freiheit. Da, wo der Staat Garant der Freiheit ist, müssen wir ihn stärken in seiner Funktion, in seiner Stellung, in seinen Kompetenzen. Da aber, wo der Staat die Freiheit beschneidet, indem er eine immer größere auswuchernde Bürokratie schafft, da

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

müssen wir unsererseits den Staat beschneiden. (Beifall) Aber wenn man gegenwärtig in unser Land blickt, hat man das Gefühl, daß mancher Politik genau mit dem umgekehrten Vorzeichen betreibt, nämlich den Staat da beschneiden, wo er der Garant der Freiheit sein müßte, und den Staat auswuchern zu lassen da, wo er seinerseits die Freiheit der Bürger einschränkt. (Beifall) Ich spreche da einmal vom Terror. Der Staat verhält sich nach wie vor der Erscheinung des Terrorismus gegenüber zu lasch. Daß unsere Gefängnisse Brutstätten des Verbrechens werden konnten, daß sich in unseren Gefängnissen bis in die letzte Zeit hinein Verbrechen ereignen konnten, ist ein unerträglicher Zustand, der den Staat herausfordert, und zwar zu wesentlich stärkeren Reaktionen, als er bisher gezeigt hat.

Das gleiche gilt für die Auseinandersetzung mit den Verfassungsfeinden. Wir sind ein freiheitlicher Staat und deswegen geben wir unseren Feinden, d. h. den Gegnern unserer Verfassung, Rechte und Freiheiten, wie sie sie selbst in keinem anderen Land der Welt genießen würden. Sie haben das Recht der Redefreiheit, sie können ihre Broschüren verteilen, wo immer sie wollen, in den Zentren unserer Städte. Aber wir geben ihnen nicht das Recht, Beamte in unserem Staat zu werden; denn dann würde das freiheitliche Verständnis in Dummheit umschlagen, wenn wir das täten. (Beifall und: Sehr wahr!) Wir haben doch die Erfahrung, wir älteren, in der Weimarer Republik alle gemacht, daß einer der Gründe, an denen die Weimarer Republik zugrunde gegangen ist, die Tatsache war, daß Beamte in nicht unbeträchtlicher Zahl diese damalige freiheitliche Staatsform bekämpft haben. Wir haben 1949 daraus die Konsequenz gezogen und verlangen von unseren Beamten, daß sie aktiv für die freiheitliche Ordnung eintreten. Es sagen manche, das mag vielleicht für andere Beamte gelten, aber für Lehrer braucht das nicht zu gelten. Meine lieben Freunde! Die das sagen, verkennen die Rolle und den Beruf und die Aufgabe des Lehrers und der Schule in

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

unserem Lande vollständig. (Beifall) Die Schule ist nicht nur dazu da, Wissen zu vermitteln, natürlich ist sie auch dazu da, und die Schule ist auch nicht nur dazu da, die Schüler zu kritischem Denken zu befähigen, natürlich ist sie auch dazu da, sondern die Schule ist auch dazu da, Werte zu vermitteln, Grundwerte unseres demokratischen Zusammenlebens, und die kann nicht ein Lehrer vermitteln, der selbst ein Feind und Gegner dieser demokratischen Ordnung ist.

Zu diesen Grundwerten gehört Achtung vor der Menschenwürde, Toleranz, gehört auch Verantwortung. Meine lieben Freunde! Als der Liberalismus noch richtig verstanden und begriffen wurde, hat nie ein Zweifel daran bestanden, daß das Gegenstück der Freiheit die Verantwortung sei. Kant sagt: Handle so, daß die Maxime deines Willens jederzeit das Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung sein kann!

Und das Zweite, was an unseren Schulen unseren Schülern vermittelt werden muß, ist, so meine ich, Geschichtsbewußtsein. Ihnen muß klar werden, wie es in der deutschen Geschichte vor sich gegangen ist, wie wir zu dem Punkt gekommen sind, auf dem wir heute stehen, mit all den Tiefen, aber auch mit all den Höhen unserer Geschichte. Gerade heute, am 17. Juni, sage ich, es gehört auch zu den Aufgaben der Schule in einem demokratischen und freiheitlichen deutschen Rechtsstaat, daß sie den Kindern das Bewußtsein für die Identität mit ihrem Volk vermittelt, daß sie ihnen das Bewußtsein vermittelt, daß dieses Volk nicht an der Elbe endet, sondern daß dieses Volk das ganze Deutsche Volk ist. (Beifall)

Es gehört drittens, so meine ich, zu den Aufgaben der Schule in einem freiheitlich-demokratischen Staat auch, daß den Kindern bestimmte charakterliche Eigenschaften

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

vermittelt werden, ohne die sie im Leben ihren Mann nicht stehen können. Zu ihnen rechne ich zum Beispiel Fleiß oder Zuverlässigkeit oder Genauigkeit oder Leistungsbereitschaft. Es gibt Lehrer, die der Meinung sind, daß dies bösartige Erfindungen des kapitalistischen Systems seien, daß die Vermittlung dieser sog. Tugenden an die Kinder den Zweck hätte, das kapitalistische System der Ausbeutung zu perpetuieren. Diejenigen, die das sagen, sagen erstens die Unwahrheit. Ich will jetzt nicht auf die christliche und die griechische Tugendlehre zurückgreifen, um den Beweis dafür zu führen, daß diese Tugenden einen letzten Ursprung, einen Ursprung in den Urgründen der zivilisierten Menschheit haben. Aber diese Lehrer versündigen sich auch an ihren Schülern. Denn wenn die Schüler das wirklich glauben würden, was ihnen diese Lehrer sagen, wären sie schlecht auf den Eintritt in unsere hochdifferenzierte, hochtechnisierte Industriegesellschaft vorbereitet.

Schließlich möchte ich ein Drittes sagen. Daß diese Lehrer, von denen ich jetzt spreche, so reden können, wie sie reden, verdanken sie ausschließlich der Tatsache, daß die übrigen 90 Prozent unseres Volkes fleißig, gewissenhaft, genau und leistungsbereit sind. (Beifall) Wenn das nämlich nicht der Fall wäre, würden wir alle einschließlich derer, die das so daherreden, am Hungertuch nagen.

Zur Freiheit gehört die Verteidigung unserer Freiheit nach außen. Auch auf diesem Gebiet hat die Union über 30, 25 Jahre hinweg eine klare, zielstrebige, überzeugende Linie verfolgt. Am Anfang, das möchte ich gerade auch für und über Franz Joseph Strauß sagen, war es nicht leicht, den Gedanken der Notwendigkeit der eigenen Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen. Wir haben an diesem Gedanken seit der Mitte der fünfziger Jahre festgehalten.

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Ich will schließen mit einer Bemerkung über den heutigen Tag. Vor 25 Jahren standen die Arbeiter in der damals sowjetischen Besatzungszone auf. Aus diesem Aufstand der Arbeiter wurde eine Volksbewegung, eine Volksbewegung, deren Ziel es war, bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, aber die sich zugleich für freie Wahlen und für die Einheit unseres Vaterlandes einsetzten. Der Deutsche Bundestag beschloß, diesen Tag, den 17.Juni, zum Tag der deutschen Einheit zu erklären und ihm den Charakter des nationalen Gedenktags und eines gesetzlichen Feiertags zu geben. Heute wollen manche diesen gesetzlichen Feiertag wieder abschaffen. Ich frage warum. Soll das nicht mehr gelten, was wir alle vor 25 Jahren einmütig gesagt, gedacht, gefühlt und in die Tat umgesetzt haben? Wollen wir Deutsche alle 20 Jahre unsere Geschichte neu schreiben? Das haben wir in der Vergangenheit mit kläglichem Erfolg einigemale versucht. Oder will man mit der Abschaffung des gesetzlichen Feiertags auch den 17. Juni, ein vermeintliches Hindernis der Entspannungspolitik wegräumen? Wer so argumentiert, unterliegt, so glaube ich, einem dreifachen Irrtum. Die Entspannungspolitik leidet nicht darunter, daß wir des 17. Juni gedenken, sondern die Entspannungspolitik leidet unter Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und sowjetisch-kubanischer Expansionspolitik in Afrika und Asien. (Beifall)

Auch wenn wir zweitens den 17. Juni als gesetzlichen Feiertag abschaffen würden, würde dies an der sowjetischen Politik, an der Ostpolitik überhaupt nichts ändern. Die östlichen Staaten sagen uns ja mit aller Offenheit, daß für sie Entspannung Fortsetzung des ideologischen Kampfes bedeutet, und diesen ideologischen Kampf gegen uns werden sie führen ohne Rücksicht darauf, ob der 17. Juni Feiertag ist oder nicht.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Aber der dritte Irrtum ist der gravierendste: Das Eintreten für Menschenrecht und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker, vor allem des Deutschen Volkes, steht nicht zur Disposition irgend einer und sei es noch so wichtigen Politik, sondern hier handelt es sich um Prinzipien, die gegründet sind in der tiefen Überzeugung, in der moralischen Verpflichtung der Menschen. Wir sind gehalten, wir Deutschen mehr als andere, für Menschenrechte, für das Selbstbestimmungsrecht auf der ganzen Welt, besonders aber für die Deutschen in unserem Lande einzutreten.

So ist und bleibt Einigkeit und Recht und Freiheit das Ziel unserer Politik. Einigkeit im Sinne der Vollendung der Einheit des Deutschen Volkes, nicht als ein isolierter Nationalstaat, sondern als Glied eines freien Europa. Recht im Sinne der Verwirklichung von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung für alle Menschen, für alle Deutschen und für alle Völker. Und Freiheit als Vollendung des Menschen, als Krönung seiner Würde, aber nicht als isolierte Freiheit, sondern als Freiheit, die gebunden ist an die Verantwortung für das Ganze.

Ich glaube, in diesem Sinne, meine lieben Freunde, sollten wir von der Union den politischen Kampf fortsetzen. Wir haben große unverrückbare Ziele, an denen wir unsere Politik orientieren. Diese Ziele sind es wert, daß wir mit ganzer Kraft für sie kämpfen. Ich danke Ihnen. (Beifall)

<u>Tagungspräsident Hanauer:</u> Herr Bundestagspräsident, sehr herzlichen Dank für die Worte und die Fußnoten, die sehr beachtlichen Fußnoten, die Sie der Parole unseres Parteitags gerade heute, am 17. Juni, in Erinnerung des Ereignisses vor 25 Jahren, gegeben haben. Wir dürfen sehr herzlich bitten: Bewahren Sie für uns Ihre Freundschaft, die unsere ist Ihnen sicher. (Beifall)

ACSP, PT19780616-8

Dann darf ich den Herrn Generalsekretär Dr. Geißler in Vertretung des Bundesvorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, um sein Grußwort bitten, mit der Bitte um Entschuldigung, daß es sich etwas hinausgeschoben hat. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union: Herr Bundestagspräsident, Herr Parteivorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich sage gern und bewußt "liebe Parteifreunde", nicht deswegen, weil ich vorhin von Herrn Tandler das neue Abzeichen der CSU angesteckt und bekommen habe, also nicht deswegen, weil ich soz. die niederen Weihen der CSU bekommen habe, sondern weil wir - meine Damen und Herren, dadurch unterscheiden wir uns von Koalitionsparteien oder von Blockbündnissen von Parteien, dadurch sind wir Schwesterparteien - unsere Zeichen gemeinsam tragen können und weil wir eine gemeinsame geistige Herkunft und gemeinsame politische Ziele haben. (Beifall)

Ich bedanke mich im Namen des Parteipräsidiums der Christlich-Demokratischen Union herzlich für die Einladung, für die Gelegenheit, auf Ihren Parteitag für die CDU sprechen zu können. Helmut Kohl ist an der Zonengrenze, heute, am Tag der Deutschen Einheit auf einer Kundgebung. Er läßt Sie herzlich grüßen. (Beifall)

Nachdem der Bundeskanzler diesen Gedenktag in Frage gestellt hat, Herbert Wehner in Berlin bisher gemeinsame Positionen aufgeben will, Willy Brandt den Rechtsradikalismus, die Gefahr des Rechtsradikalismus an die Wand malt, um das Abtriften der SPD nach links weiter verbergen zu können, nachdem Bahr und Ehmke eine zweite Phase der Geheimdiplomatie nach dem Osten eingeleitet haben, ist es notwendig, daß wir, CDU und CSU, gemeinsam an diesem Tag nocheinmal unser Ziel klarstellen: Wir wollen nicht ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischem Europa, sondern ein freies Deutschland in einem freien Europa. (Beifall)

Nun gibt mit diesem Parteitag die Christlich-Soziale Union Rechenschaft über die vierjährige Arbeit in Bayern. Die bayerischen

ACSP, PT19780616-8

Minister stehen auf diesem Parteitag Rede und Antwort über ihre Politik. Ich war 10 jahrelang Minister für Soziales, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz und habe mit der Bayerischen Staatsregierung eng und gut zusammengearbeitet. Es beruht also sozs. auf eigener und unmittelbarer Kenntnis, wenn ich auch hier vor Ihnen und in der Öffentlichkeit sage, daß in den wichtigsten politischen Bereichen die Bayerische Staatsregierung und damit die Christlich-Soziale Union eine weit über das Land Bayern hinausragende erfolgreiche und vorbildliche Arbeit geleistet hat. (Beifall) Und Sie sehen es bitte nicht als eine Anmaßung an, sondern als einen Akt der Freundschaft, daß ich im Namen der Christlich-Demokratischen Union auch Ihrem Ministerpräsidenten, Ihrem Ministerpräsidenten Alfons Goppel, den Dank der Christlich-Demokratischen Union für die staatsmännische erfolgreiche Arbeit aussprechen, die er für Bayern und im Bundesgebiet, im Bundesrat für uns alle geleistet hat. (Beifall)

Wir haben heute morgen zurecht den Vorrang unserer freiheitlichen Ordnung betont. Aber ich bin davon überzeugt, daß dieser Vorrang, den unsere Verfassungsordnung und den unsere politische Grundsätze haben, durch den Vorzug ergänzt werden muß, den uns die Bürger freiwillig deswegen geben, weil sie davon überzeugtsind, daß wir eine bessere Politik machen können als andere Parteien, als andere politische Gruppierungen. Und diesen Beweis hat die Bayerische Staatsregierung unter Alfons Goppel geleistet. Dafür herzlichen Dank! Hier ist ein Beweis in einem wichtigen Bereich unseres Landes erbracht worden, daß auch ein moderner Industriestaat an der Schwelle zum 3.Jahrtausend freiheitlich und gleichzeitig sozial gerecht regiert werden kann. (Beifall)

Ich möchte aber auch meinem Freund Erich Kiesl im Namen der CDU für die Arbeit danken und ihm für die Wahl zum Oberbürgermeister gratulieren. Dies ist nicht der Sieg der Christlich-Demokratischen Union gewesen - so unbescheiden sind wir nicht -, aber er war

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

auch ein Sieg für die Union, genau so wie die Tatsache, daß heute christliche Demokraten Oberbürgermeister in Stuttgart und in Frankfurt sind, genauso wie die Tatsache, daß wir heute durch die Wahlen in Niedersachsen eine klare Mehrheit im Deutschen Bundesrat haben, daß unsere Mitgliederzahl in der Bundesversammlung, die im nächsten Jahr den Bundespräsidenten wählt, durch die Wahlen noch einmal verstärkt worden ist, und daß wir in den meisten Städten und Gemeinden heute bereits christlich-demokratische Gemeinderegierungen haben. Dies alles muß uns auf dem weiteren Weg beflügeln, gibt uns Mut und gibt uns Initiative.

Und, meine Damen und Herren, noch etwas! Nach 2 Jahren soz.aus dem Stand übernommener Regierungsverantwortung in Niedersachsen und nach der jetzt errungenen absoluten Mehrheit in Niedersachsen wollen wir es in der Zukunft in Niedersachsen genau so machen wie die Bayern, nämlich von 48,1 % im Jahre 1966 auf 62,1 % im Jahre 1974 zu kommen. Es kommt dann nur noch auf das Tempo an, ob wir es vielleicht sogar noch ein bißchen schneller hinkriegen. Für uns, meine Damen und Herren, ist ein solcher Wahlsieg eine Verpflichtung und gleichzeitig auch eine Herausforderung.

Meine lieben Parteifreunde! Worum geht es bei der Auseinandersetzung mit der Koalition? Lassen Sie mich dazu kurz zwei Gedanken sagen!

In einer Zeit der Widersprüche verlangen heute die Menschen nach einer grundsätzlichen Orientierung. Ich bin davon überzeugt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine geistige politische Kraft außer der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union gibt, die in der Lage wäre, diese Auseinandersetzung vor allem mit den marxistischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa zu führen und den

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Menschen eine humane Orientierung für die Zukunft zu geben. Wir haben diese Aufgabe. Wenn wir sie nicht erfüllen, wird diese Aufgabe von niemanden erfüllt werden können. Die Sozialdemokraten öffnen sich wieder dem Marxismus, anstatt ihn zu bekämpfen. Dies ist im übrigen auch ein Grund dafür, daß sie nicht in der Lage wären - so wie wir es getan haben - , sich mit den geistigen Ursachen des Terrorismus auseinanderzusetzen; denn dann müßten sie sich mit den Gewalttheorien auseinandersetzen, die viele vom Marxismus abgeleitet haben, und diese Auseinandersetzung würde zu einer Zerreißprobe in dieser Partei führen. (Beifall)

Wir müssen, meine Damen und Herren, gegenüber den Ansprüchen der Sozialisten und der Marxisten in Europa, die in keinem Verhältnis zu ihren politischen Fähigkeiten stehen, feststellen, daß überall dort, wo sozialistische Ziele in der Politik realisiert worden sind, dies doch nicht zu mehr Befreiung, zu mehr Freiheit, zu mehr Glück, zu mehr Wohlstand und Sicherheit für die Bürger dort geführt hat, sondern zu einer neuen grausamen Form der Ausbeutung, zu einer neuen Klasse der kommunistischen Funktionäre und der Parteibürokratie. Und, meine Damen und Herren, an die Adresse der Jungsozialisten und auch mancher Gesellschaftstheoretiker an den deutschen Universitäten und Hochschulen müssen wir feststellen: Ausgebeutet werden die Arbeiter nicht in der Bundesrepublik Deutschland, auch nicht in Westeuropa oder in den Vereinigten Staaten. Ausbeutung im klassischen Sinn von Karl Marx, im Sinne des vorenthaltenen Lohns findet statt in der DDR, in Polen und in der Sowjetunion. (Beifall)

Wir müssen diese Auseinandersetzung deswegen offensiv führen, weil wir - wie Franz Josef Strauß heute morgen schon gesagt hat - auch in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Verschiebung des Koordinatensystems zu rechnen haben, in dem der Rechtsradi-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

kalismus, der als politisch relevante Größe in der Bundesrepublik Deutschland nicht existiert, als politische Gefahr an die Wand gemalt wird. Meine Damen und Herren, wir können diese Auseinandersetzung spüren; nur, wir müssen Willy Brandt und die Sozialdemokraten auf die Auswirkungen im Ausland aufmerksam machen. Der Generalbundesanwalt Buback war gerade wenige Wochen vorher von Leuten ermordet worden, die sich als Linksradikale, als Antikapitalisten bezeichnet haben, da hat Willy Brandt, der Parteivorsitzende der SPD, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, ehemaliger Außenminister und deutscher Bundeskanzler an den Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Brief geschrieben und ihn in ultimativer Form aufgefordert, den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen. Und, meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat dies als Unsinn abgetan. Aber damit war die Sache nicht erledigt. Dieser Brief des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers stand am andern Tag auf der ersten Seite von "Le Monde" und "La Stampa", meine Damen und Herren, und seit diesem Zeitpunkt dient dieser Brief als Zeugnis und, wir wissen, als falsches Zeugnis gegen die Bundesrepublik Deutschland. (Beifall) Und wenn bei der Nachricht des Todes von Hans Martin Schleyer an der Universität Rom tausende von jungen Italienern und Studenten in einen minutenlangen frenetischen Beifall ausbrechen, dann hat dies zwar auch seine Ursache in der geistigen Verwirrung durch die Ideologen in Italien selber, aber auch seine Ursache in den falschen Zeugnissen, die die eigenen Leute aus der Bundesrepublik Deutschland im Ausland gegen unseren freiheitlichen Staat abgelegt haben. (Beifall)

Deswegen müssen wir diese Auseinandersetzung, diese Strategie gegen die Unionsparteien, die von Bahr und von Brandt zu Beginn dieses Jahres eingeleitet worden ist, ernst nehmen. Die müssen wir auch ernst nehmen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit den inneren Feinden der Freiheit. Radikalenerlaß! Man sucht, uns hier einen Stempel aufzudrücken. Aber, meine Damen und Herren,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

wir haben heute noch einen gefestigten Staat, einen gefestigten Rechtsstaat, nicht deswegen, weil wir pseudoliberal gewesen sind, sondern weil wir die Freiheit so, wie es der Bundestagspräsident eben gesagt hat, auch nach innen verteidigt haben, und wir können uns nicht damit beruhigen, daß wir wissen, daß es noch relativ wenige sind, obwohl sie zunehmen, wie wir heute morgen gehört haben - die Links- oder Rechts, aber vor allem die Linksradikalen, sondern wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß es so wenige bleiben. Das ist unsere Aufgabe. Und, meine Damen und Herren, die Rechte, auf die sich die Linksradikalen heute zur Durchsetzung ihrer Ziele berufen, würden als erste abgeschafft werden, wenn sie sich selber an der Macht befänden.

Ich wollte einen zweiten Punkt hier anführen. Ich will dies nur als Ziel, als gemeinsames Ziel hier ansprechen, weil es heute morgen schon genannt worden ist: Wir brauchen in der Innenpolitik in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten eine offensive Strategie zugunsten der sozialen Marktwirtschaft. Ich darf Sie daran erinnern, was Müller-Armack, der jüngst verstorbene geistige Mitautor und, man darf auch sagen Vater der sozialen Marktwirtschaft zusammen mit Ludwig Erhard gesagt hat: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft sind vor allem durch das schleichende Vordringen des demokratischen Sozialismus begründet, und zwar dadurch, daß die unternehmerische Tätigkeit schleichend Schritt für Schritt gelähmt wird. Wir wissen dies alles. Aber neben dem Investitionsstau, der durch die Verunsicherung der deutschen Wirtschaft hervorgerufen worden ist, ist noch etwas anderes in dem Zusammenhang zu bedenken - ich fasse dies auch etwas als Diskussionsbeitrag auf _ , was Franz Josef Strauß heute über die schleichende Zunahme des Sozialismus durch ein Übergewicht der Gesetze und Verordnungen gesagt hat. Sicher haben wir einen Investitionsstau, aber ist es denn noch nicht viel schlimmer? Unterscheiden wir uns denn nicht von den totalitären

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Staaten dadurch, daß dort der Grundsatz gilt: Es ist alles verboten, was nicht grundsätzlich erlaubt ist? Und muß nicht bei uns der umgekehrte Grundsatz gelten: Bei uns ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Wenn ein junger Mann ein Lebensmittelgeschäft aufmachen will, muß er heute 180 bis 190 Verordnungen beachten, die zum Teil ihren Sinn haben, aber zum Teil keinen Sinn haben. Wenn er Gefahr läuft, soz. jede Minute gegen einen Paragraphen oder gegen mehrere Paragraphen zu verstoßen, vollzieht sich dann in diesem Mann nicht eine Konvergenz des Bewußtseins, eine wahre Konvergenz, daß er nämlich eines Tages, wenn er lange genug diesen Beruf ausgeübt hat und angeeckt ist, zu dem Eindruck kommt, daß er eben nicht mehr in einem Staat lebt, in dem alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist, sondern umgekehrt er in einem Staate lebt, in dem alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist? Dies ist die Gefahr, in der wir uns befinden, meine Damen und Herren. (Beifall) Deswegen haben wir einen großen Kongreß für die Gefahren der Bürokratie abgehalten. Deswegen müssen wir, glaube ich, in der politischen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner diese menschenverachtende These von Lenin "Vertrauen ist gut, aber Kontrolle ist besser" in der Praxis unserer politischen Arbeit umdrehen und sagen: Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser, Vertrauen in den Bürgersinn unserer Mitmenschen, der Menschen, die hier leben. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Diese politische Arbeit, diese politischen Ziele werden auch die Prüfsteine unserer Auseinandersetzung mit den Freien Demokraten sein. Die Freien Demokraten werden in den kommenden Monaten beweisen müssen, ob sie in der Lage sind, zu einer liberalen Politik zurückzufinden. Denn die Niederlagen in Niedersachsen und in Hamburg sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Freien Demokraten ihr liberales Profil auch auf der Bundesebene verloren haben, wo sie sich in den wichtigen politischen Fragen fast kaum mehr von den Sozialdemokraten unterscheiden. Nun ist heute auf dem FDP-Parteitag

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

in Hessen die Entscheidung gefallen: Von den anwesenden Delegierten des FDP-Parteitages in Hessen haben sich 173 für eine Koalition mit der SPD und 113 dafür ausgesprochen, daß sich die Freien Demokraten offenhalten sollen. Meine Damen und Herren, damit hat die FDP, so meine ich, eine historische Entscheidung gefällt. Dies ist keine Entscheidung im Interesse der hessischen Bürger gewesen; es war eine Entscheidung, diktiert von bundespolitischen Erwägungen, aus dem Zwangsbündnis mit der SDP heraus geboren. Dies war eine Entscheidung gegen die politische Vernunft und gegen eine mögliche liberale Politik in Hessen. Meine Damen und Herren, ich möchte auch begründen, warum. In Hessen sind die Sozialdemokraten seit über 30 Jahren an der Regierung. Aber in diesen 30 Jahren sind, im Gegensatz zum Beispiel zu Bayern oder zu anderen Ländern, wo Christliche Demokraten ebenfalls Jahrzehnte an der Regierung sind, die Sozialdemokraten von Wahl zu Wahl auf die absteigende Linie geraten, haben Wahl um Wahl verloren, haben die absulute Mehrheit verloren. Sie haben entscheidende Fehler in der hessischen Politik gemacht; sie haben eine antiliberale Bildungspolitik betrieben. Der Weg der hessischen Sozialdemokraten war und ist gepflastert von Affären, Skandalen, Personalaffären, ~~und~~ von einem Ministerpräsidenten, der aus moralischen Gründen zurücktreten mußte. Diese Politik ist heute gekennzeichnet durch einen Ministerpräsidenten, der allein schon deswegen für gut befunden wird, weil er nichts Böses mehr tut. Nun, meine Damen und Herren, da geht es wie bei der Nächstenliebe: Wo sich Nächstenliebe oder derjenige, der Nächstenliebe zu tun vorgibt, nur noch dadurch beweist, daß er nichts Böses mehr tut, ist die Nächstenliebe von der Faulheit kaum mehr zu unterscheiden. Meine Damen und Herren, diese Art von Politik des Nichtstuns, des Unvermögens, der Unfähigkeit zu regieren ist kein Ausweis für eine Politik in diesem Lande, auch in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Probleme sich angestaut haben und wo wir endlich eine Regierung brauchen, die in der Lage ist, mit einer

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

breiten Mehrheit versehen, die dringenden Probleme der Bürger zu lösen, anstatt sie vor sich herzuschieben.

Wenn die Freien Demokraten, meine Damen und Herren, nun diese Entscheidung gefällt haben, dann sollten wir in den kommenden Monaten vielleicht gar nicht mehr so sehr über diese Partei reden, wir sollten von den liberalen Wählern reden und sollten den liberalen Wählern klar machen - und es muß ihnen klar werden - , daß Sie jetzt die Chance und die Möglichkeit haben, die Partei zu wählen, die als einzige freiheitliche und gleichzeitig effiziente Politik in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland gestalten kann, nämlich die Christlich-Demokratische Union. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir müssen - lassen Sie mich dies zum Abschluß sagen! - auch auf Grund der Wahlergebnisse in Niedersachsen und in Hamburg jedem Versuch entgegentreten, den Unmut der Bürger, der zweifelsfrei erkennbar ist, den Unmut über eine unfähige Bundesregierung auf uns ableiten zu lassen. Wir sind in der Opposition, und wir dürfen uns nicht die Fehler und die Versäumnisse, die diese Bundesregierung zu verantworten hat, uns selber anrechnen lassen, sondern wir müssen klarmachen, daß wir Alternativen haben. Wir haben in der Bundestagsfraktion und in den Parteien die notwendigen positiven Alternativen zu den grundlegenden politischen Fragen unseres Landes erarbeitet. Wir haben den Sachkompetenzvorsprung gegenüber den Sozialdemokraten auf allen wichtigen Gebieten wieder errungen, wie die Meinungsforschungsinstitute uns heute sagen. Die Unfähigkeit der jetzigen Bundesregierung und der Koalition auf der einen Seite und unsere Kraft und Stärke durch unsere Kompetenz zu der Lösung der Sachfragen, das ist eine wichtige Voraussetzung für den Sieg der Unionsparteien.

Aber es muß eine 3.Notwendigkeit hinzukommen, nämlich daß wir gemeinsam entschlossen kämpfen, und zwar in die richtige Richtung.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wir sind Schwesterparteien und wir sind keine Koalitionsparteien. Die Christlich-Demokratische Union steht zu unserer gemeinsamen Geschichte, zu dem, was wir vereinbart haben, und zu unserer gemeinsamen Zukunft, und angesichts des andauernden und jetzt durch die Entscheidung der hessischen FDP bestätigten Blockbündnisses der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten wollen wir zusammen alle Möglichkeiten prüfen, um dem Wählerwillen wieder zum Durchbruch zu verhelfen, so wie wir es vereinbart haben. Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, daß wir alle Argumente ernst nehmen. Und Sie können sich darauf verlassen: Die Christlich-Demokratische Union wird die Argumente der CSU ernst nehmen, genau wie wir unsere eigenen Argumente von Ihnen ernst genommen wissen wollen.

Meine Damen und Herren! Das alles hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir nicht gegeneinanderstehen, wenn wir alles gemeinsam tun, im Einvernehmen, verbunden in dem Ziel, diese Koalition abzulösen und dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland wieder freiheitlich und sozial gerecht regiert werden kann. (Beifall)

Im nächsten Jahr sind CDU und CSU 30 Jahre in einer Fraktionsgemeinschaft. Auf dem Hamburger Parteitag der CDU hat unser Freund Dollinger vor 5 Jahren von der bevorstehenden Silberhochzeit gesprochen. Franz Josef Strauß hat damals als Grußredner diese Anmerkung aufgenommen und hat allerdings erklärt, in dem Verhältnis zwischen CDU und CSU solle man nicht in den Vorstellungen eines silbernen, eines eisernen oder diamantenen Jubiläums reden, das beste sei, wenn man sich jeden Tag neu verheiratet fühle. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, er hat hinzugefügt, so etwas gäbe Auftrieb, dies gäbe Dynamik, dies gäbe Elan. Darf ich es einmal so sagen: Frischen wir doch unsere alte Liebe wieder auf! (Beifall) Und ich füge hinzu, meine Damen und Herren, dies gibt auch die Voraussetzung dafür,

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

daß wir einen gemeinsamen Siegeslauf beider Parteien in den kommenden Wahlen haben. Beim Vormarsch der Unionsparteien ist jede Etappe gleich wichtig; keine kann übersprungen werden. Die Aufgabe ist es - das ist schon gesagt worden - ,nicht nur Mehrheiten zu gewinnen, sondern Mehrheiten zu erhalten und auszubauen und von Wahl zu Wahl um jede Wählerstimme zu kämpfen. Jede Stimme für die CSU in Bayern stärkt die Union insgesamt und bringt uns unserem Ziel der Ablösung der derzeitigen Bundesregierung näher. Die CDU wünscht deshalb der Christlich-Sozialen Union die Wiederholung des großartigen Sieges des Jahres 1974. Wir wollen, daß die CSU und mit der CSU Franz Josef Strauß Erfolg hat; denn dieser Erfolg ist gleichzeitig ein Erfolg für uns alle miteinander. (Langanhaltender Beifall)

Tagungspräsident Hanauer: Herr Generalsekretär Dr.Geißler, recht herzlichen Dank! Dank für Ihr Grußwort! Dank auch für die Bereitschaft zur Erneuerung eines Ehebundes, von dem mir aber noch nicht bekannt ist, daß er der Erneuerung bedürfte, weil ich ihn für noch recht frisch halte. Denn je frischer eine Ehe ist, umso deutlicher ist gelegentlich die Aussprache zwischen Ehepartnern, sonst wäre es eine schlechte Ehe. (Beifall) Ich bedanke mich auch für die Worte der Anerkennung, die Sie für die CSU und ihre Erfolge gefunden haben. Und ich glaube, wenn Sie die Akzeleration, von der Sie sprachen, in das richtige Tempo umsetzen, sind Ihnen auch die höheren Weihen - Sie sprachen eingangs von den niederen Weihen - der CSU greifbar nahe.

Nochmals herzlichen Dank.

Ich darf nun in unserer Mitte als letzten unserer hervorragenden Ehrengäste begrüßen den Präsidenten der Union Europäischer Christlicher Demokraten, den langjährigen Bundestagspräsidenten und auch Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel, und ihn gleichzeitig um sein Grußwort bitten. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union: Herr Bundestagspräsident, Herr Parteivorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde! Ich sage gern und bewußt "liebe Parteifreunde", nicht deswegen, weil ich vorhin von Herrn Tandler das neue Abzeichen der CSU angesteckt und bekommen habe, also nicht deswegen, weil ich soz. die niederen Weihen der CSU bekommen habe, sondern weil wir - meine Damen und Herren, dadurch unterscheiden wir uns von Koalitionsparteien oder von Blockbündnissen von Parteien, dadurch sind wir Schwesterpartei - unsere Zeichen gemeinsam tragen können und weil wir eine gemeinsame geistige Herkunft und gemeinsame politische Ziele haben. (Beifall)

Ich bedanke mich im Namen des Parteipräsidiums der Christlich-Demokratischen Union herzlich für die Einladung, für die Gelegenheit, auf Ihren Parteitag für die CDU sprechen zu können. Helmut Kohl ist an der Zonengrenze, heute, am Tag der Deutschen Einheit auf einer Kundgebung. Er läßt Sie herzlich grüßen. (Beifall)

Nachdem der Bundeskanzler diesen Gedenktag in Frage gestellt hat, Herbert Wehner in Berlin bisher gemeinsame Positionen aufgeben will, Willy Brandt den Rechtsradikalismus, die Gefahr des Rechtsradikalismus an die Wand malt, um das Abtriften der SPD nach links weiter verbergen zu können, nachdem Bahr und Ehmke eine zweite Phase der Geheimdiplomatie nach dem Osten eingeleitet haben, ist es notwendig, daß wir, CDU und CSU, gemeinsam an diesem Tag nocheinmal unser Ziel klarstellen: Wir wollen nicht ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischem Europa, sondern ein freies Deutschland in einem freien Europa. (Beifall)

Nun gibt mit diesem Parteitag die Christlich-Soziale Union Rechenschaft über die vierjährige Arbeit in Bayern. Die bayerischen

ACSP, PT19780616-8

Minister stehen auf diesem Parteitag Rede und Antwort über ihre Politik. Ich war 10 jahrelang Minister für Soziales, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz und habe mit der Bayerischen Staatsregierung eng und gut zusammengearbeitet. Es beruht also soz. auf eigener und unmittelbarer Kenntnis, wenn ich auch hier vor Ihnen und in der Öffentlichkeit sage, daß in den wichtigsten politischen Bereichen die Bayerische Staatsregierung und damit die Christlich-Soziale Union eine weit über das Land Bayern hinausragende erfolgreiche und vorbildliche Arbeit geleistet hat. (Beifall) Und Sie sehen es bitte nicht als eine Anmaßung an, sondern als einen Akt der Freundschaft, daß ich im Namen der Christlich-Demokratischen Union auch Ihrem Ministerpräsidenten, Ihrem Ministerpräsidenten Alfons Goppel, den Dank der Christlich-Demokratischen Union für die staatsmännische erfolgreiche Arbeit ausspreche, die er für Bayern und im Bundesgebiet, im Bundesrat für uns alle geleistet hat. (Beifall)

Wir haben heute morgen zurecht den Vorrang unserer freiheitlichen Ordnung betont. Aber ich bin davon überzeugt, daß dieser Vorrang, den unsere Verfassungsordnung und den unsere politische Grundsätze haben, durch deh Vorzug ergänzt werden muß, den uns die Bürger freiwillig deswegen geben, weil sie davon überzeugtsind, daß wir eine bessere Politik machen können als andere Parteien, als andere politische Gruppierungen. Und diesen Beweis hat die Bayerische Staatsregierung unter Alfons Goppel geleistet. Dafür herzlichen Dank! Hier ist ein Beweis in einem wichtigen Bereich unseres Landes erbracht worden, daß auch ein moderner Industriestaat an der Schwelle zum 3.Jahrtausend freiheitlich und gleichzeitig sozial gerecht regiert werden kann. (Beifall)

Ich möchte aber auch meinem Freund Erich Kiesl im Namen der CDU für die Arbeit danken und ihm für die Wahl zum Oberbürgermeister gratulieren. Dies ist nicht der Sieg der Christlich-Demokratischen Union gewesen - so unbescheiden sind wir nicht -, aber es war

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

auch ein Sieg für die Union, genau so wie die Tatsache, daß heute christliche Demokraten Oberbürgermeister in Stuttgart und in Frankfurt sind, genauso wie die Tatsache, daß wir heute durch die Wahlen in Niedersachsen eine klare Mehrheit im Deutschen Bundesrat haben, daß unsere Mitgliederzahl in der Bundesversammlung, die im nächsten Jahr den Bundespräsidenten wählt, durch die Wahlen noch einmal verstärkt worden ist, und daß wir in den meisten Städten und Gemeinden heute bereits christlich-demokratische Gemeinderegierungen haben. Dies alles muß uns auf dem weiteren Weg beflügeln, gibt uns Mut und gibt uns Initiative.

Und, meine Damen und Herren, noch etwas! Nach 2 Jahren soz.aus dem Stand übernommener Regierungsverantwortung in Niedersachsen und nach der jetzt errungenen absoluten Mehrheit in Niedersachsen wollen wir es in der Zukunft in Niedersachsen genau so machen wie die Bayern, nämlich von 48,1 % im Jahre 1966 auf 62,1 % im Jahre 1974 zu kommen. Es kommt dann nur noch auf das Tempo an, ob wir es vielleicht sogar noch ein bißchen schneller hinkriegen. Für uns, meine Damen und Herren, ist ein solcher Wahlsieg eine Verpflichtung und gleichzeitig auch eine Herausforderung.

Meine lieben Parteifreunde! Worum geht es bei der Auseinandersetzung mit der Koalition? Lassen Sie mich dazu kurz zwei Gedanken sagen!

In einer Zeit der Widersprüche verlangen heute die Menschen nach einer grundsätzlichen Orientierung. Ich bin davon überzeugt, daß es in der Bundesrepublik Deutschland keine geistige politische Kraft außer der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union gibt, die in der Lage wäre, diese Auseinandersetzung vor allem mit den marxistischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa zu führen und den

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Menschen eine humane Orientierung für die Zukunft zu geben. Wir haben diese Aufgabe. Wenn wir sie nicht erfüllen, wird diese Aufgabe von niemanden erfüllt werden können. Die Sozialdemokraten öffnen sich wieder dem Marxismus, anstatt ihn zu bekämpfen. Dies ist im Übrigen auch ein Grund dafür, daß sie nicht in der Lage wären - so wie wir es getan haben - , sich mit den geistigen Ursachen des Terrorismus auseinanderzusetzen; denn dann müßten sie sich mit den Gewalttheorien auseinandersetzen, die viele vom Marxismus abgeleitet haben, und diese Auseinandersetzung würde zu einer Zerreißprobe in dieser Partei führen. (Beifall)

Wir müssen, meine Damen und Herren, gegenüber den Ansprüchen der Sozialisten und der Marxisten in Europa, die in keinem Verhältnis zu ihren politischen Fähigkeiten stehen, feststellen, daß überall dort, wo sozialistische Ziele in der Politik realisiert worden sind, dies doch nicht zu mehr Befreiung, zu mehr Freiheit, zu mehr Glück, zu mehr Wohlstand und Sicherheit für die Bürger dort geführt hat, sondern zu einer neuen grausamen Form der Ausbeutung, zu einer neuen Klasse der kommunistischen Funktionäre und der Parteibürokratie. Und, meine Damen und Herren, an die Adresse der Jungsozialisten und auch mancher Gesellschaftstheoretiker an den deutschen Universitäten und Hochschulen müssen wir feststellen: Ausgebeutet werden die Arbeiter nicht in der Bundesrepublik Deutschland, auch nicht in Westeuropa oder in den Vereinigten Staaten. Ausbeutung im klassischen Sinn von Karl Marx, im Sinne des vorenthaltenen Lohns findet statt in der DDR, in Polen und in der Sowjetunion. (Beifall)

Wir müssen diese Auseinandersetzung deswegen offensiv führen, weil wir - wie Franz Josef Strauß heute morgen schon gesagt hat - auch in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Verschiebung des Koordinatensystems zu rechnen haben, in dem der Rechtsradi-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

kalismus, der als politisch relevante Größe in der Bundesrepublik Deutschland nicht existiert, als politische Gefahr an die Wand gemalt wird. Meine Damen und Herren, wir können diese Auseinandersetzung spüren; nur, wir müssen Willy Brandt und die Sozialdemokraten auf die Auswirkungen im Ausland aufmerksam machen. Der Generalbundesanwalt Buback war gerade einig wenige Wochen vorher von Leuten ermordet worden, die sich als Linksradikale, als Antikapitalisten bezeichnet haben, da hat Willy Brandt, der Parteivorsitzende der SPD, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, ehemaliger Außenminister und deutscher Bundeskanzler, an den Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Brief geschrieben und ihn in ultimativer Form aufgefordert, den Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen. Und, meine Damen und Herren, der Bundeskanzler hat dies als Unsinn abgetan. Aber damit war die Sache nicht erledigt. Dieser Brief des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers stand am andern Tag auf der ersten Seite von "Le Monde" und"La Stampa", meine Damen und Herren, und seit diesem Zeitpunkt dient dieser Brief als Zeugnis und, wir wissen, als falsches Zeugnis gegen die Bundesrepublik Deutschland. (Beifall) Und wenn bei der Nachricht des Todes von Hans Martin Schleyer an der Universität Rom tausende von jungen Italienern und Studenten in einen minutenlangen frenetischen Beifall ausbrechen, dann hat dies zwar auch seine Ursache in der geistigen Verwirrung durch die Ideologen in Italien selber, aber auch seine Ursache in den falschen Zeugnissen, die die eigenen Leute aus der Bundesrepublik Deutschland im Ausland gegen unseren freiheitlichen Staat abgelegt haben. (Beifall)

Deswegen müssen wir diese Auseinandersetzung, diese Strategie gegen die Unionsparteien, die von Bahr und von Brandt zu Beginn dieses Jahres eingeleitet worden ist, ernst nehmen. Die müssen wir auch ernst nehmen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit den inneren Feinden der Freiheit. Radikalenerlaß! Man sucht, uns hier einen Stempel aufzudrücken. Aber, meine Damen und Herren,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

wir haben heute noch einen gefestigten Staat, einen gefestigten Rechtsstaat, nicht deswegen, weil wir pseudoliberal gewesen sind, sondern weil wir die Freiheit so, wie es der Bundestagspräsident eben gesagt hat, auch nach innen verteidigt haben, und wir können uns nicht damit beruhigen, daß wir wissen, daß es noch relativ wenige sind, obwohl sie zunehmen, wie wir heute morgen gehört haben - die Links- oder Rechts, aber vor allem die Linksradikalen, sondern wir haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß es so wenige bleiben. Das ist unsere Aufgabe. Und, meine Damen und Herren, die Rechte, auf die sich die Linksradikalen heute zur Durchsetzung ihrer Ziele berufen, würden als erste abgeschafft werden, wenn sie sich selber an der Macht befänden.

Ich wollte einen zweiten Punkt hier anführen. Ich will dies nur als Ziel, als gemeinsames Ziel hier ansprechen, weil es heute morgen schon genannt worden ist: Wir brauchen in der Innenpolitik in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten eine offensive Strategie zugunsten der sozialen Marktwirtschaft. Ich darf Sie daran erinnern, was Müller-Armack, der jüngst verstorbene geistige Mitautor und, man darf auch sagen Vater der sozialen Marktwirtschaft zusammen mit Ludwig Erhard gesagt hat: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten in unserer Wirtschaft sind vor allem durch das schleichende Vordringen des demokratischen Sozialismus begründet, und zwar dadurch, daß die unternehmerische Tätigkeit schleichend Schritt für Schritt gelähmt wird. Wir wissen dies alles. Aber neben dem Investitionsstau, der durch die Verunsicherung der Deutschen Wirtschaft hervorgerufen worden ist, ist noch etwas anderes in dem Zusammenhang zu bedenken - ich fasse dies auch etwas als Diskussionsbeitrag auf - , was Franz Josef Strauß heute über die schleichende Zunahme des Sozialismus durch ein Übergewicht der Gesetze und Verordnungen gesagt hat. Sicher haben wir einen Investitionsstau, aber ist es denn noch nicht viel schlimmer? Unterscheiden wir uns denn nicht von den totalitären

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Staaten dadurch, daß dort der Grundsatz gilt: Es ist alles verboten, was nicht grundsätzlich erlaubt ist? Und muß nicht bei uns der umgekehrte Grundsatz gelten: Bei uns ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. Wenn ein junger Mann ein Lebensmittelgeschäft aufmachen will, muß er heute 180 bis 190 Verordnungen beachten, die zum Teil ihren Sinn haben, aber zum Teil keinen Sinn haben. Wenn er Gefahr läuft, soz. jede Minute gegen einen Paragraphen oder gegen mehrere Paragraphen zu verstoßen, vollzieht sich dann in diesem Mann nicht eine Konvergenz des Bewußtseins, eine Wahre Konvergenz, daß er nämlich eines Tages, wenn er lange genug diesen Beruf ausgeübt hat und angeeckt ist, zu dem Eindruck kommt, daß er eben nicht mehr in einem Staat lebt, in dem alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist, sondern umgekehrt er in einem Staate lebt, in dem alles verboten ist, was nicht ausdrücklich erlaubt ist? Dies ist die Gefahr, in der wir uns befinden, meine Damen und Herren. (Beifall) Deswegen Wir haben einen großen Kongreß für die Gefahren der Bürokratie abgehalten. Deswegen müssen wir, glaube ich, in der politischen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner diese menschenverachtende These von Lenin "Vertrauen ist gut aber Kontrolle ist besser" in der Praxis unserer politischen Arbeit umdrehen und sagen: Kontrolle ist gut, aber Vertrauen ist besser, Vertrauen in den Bürgersinn unserer Mitmenschen, der Menschen, die hier leben. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Diese politische Arbeit, diese politischen Ziele werden auch die Prüfsteine unserer Auseinandersetzung mit den Freien Demokraten sein. Die Freien Demokraten werden in den kommenden Monaten beweisen müssen, ob sie in der Lage sind, zu einer liberalen Politik zurückzufinden. Denn die Niederlagen in Niedersachsen und in Hamburg sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Freien Demokraten ihr liberales Profil auch auf der Bundesebene verloren haben, wo sie sich in den wichtigen politischen Fragen fast kaum mehr von den Sozialdemokraten unterscheiden. Nun ist heute auf dem FDP-Parteitag

Bereitgestellt im Archiv für Christlich-soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet - Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

in Hessen die Entscheidung gefallen: Von den Anwesenden Delegierten des FDP-Parteitages in Hessen haben sich 173 für eine Koalition mit der SPD und 113 dafür ausgesprochen, daß sich die Freien Demokraten offenhalten sollen. Meine Damen und Herren, damit hat die FDP, so meine ich, eine historische Entscheidung gefällt. Dies ist keine Entscheidung im Interesse der hessischen Bürger gewesen; es war eine Entscheidung, diktiert von bundespolitischen Erwägungen, aus dem Zwangsbündnis mit der SDP heraus geboren. Dies war eine Entscheidung gegen die politische Vernunft und gegen eine mögliche liberale Politik in Hessen. Meine Damen und Herren, ich möchte auch begründen, warum. In Hessen sind die Sozialdemokraten seit über 30 Jahren an der Regierung. Aber in diesen 30 Jahren sind, im Gegensatz zum Beispiel zu Bayern oder zu anderen Ländern, wo Christliche Demokraten ebenfalls Jahrzehnte an der Regierung sind, die Sozialdemokraten von Wahl zu Wahl auf die absteigende Linie geraten, haben Wahl um Wahl verloren, haben die absulute Mehrheit verloren. Sie haben entscheidende Fehler in der hessischen Politik gemacht; sie haben eine antiliberale Bildungspolitik betrieben. Der Weg der hessischen Sozialdemokraten war und ist gepflastert von Affären, Skandalen, Personalaffären, von einem Ministerpräsidenten, der aus moralischen Gründen zurücktreten mußte. Diese Politik ist heute gekennzeichnet durch einen Ministerpräsidenten, der allein schon deswegen für gut befunden wird, weil er nichts Böses mehr tut. Nun, meine Damen und Herren, da geht es wie bei der Nächstenliebe: Wo sich Nächstenliebe oder derjenige, der Nächstenliebe zu tun vorgibt, nur noch dadurch beweist, daß er nichts Böses mehr tut, ist die Nächstenliebe von der Faulheit kaum mehr zu unterscheiden. Meine Damen und Herren, diese Art von Politik des Nichtstuns, des Unvermögens, der Unfähigkeit zu regieren ist kein Ausweis für eine Politik in diesem Lande, auch in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Probleme sich angestaut haben und wo wir endlich eine Regierung brauchen, die in der Lage ist, mit einer

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

breiten Mehrheit versehen, die dringenden Probleme der Bürger zulösen, anstatt sie vor sich herzuschieben.

Wenn die Freien Demokraten, meine Damen und Herren, nun diese Entscheidung gefällt haben, dann sollten wir in den kommenden Monaten vielleicht gar nicht mehr so sehr über diese Partei reden, wir sollten von den liberalen Wählern reden und sollten den liberalen Wählern klar machen - und es muß ihnen klar werden - , daß sie jetzt die Chance und die Möglichkeit haben, die Partei zu wählen, die als einzige freiheitliche und gleichzeitig effiziente Politik in Hessen, aber auch in der Bundesrepublik Deutschland gestalten kann, nämlich die Christlich-Demokratische Union. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir müssen - lassen Sie mich dies zum Abschluß sagen! - auch auf Grund der Wahlergebnisse in Niedersachsen und in Hamburg jedem Versuch entgegentreten, den Unmut der Bürger, der zweifelsfrei erkennbar ist, den Unmut über eine unfähige Bundesregierung auf uns ableiten zu lassen. Wir sind in der Opposition, und wir dürfen uns nicht die Fehler und die Versäumnisse, die diese Bundesregierung zu verantworten hat, uns selber anrechnen lassen, sondern wir müssen klarmachen, daß wir Alternativen haben. Wir haben in der Bundestagsfraktion und in den Parteien die notwendigen positiven Alternativen zu den grundlegenden politischen Fragen unseres Landes erarbeitet. Wir haben den Sachkompetenzvorsprung gegenüber den Sozialdemokraten auf allen wichtigen Gebieten wieder errungen, wie die Meinungsforschunginstitute uns heute sagen. Die Unfähigkeit der jetzigen Bundesregierung und der Koalition auf der einen Seite und unsere Kraft und Stärke durch unsere Kompetenz zu der Lösung der Sachfragen, das ist eine wichtige Voraussetzung für den Sieg der Unionsparteien.

Aber es muß eine 3.Notwendigkeit hinzukommen, nämlich daß wir gemeinsam entschlossen kämpfen, und zwar in die richtige Richtung.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Wir sind Schwesterparteien und wir sind keine Koalitionsparteien. Die Christlich-Demokratische Union steht zu unserer gemeinsamen Geschichte, zu dem, was wir vereinbart haben, und zu unserer gemeinsamen Zukunft, und angesichts des andauernden und jetzt durch die Entscheidung der hessischen FDP bestätigten Blockbündnisses der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten wollen wir zusammen alle Möglichkeiten prüfen, um dem Wählerwillen wieder zum Durchbruch zu verhelfen, so wie wir es vereinbart haben. Dazu gehört auch, meine Damen und Herren, daß wir alle Argumente ernst nehmen. Und Sie können sich darauf verlassen: Die Christlich-Demokratische Union wird die Argumente der CSU ernst nehmen, genau wie wir unsere eigenen Argumente von Ihnen ernst genommen wissen wollen.

Meine Damen und Herren! Das alles hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn wir nicht gegeneinanderstehen, wenn wir alles gemeinsam tun, im Einvernehmen, verbunden in dem Ziel, diese Koalition abzulösen und dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland wieder freiheitlich und sozial gerecht regiert werden kann. (Beifall)

Im nächsten Jahr sind CDU und CSU 30 Jahre in einer Fraktionsgemeinschaft. Auf dem Hamburger Parteitag der CDU hat unser Freund Dollinger vor 5 Jahren von der bevorstehenden Silberhochzeit gesprochen. Franz Josef Strauß hat damals als Grußredner diese Anmerkung aufgenommen und hat allerdings erklärt, in dem Verhältnis zwischen CDU und CSU solle man nicht in den Vorstellungen eines silbernen, eines eisernen oder diamantenen Jubiläums reden, das beste sei, wenn man sich jeden Tag neu verheiratet fühle. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, er hat hinzugefügt, so etwas gäbe Auftrieb, dies gäbe Dynamik, dies gäbe Elan. Darf ich es einmal so sagen: Frischen wir doch unsere alte Liebe wieder auf! (Beifall) Und ich füge hinzu, meine Damen und Herren, dies gibt auch die Voraussetzung dafür,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

daß wir einen gemeinsamen Siegeslauf beider Parteien in den kommenden Wahlen haben. Beim Vormarsch der Unionsparteien ist jede Etappe gleich wichtig; keine kann übersprungen werden. Die Aufgabe ist es - das ist schon gesagt worden - ,nicht nur Mehrheiten zu gewinnen, sondern Mehrheiten zu erhalten und auszubauen und von Wahl zu Wahl um jede Wählerstimme zu kämpfen. Jede Stimme für die CSU in Bayern stärkt die Union insgesamt und bringt uns unserem Ziel der Ablösung der derzeitigen Bundesregierung näher. Die CDU wünscht deshalb der Christlich-Sozialen Union die Wiederholung des großartigen Sieges des Jahres 1974. Wir wollen, daß die CSU und mit der CSU Franz Josef Strauß Erfolg hat; denn dieser Erfolg ist gleichzeitig ein Erfolg für uns alle miteinander. (Langanhaltender Beifall)

Tagungspräsident Hanauer: Herr Generalsekretär Dr.Geißler, recht herzlichen Dank! Dank für Ihr Grußwort! Dank auch für die Bereitschaft zur Erneuerung eines Ehebundes, von dem mir aber noch nicht bekannt ist, daß er der Erneuerung bedürfte, weil ich ihn für noch recht frisch halte. Denn je frischer eine Ehe ist, umso deutlicher ist gelegentlich die Aussprache zwischen Ehepartnern, sonst wäre es eine schlechte Ehe. (Beifall) Ich bedanke mich auch für die Worte der Anerkennung, die Sie für die CSU und ihre Erfolge gefunden haben. Und ich glaube, wenn Sie die Akzeleration, von der Sie sprachen, in das richtige Tempo umsetzen, sind Ihnen auch die höheren Weihen - Sie sprachen eingangs von den Niederen Weihen - der CSU greifbar nahe.

Nochmals herzlichen Dank.

Ich darf nun in unserer Mitte als letzten unserer hervorragenden Ehrengäste begrüßen den Präsidenten der Union Europäischer Christlicher Demokraten, den langjährigen Bundestagspräsidenten und auch Ministerpräsidenten Kai-Uwe von Hassel, und ihn gleichzeitig um sein Grußwort bitten. (Beifall)

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Kai Uwe von Hassel: Herr Präsident, verehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Nach einem langen Arbeitstag und einer hoffentlich bald bevorstehenden Beendigung mit den Prinzipien, mit denen Sie die kommende Legislaturperiode bestreiten wollen, geht dieser Tag zu Ende und niemand in der großen Versammlung wird etwa noch Lust verspüren, weitere Grußredner zu hören. Mir jedenfalls würde es so gehen. Ich wäre aber dem Vorsitzenden und der Parteitagsleitung dankbar, wenn sie mir für ein paar Minuten das Wort geben, um Ihnen die Grüße der Europäischen Union christlicher Demokraten zu überbringen, einer Zusammenfassung von 17 Parteien in zwölf Ländern in der ganzen Bandbreite von Malta über Sizilien bis in die Bretagne, das eigenartige Ir land, hinüber nach Bayern, Schleswig-Holstein, nach Österreich, in die Schweiz, nach Italien, den Beneluxländern, nach Frankreich, in der Tat eine große Familie, deren Herkommen, Strukturen äußerst unterschiedlich, vielschichtig in der geschichtlichen Entwicklung, in den Persönlichkeiten in den Regionen, die die einzelnen Parteien prägten. Und dennoch hat diese Familie der christlichen Demokraten Europas in einer großen Form zueinander gefunden. Daß das möglich war, lag auch an der guten Zusammenarbeit zwischen der CDU und der CSU, die als die stärksten Parteien in dieser Gruppierung das Ihrige für Europa beizutragen versuchen.

Meine Damen und Herren! Ich habe allen Anlaß, der CSU zu danken für diese Mitarbeit, für die Mitgestaltung dessen, was in den letzten Jahren als Vorbereitung auf das kommende Europa, zu dessen erster Wahl wir am 10. Juni des nächsten Jahres, also in 51 Wochen, antreten, als Vorbereitung zu tun war. Es hat uns ausgezeichnet eine von der geistigen Grundkonzeption bis zur menschlichen Verbundenheit ausgesprochen gute Gemeinschaft. Wir gemeinsam haben das Statut der Europäischen Volkspartei geschaffen, wir gemein-

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

sam haben unsere Gedankengutgemeinschaft in das Programm dieser Europäischen Volkspartei eingebracht, wir gemeinsam werden die kommenden Wahlen erfolgreich bestehen.

Lassen Sie mich das Zweite sagen: Innerhalb dieser europäischen Landschaft haben einwenig unbeachtet von uns die Christlichen Demokraten in den Ländern, in denen Wahlen stattfinden, gute Erfolge zu verzeichnen. In Frankreich haben sie das Ihre getan, daß die Volksfront nicht gekommen ist. In Belgien haben sie unter ihrem Regierungschef Leo Tindemans, von dem wir hoffen, daß er die Krise in seinem Land meistert, große Schritte nach vorn getan. Im Nachbarland Holland haben wir in diesem Jahr zum ersten Mal wieder einen Christlichen Demokraten als Regierungschef, weil wir die Wahlen gewannen. Bei uns in der Bundesrepublik Deutschland haben wir landauf, landab, auch im Norden, große Ergebnisse zu verzeichnen, und im Süden, in Italien, bei dem Sorgenkind, haben die letzten Kommunalwahlen der vergangenen Woche große Fortschritte für uns gebracht. Und jene politischen Kräfte Europas, die mit der CDU/CSU, in Österreich unter Josef Taus, den wir heute morgen hörten, zusammenwirkten, nämlich die Konservativen Skandinaviens, haben auch landauf, landab die Wahlen gewonnen. Das heißt zu Deutsch, wir gehen in die kommenden europäischen Wahlen mit einer guten Ausgangslage.

Das Dritte: Diese Europäischen Christlichen Demokraten wissen aber auch, daß die Politik in Europa sich nur wandelt, wenn in Deutschland sich die Politik grundlegend ändert, so wie es Heiner Geißler gerade in seinem Schlußwort noch einmal formuliert hat. Dort, in den anderen Ländern Europas und ihren Parteien, auch in den konservativen Parteien, sieht man mit Aufmerksamkeit darauf, was im Oktober in Hessen und in Bayern geschieht. Man weiß, daß nur von hier, von Deutschland in Europa die Wende kommen kann.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hans-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Das Vierte, meine Damen und Herren, meine Freunde: Es ist kein Geheimnis, daß es in der Bundesrepublik Deutschland, aber, schlimmer noch, in anderen Teilen Europas eine ganz überwiegende Zahl von Bürgern gibt, die gar nicht wissen, in welcher Lage sich die freien Teile der Welt befinden, die die Bedrohung nicht sehen, die die Unterwanderung durch die Kommunisten nicht spüren, die die Gefahr nicht erkennen, die um Europa herum in anderen Teilen der Welt besteht, aber eines Tages auf Europa zurückschlagen kann. Die einzigen, die das begreifen, die einzigen, die seit eh und je aufrufen, wachsam zu sein, die aufrufen, sich dagegen zu wehren, die bereit sind, Opfer für die Verteidigung der Freiheit auf sich zu laden, sind wir Christlichen Demokraten, die einzigen, die bereit sind, auch unbequeme Dinge zu sagen, die dem, der aufbricht in den Urlaub an ferne Gestade und meint, das sei alles sicher und geordnet und garantiert, in der Zukunft ungefährdet, die einzigen, die das zu sagen wagen, sind wir Christlichen Demokraten in Europa und besonders in der Bundesrepublik Deutschland. Daher meine ich, daß wir, ausgehend von einem solchen Parteitag, diesem großartigen Parteitag Ihrer CSU, diesen Bürgern klarmachen müssen, daß sich die Freiheit nicht von allein verteidigt, daß sich Europa nicht allein schafft, daß das nur geschieht, wenn Frauen und Männer bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und in die gemeinsame Richtung gehen.

Um ein Haar wäre ich nicht gekommen, weil Gewitter unterwegs mich festhielten. Ich war heute vormittag und heute mittag in Ottobeuren zu einem Europatag des Katholischen Frauenbundes der Diözese Augsburg. Tausend Frauen waren dort versammelt, um gemeinsam mit wenigen Männern, gemeinsam mit Persönlichkeiten der Kirche, gemeinsam mit Politikern, Kommunalpolitikern, allen Verbänden sich auf dieses Europa einzustimmen, und die Art, wie das die Frauen

Erstellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nur besonders. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

machen, wie, das sage ich als evangelischer Christ, unsere katholischen Brüder sich in ihrer Kirche in dieser europäischen Gesamtlinie geborgen fühlen, erfüllt mich als evangelischen Christen mit Neid. Ich sage es deshalb hier, weil ich darum bitte, daß man sich ein Beispiel nehme an jenen, die bereits seit geraumer Zeit in diese Richtung Europa wirken, daß es von allen getragen wird, weil nur dann sichergestellt sein wird, daß wir Glieder bleiben eines freien Europas und daß wir am 10. Juni nächsten Jahres gemeinsam mit den Bürgern draußen, die Sie vertreten und für die Sie zu sprechen haben, ein Europa freier Bürger schaffen. Das ist das Ziel, das sich CDU und CSU, die Europäische Union Christlicher Demokraten, wir alle gemeinsam uns setzen. Ich wünsche Ihnen für diese Arbeit einen besonderen Erfolg. (Beifall)

Tagungspräsident Hanauer: Herr Präsident von Hassel, recht herzlichen Dank. Wir haben heute früh den Reigen der Gastredner nach den Worten des Oberbürgermeisters von München begonnen mit Herrn Dr. Josef Taus und wir haben jetzt die Grußworte beschlossen mit Ihren Ausführungen, also der Faden Europa zieht sich durch unsere Beratungen hindurch. Sie sehen daraus, daß wir unbeschadet der uns bevorstehenden und uns ins Haus stehenden Landtagswahlen schon eindeutig den Blick auf den 10. Juni des nächsten Jahres gerichtet haben. Daß Sie unsere Frauen so gelobt haben, ist ein Zeichen dafür, daß die Frauen, die auch die absolute Mehrheit in unserer Bevölkerung haben, doch eine tragende Kraft in Bayern sind, auf die man sich verlassen kann. Ihr Lob ehrt uns und freut uns. Noch einmal herzlichen Dank, daß Sie trotz aller Erschwerungen zu uns gekommen sind. Wir hoffen auf weitere gute Zusammenarbeit im Kampf um ein freiheitliches Europa.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierte! Zurück von Europa zu dem Punkt, der uns auf der Tagesordnung noch

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

zur Erledigung vorliegt, jetzt umgestellt als Punkt 9:

Politische Schwerpunkte für die kommende Legislaturperiode

Hier handelt es sich um Stellungnahmen der Staatsminister des Kabinetts sowie des Fraktionsvorsitzenden, Kollegen Gustl Lang. Das Verhältnis ist 9 : 1. Ich darf deshalb nach guten Grundsätzen mit der Minderheit beginnen, mit dem einen im Verhältnis zu den neun. Im Prinzip sollen nicht zehn Reden gehalten werden, sondern die Herren Staatsminister waren so freundlich und haben ihre Grundsätze schwerpunktmäßig in Unterlagen zusammengestellt. Es bleibt mir nur übrig, diese aufzurufen und Sie zu bitten, sich zu Wort zu melden, wenn Sie Bedenken haben, wenn Sie Fragen haben, wenn Sie Aufklärung oder auch Änderungen wünschen.

Bei dem Bericht des Herrn Fraktionsvorsitzenden, der heute auch noch im Druck vorgelegt wurde, handelt es sich um einen Bericht im Hinblick darauf, daß demnächst auf dem Wahlkongreß noch einmal Stellung genommen werden muß. Ich möchte deshalb annehmen, ohne Ihrer Entscheidung vorzugreifen, daß wir ihn zur Kenntnis nehmen und uns dem Kabinett zuwenden. Widerspruch dagegen erhebt sich nicht.

Ich rufe auf Stellungnahme des Innenministers Dr. Seidl. Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Herrn Staatsministers der Justiz Dr. Karl Hillermeier. Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Bayerischen Staatsministers für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Hans Maier. Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Bayerischen Staatsministers der Finanzen, Streibl. Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr, Anton Jaumann, Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Bayern-

ACSP, PT19780616-8

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

schen Staatsministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Dr. Hans Eisenmann. Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Bayerischen Staatsministers für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Fritz Pirkl. Wortmeldungen? - Keine. -Stellungnahme des Bayerischen Staatsministers für Landesentwicklung und Umweltfragen, Alfred Dick. Wortmeldungen? - Keine. - Stellungnahme des Bayerischen Staatsministers für Bundesangelegenheiten, Dr. Franz Heubl. Wortmeldungen? - Keine.

Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, nun Ihre generelle beschlußmäßige Zustimmung zu den vorgelegten Schwerpunkten für die Arbeit des kommenden Landtags der 9. Legislaturperiode zu geben. Darf ich Sie bitten, zum Zeichen Ihrer Zustimmung die Stimmkarte zu erheben. - Danke schön. Stimmt jemand dagegen? - Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? - Bei 7 oder 8 Stimmenthaltungen, die Kamera verdeckt es, es können auch 6 Enthaltungen sein, sind diese Stellungnahmen als Schwerpunkte für die künftige Arbeit angenommen.

Meine Damen und Herren! Ich habe damit die Tagesordnung vor meiner Zeitplanung erledigt. (Beifall) Darf ich, bevor wir dem Herrn Landesvorsitzenden wie vorgesehen zum Schlußwort das Wort erteilen, mich im Namen des Tagungspräsidiums bei Ihnen sehr herzlich bedanken, aber diesen Dank verbinden auch mit einem ganz persönlichen Dank. In meiner nun 19jährigen Tätigkeit als Präsident des Bayerischen Landtags hatte ich etwa auch die gleiche Zeit die Ehre und den Vorzug, hier die Tagungen, die Parteitage der CSU, gleich in welchen Sälen, lenken und leiten zu dürfen mit tatkräftiger Unterstützung der jeweiligen Vizepräsidenten aus Bundestag und Landtag. Aller Voraussicht nach wird es heute für mich die letzte derartige Amtshandlung sein. Ich darf mich bei Ihnen bedanken für das Vertrauen, das ich hatte,